Zur 10. Angestelltenkonferenz der IGM Seite 4

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 12 vom 21. März 1980 | 14. Jahrgang | 1 DM



Warnstreiks im privaten Bankgewerbe gab es letzte Woche Donnerstag wie hier vor der Wüstenrot-Filiale in Dortmund in vielen Städten der Bundesrepublik. Doch die HBV-Führung stützte sich nicht auf die Kampfbereitschaft der organisierten Bankangestellten und schloß für die rund 300 000 Beschäftigten mit 6,8 Prozent ab. Auch die 250 000 Beschäftigten des nordrhein-westfälischen Großhandels kamen in den zweifelhaften Genuß dieses Abschlusses. Die erste Verhandlungsrunde für die rund 180 000 Beschäftigten der Druckindustrie verlief ergebnislos. Die IG Druck und Papier fordert 9,5 Prozent und eine strukturelle Erhöhung der unteren Lohngruppen.

Am 24. und 25. März verhandelt das Bundesarbeitsgericht über Aussperrung

Aussperrung muß verboten werden!

Kommt zur Demonstration am 22. März in Kassel!

KASSEL. — Am 24. und 25. März will das Bundesarbeitsgericht in Kassel in letzter Instanz über sechs Klagen gegen die Aussperrung verhandeln. Dies muß für alle aktiven Gewerkschafter und fortschrittlichen Menschen ein Anlaß sein, erneut die Forderung nach dem Verbot der Aussperrung in die Öffentlichkeit zu tragen. Wir rufen unsere Leser auf: Beteiligt euch am Samstag (22. März) an der Demonstration für das Verbot der Aussperrung in Kassel!

Die Aussperrung stellt einen brutalen Mißbrauch von Unternehmermacht gegen die Arbeiter und Angestellten dar. Sie zielt gegen die Existenzgrundlagen der Gewerkschaften und ist faktisch eine Aushöhlung des Streikrechts. Deshalb richtet sich das von den Unternehmern reklamierte „Recht" auf Aussperrung auch gegen die Grundlagen der Demokratie. Der Kampf für das Verbot der Aussperrung ist ein wichtiger Bestandteil des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus, für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte.

Schon zweimal, in den Jahren 1955 und 1971, hat das Bundesarbeitsgericht in Kassel den Aussperrungsterror für rechtmäßig erklärt. Von daher gesehen ist es mehr als inkonsequent, daß die DGB-Führung es abgelehnt hat, die gewerkschaftliche Kampagne gegen die Aussperrung weiterzuführen und eine Demonstration in Kassel zu organisieren. Wer hier davon spricht, eine solche Demonstration bedrohe die sogenannte „Unabhängigkeit" der Justiz, der verteidigt in Wahrheit lediglich die Unabhängigkeit der Justiz vom Rechtsempfinden des arbeitenden Volkes. Er spricht den Werktätigen de facto das Recht auf freie Meinungsäußerung ab!

Unsere Partei begrüßt es daher, daß die „Kampagne für das Verbot der Aussperrung" die Demonstration in Kassel organisiert. Gleichzeitig unterstützt die KPD/ML auch die Forderung der „Kampagne" nach dem **gesetzlichen** Verbot der Aussperrung. Denn unabhängig davon, wie das Urteil des Bundesarbeitsgerichts ausfallen wird: nur durch ein gesetzliches Verbot werden endgültig klare Verhältnisse geschaffen. Dadurch wird es möglich, den Unternehmern den Aussperrungsknüppel tatsächlich aus der Hand zu schlagen.

Die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung wurde gerade in den letzten Monaten von Zehntausenden DGB-Gewerkschaftern bekräftigt, nicht zuletzt von zahlreichen Funktionärs- und Delegiertenkonferenzen. Als Beispiel sei hier der letzte Gewerkschaftstag der IG Bau Steine Erden im vergangenen Jahr genannt.

Auch in der SPD gibt es immer mehr Stimmen, die das gesetzliche Verbot der Aussperrung fordern. In Hamburg und Bremen existieren innerhalb des Senats Bestrebungen, das Verbot der Aussperrung in den Landesverfassungen zu verankern. Das ist ein Ergebnis des wachsenden Drucks der gewerkschaftlichen und demokratischen Bewegung.

Jetzt heißt es, diese Bewegung weiter zu stärken und zu verbreitern. Dann wird es auch möglich werden, das Verbot der Aussperrung gegen die Machtpositionen des Kapitals und der Reaktion durchzusetzen!

Kassel Demonstration

„Für ein Verbot der Aussperrung"

Kassel, Aufstellung um 10.30 Uhr, Philipp-Scheidemann-Haus Holländische Straße / Ecke Mombachstraße

Samstag, 22. März, 11 Uhr in Kassel

Veranstaltung

Es sprechen Gewerkschafter und Betriebsräte zur Frage eines gesetzlichen Verbots der Aussperrung, Kulturprogramm mit der Gruppe Distel, Obervellmar, Bürgerhaus, Holländische Straße

Samstag, 22. März, 14.30 Uhr

Kampagne für das Verbot der Aussperrung — Aussperrung Verbieten!

Landtag Nordrhein-Westfalen

Neues Polizeigesetz verabschiedet

Polizei muß schwere Waffen abliefern

DÜSSELDORF — Gegen die Stimmen der CDU verabschiedete der nordrhein-westfälische Landtag am Mittwoch, den 12. März ein neues Polizeigesetz, demzufolge die Polizei keine schweren Waffen mehr führen darf.

1972 waren die zuständigen Innenminister und Senatoren der elf Bundesländer angetreten, um ein bundesweit einheitliches Polizeirecht zu schaffen. Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz Burkhard Hirsch (FDP) legte einen Musterentwurf vor, der das Führen schwerer Waffen (Maschinengewehre und Handgranaten) sowie den „gezielten Todesschuß" (auch „finalen Rettungsschuß" genannt) enthielt.

Auf der Grundlage dieses Musterentwurfes, dessen Verwirklichung unsere Republik in Richtung Polizeistaat drängen würde, verabschiedeten der bayrische Landtag und das Westberliner Abgeordnetenhaus entsprechende Polizeigesetze, einschließlich schwerer Bewaffnung, einschließlich „Todesschuß".

Insbesondere gegen die Todesschußregelung entwickelte sich eine immer breiter werdende Protestbewegung, die vor allem dadurch immer wieder Auftrieb erhielt, daß die Polizei auch ohne diese gesetzliche Regelung immer hemmungsloser von der Schußwaffe Gebrauch machte.

Diese Protestbewegung brachte schon die Diskussion in Niedersachsen ins Stocken und wird der Hauptgrund dafür sein, daß die Mehrheit der nordrhein-westfälischen Parlamentarier davon abgesehen haben, den umstrittenen „Rettungsschuß" kurz vor den Landtagswahlen in das neue Gesetz mitaufzunehmen.

Allerdings hat man sich für Bürgerkriegseinsätze ein Hintertürchen offengehalten. In jenen Situationen, in denen die CDU einen Polizeieinsatz mit schweren Waffen befürworten würde, treten die Sozialliberalen für den Einsatz eines Bundesgrenzschutzkommandos unter dem Oberbefehl des Landesinnenministers ein.

Bauernkundgebung

- **Montag, 24. März, 10 Uhr**
- **Essen, Grugahalle**

Etwa 10 000 zum großen Teil werktätige Bauern werden zur Essener Großkundgebung in der Grugahalle erwartet. Hauptredner ist Freiherr von Heeremann, Präsident des Deutschen Bauernverbandes.

Die Protestaktion der Bauern ist Ausdruck der wachsenden Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft. Insbesondere die Lage der Familienbetriebe, also jener Höfe, die in der Regel ohne den Einsatz von Lohnarbeitern auskommen müssen, hat sich bedrohlich zugespitzt. Das bäuerliche Reineinkommen im Wirtschaftsjahr 1978/79 gegenüber dem Vorjahr bleibt praktisch unverändert. Zieht man die offizielle Inflationsrate von rund 5 Prozent ab und berücksichtigt die Preissteigerungen bei Neuinvestitionen von 10 bis 15 Prozent, dann ergibt sich für die kleinen und mittleren Betriebe eine reale Einkommensverschlechterung, die im Durchschnitt bei 10 Prozent liegen dürfte.

Die Revolutionäre Landvolkbewegung hat die werktätigen Bauern aufgerufen, sich unter der Losung „Stoppt die Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft" zusammenzuschließen!

Erfolg vor dem Arbeitsgericht

RGO-Betriebsräte wieder im Betrieb!

Einstweilige Verfügung gegen Hoesch erlassen

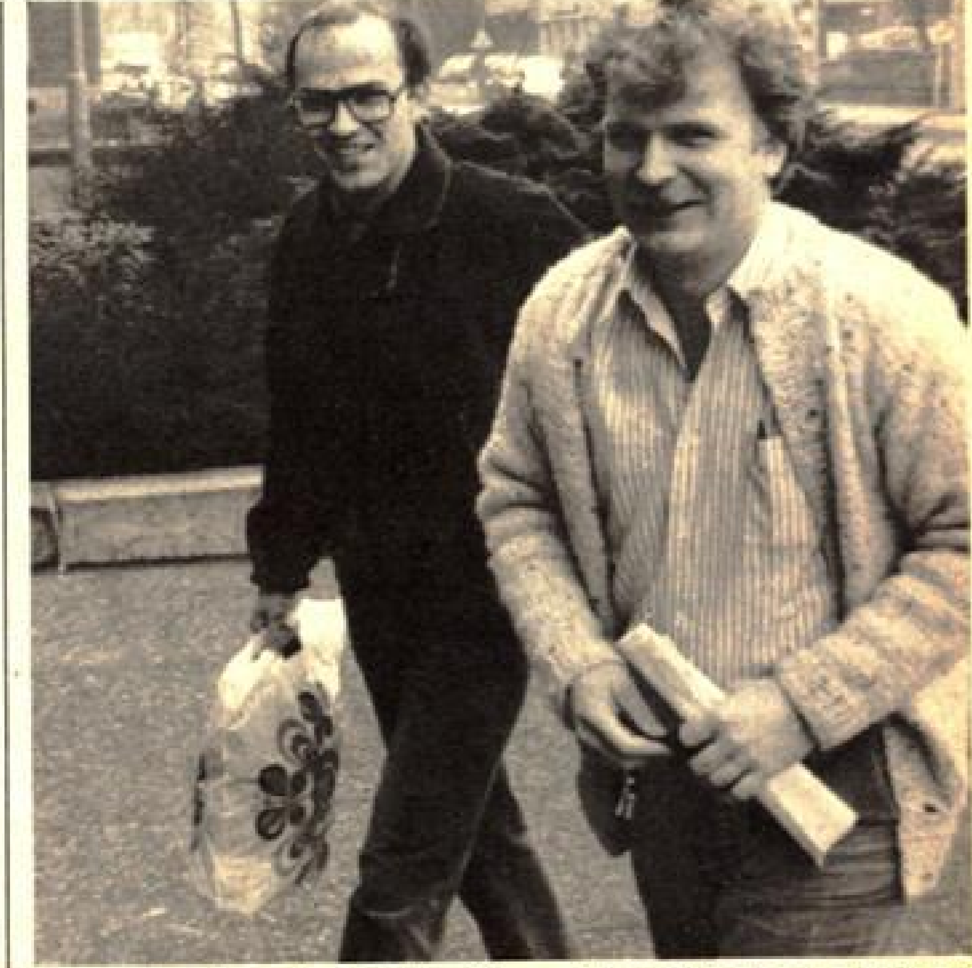
DORTMUND — Die Solidarität war nicht umsonst! Die beiden entlassenen Betriebsräte von Hoesch sind seit Freitag letzter Woche wieder im Amt. Bis das Kündigungsschutzverfahren vor dem Arbeitsgericht rechtskräftig abgeschlossen ist, muß Hoesch es zulassen, daß die beiden RGO-Kollegen ihre Betriebsratstätigkeit auf der Hütte weiter ausüben.

Einen dementsprechenden Gerichtsbeschluß, den die entlassenen Betriebsräte beantragt hatten, fällte das Arbeitsgericht Dortmund am Donnerstag letzter Woche nach dreistündiger Verhandlung. Bereits am Freitag konnten Norbert Bömer und Hartmut Siemon zur Freude der großen Mehrheit der Kollegen im Werk Union wieder als Betriebsräte wirken.

Dies ist ein erster wichtiger Erfolg der breiten Solidaritätsbewegung, die sich entwickelt hatte, nachdem die beiden Betriebsräte am 19. Februar fristlos entlassen worden waren.

Jetzt kommt es darauf an, nicht locker zu lassen und die Solidarität weiter zu verbreiten bis beide Kollegen wieder eingestellt sind. Die ersten Verhandlungstermine über die Kündigungsschutzklagen finden am 22. und 24. April im Dortmunder Arbeitsgericht statt.

Gegen die einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts Dortmund kann Hoesch beim Landesarbeitsgericht in Hamm Berufung einlegen. Bis zum Redaktionsschluß war jedoch ein dementsprechender Schritt des Konzernvorstands noch nicht erfolgt. Ausführliche Berichte finden Sie auf Seite 5 in diesem RM.



Die beiden Hoesch-Betriebsräte auf dem Weg in den Betrieb

Kommentar

Vor sechzig Jahren scheiterte der reaktionäre Kapp-Putsch am entschlossenen Widerstand der einheitlich handelnden Werktätigen. Nicht zuletzt trug der von allen großen Gewerkschaften ausgerufene Generalstreik zur Niederlage der Putschisten bei.

.In den letzten Wochen haben die meisten Einzelgewerkschaften des DGB die Ereignisse des Jahres 1920 ausführlich in ihrer Presse gewürdigt. Die IGM führte am vergangenen Donnerstag sogar eine Gedenkveranstaltung in der Frankfurter Paulskirche durch, auf der unter anderem auch Eugen Loderer sprach. Solche Aktivitäten sind begrüßenswert und gerade in der heutigen Zeit äußerst notwendig.

Erinnern sie doch nicht nur an einen geschichtlichen Sieg der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten anderen werktätigen Schichten. Die Niederschlagung des Militärputsches von 1920 wirft die Frage nach der Verantwortung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen für die bedingungslose Verteidigung der demokratischen Rechte auf. Und die wichtigste Lehre aus dem Generalstreik von 1920 ist eben die, daß die Arbeiterklasse den Vormarsch der blutigen Reaktion dann stoppen kann, wenn sie einig und geschlossen handelt.

Gewerkschaften — „Hüter der Demokratie"

Eugen Loderer hat in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften die „Hüter der Demokratie" genannt — und ihnen kommt ja als den umfassendsten Organisationen der Arbeiterklasse eine besondere Bedeutung bei der Herstellung der notwendigen Einheit gegen die Angriffe der Reaktion zu. Und es sollte hier auch daran erinnert werden, daß der DGB-Bundesausschuß im Juli 1962 erklärt hat:

„Bei Gefährdung der demokratischen Grundordnung oder der demokratischen Grundrechte sowie bei Gefährdung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung ist es Aufgabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zu einem allgemeinen Streik aufzurufen."

Auch dieser Beschluß hat wichtige Lehren aus dem Sieg über Kapp und auch aus der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung von 1933 gezogen. Nur — als dann sechs Jahre nach diesem Beschluß in Bonn die Notstandsgesetze zu Verabschiedung anstanden (mit denen sowohl die demokratischen Grundrechte wie auch die unabhängige Gewerkschaftsbewegung beseitigt werden können), da kam kein Streikaufruf aus der DGB-Zentrale, obwohl an der Basis nachdrücklich der Generalstreik gefordert wurde. Da wurde im Gegenteil der Widerstand der Gewerkschafter gegen diese Gesetze zur „legalen" Errichtung der Diktatur nach Kräften sabotiert.

Die Gewerkschaften als „Hüter der Demokratie" — das darf jedoch nicht eine Phrase bleiben, ein Beschluß, der irgendwo abgeheftet ist, das muß zur alltäglichen Kampfaufgabe werden. Und wenn Loderer bei der erwähnten Veranstaltung immer wieder betonte, die Verhältnisse in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren wären mit den heutigen überhaupt nicht zu vergleichen, dann tritt er damit einen gefährlichen Rückzug von dieser Kampfaufgabe an.

Sicher steht heute vor uns nicht die unmittelbare Drohung eines Militärputsches wie vor 60 Jahren. Aber bekanntlich haben die reaktionärsten und aggressivsten Elemente des Finanzkapitals Franz Josef Strauß als ihre „starken Mann" auf den Schild gehoben. Und der hat ja aus seinem antigewerkschaftlichen und antidemokratischen Absichten keinen Hehl gemacht.

Die Lehren aus dem Kapp-Putsch ziehen, die Gewerkschaften zu wirklichen „Hütern der Demokratie" zu machen — das heißt alsoheute vor allem, die gefährliche Politik des Kompromißlertums gegenüber Strauß — wie sie von den Gewerkschaftsführern weitgehend betrieben wird — aufzugeben und die Gewerkschaften gegen den Machtanspruch von Strauß und der von ihm repräsentierten Kräfte zu mobilisieren.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Landtagwahlen in Baden-Württemberg

Grüne erringen sechs Mandate

CDU behauptet absolute Mehrheit

STUTTGART.— Mit 5,3 Prozent der Stimmen sind die Grünen nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg zum ersten Mal im Parlament eines Flächenstaates vertreten. Sie werden mit sechs Vertretern in den Landtag einziehen.

Die Wahlbeteiligung lag um über drei Prozent niedriger als bei der letzten Landtagswahl. Offenbar setzte sich hier der schon bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen beobachtete Trend fort, daß vor allem viele Arbeiter diesmal nicht zur Urne gingen. Diese Tatsache hat möglicherweise auch zu den Stimmenverlusten der SPD beigetragen.

Wenn auch genaue Untersuchungen noch nicht vorliegen, so kann doch eines schon festgestellt werden: Die Grünen haben von der Enttäuschung unter den Arbeitern über die Politik der Bonner Parteien nicht profitieren können. Sie errangen ihre Erfolge hauptsächlich in Universitätsstädten. Ihre Wählerschaft setzt sich im Wesentlichen aus Angestellten, Beamten und Studenten zusammen. Bezeichnend dafür die auch die Tatsache, daß etwa 80 Prozent der Grünen-Wähler über eine mittlere, höhere oder Universitätsbildung verfügen.

Wie schon bei den Wahlen im letzten Jahr, so konnten die Grünen auch in Baden-Württemberg in den Arbeitervierteln der Großstädte kaum Erfolge erzielen. Ein Durchbruch gelang ihnen dagegen bei den Jungwählern. 20 Prozent der 18 bis 24jährigen stimmten für die Grünen. Damit bestätigt sich einmal mehr die Tatsache, daß die Arbeiterklasse dieser Gruppierung mißtrauisch gegenübersteht. Viele Jugendliche dagegen sehen in den Grünen eine reale Alternative zu CDU, SPD oder FDP.

Die Vertreter der Bonner Parteien haben in ihren ersten Stellungnahmen zu verstehen gegeben, daß sie in der breiten Abwendung der Jugend von der Politik dieser Parteien durchaus nicht nur einen Protest gegen Umweltzerstörung und Atomprogramm sehen, sondern eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem gesellschaftlichen System dieses Landes. Das ist eine durchaus richtige Erkenntnis. Und man sollte sich auch davor hüten, die Stimmabgabe vieler Jugendlicher für die Grünen als eine Zustimmung zu deren in vielen Punkten reaktionären Programm zu interpretieren.

Das Ergebnis von Stuttgart wird zweifellos den Grünen im kommenden Bundestagswahlkampf Auftrieb geben. Für unsere Partei heißt das, gerade unter der Jugend verstärkt den reaktionären Charakter des Programms der Günen aufzudecken und überzeugend darzustellen, daß nur die Volksfront — deren Kandidatur wir unterstützen — eine wirkliche Alternative zu den Bonner Parteien ist.

„Wer Strauß wählt, wählt Faschismus!"

Stuttgarter Amtsgericht: keine Beleidigung!

Strauß kam mit Anzeige nicht durch

STUTTGART.— Die Behauptung, „Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg" sei nicht unangemessen bei einem Politiker, der unter anderem Demonstranten mit Tieren auf eine Stufe stelle. Das ist der Kern einer Entscheidung des Amtsgerichts zugunsten zweier Antifaschisten.

Es ging dabei um ein Flugblatt mit dem Titel „Stoppt Strauß!", in dem auch die oben angeführte Feststellung enthalten war. Der Kandidat ließ Anzeige wegen Beleidigung erstatten und die Staatsanwaltschaft in Stuttgart stellte Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls. Mit Beschluß vom 27. Februar lehnte das Amtsgericht diesen Antrag ab.

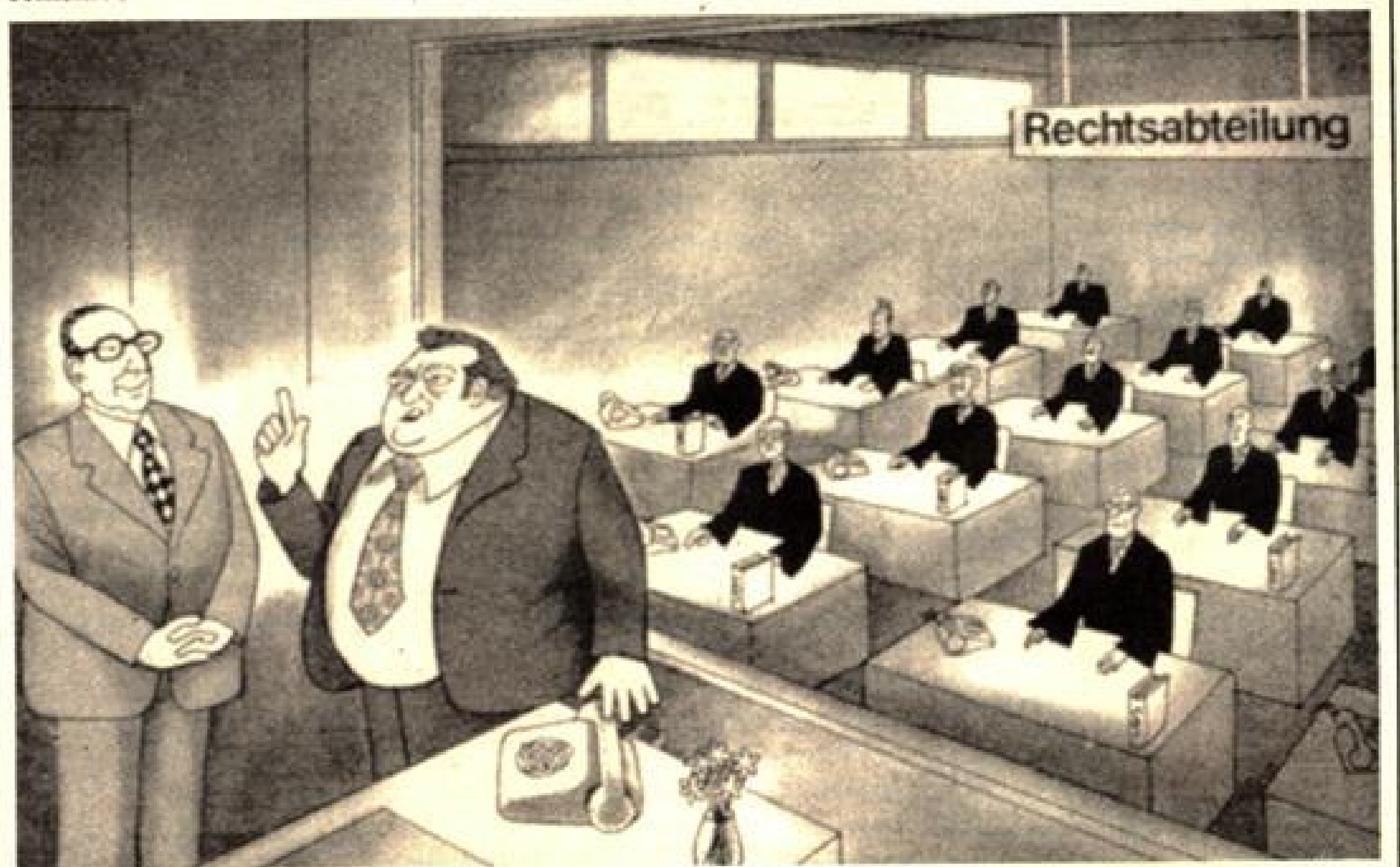
In Bezug auf die Wendungen „Wer Strauß wählt, wählt **Reaktion**... und **Krieg**" stellte das Gericht fest: „Hier handelt es sich um zwar polemische, aber durchaus im Rahmen des bei politischen Auseinandersetzungen Üblichen liegende Äußerungen, in denen das Gericht eine Ehrverletzung nicht sehen mag, um Schlagworte, die zu inhaltsleer, zu vage sind, als daß man aus ihnen eine Persönlichkeitsbezug, noch dazu einen diffamierenden, herleiten könnte."

Blieb die Sache mit dem Faschismus. Hier könnte — so das Gericht — durchaus eine Ehrverletzung vorliegen. Es wurde ein Urteil des OLG Karlsruhe angeführt, in dem unter anderem festgestellt wird, daß der Begriff „Faschist" den Vorwurf antidemokratischen Verhaltens und eine Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus beinhaltet. Daraus zog das Gericht nun jedoch nicht etwa die Schlußfolgerung, daß die in dem Flugblatt hergestellte Beziehung von Strauß und Faschismus beleidigend wäre.

Es wird ausdrücklich festgestellt, daß „auch das Inbeziehungsetzen des Herrn Strauß zu Reizworten wie „Reaktion, **Faschismus** und Krieg" noch nicht unangemessen bei einem Politiker (ist), der sich über Demonstranten dahin äußert, sie benähmen sich wie „Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist".

Diese — von Herrn Strauß gegenüber dem deutschen Richterbund noch verteidigte — Äußerung läßt es nicht als strafrechtlich relevant erscheinen, wenn die Angeschultigte zu Strauß Faschismus assoziiert, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß der Vorwurf Faschismus wegen seines Bezugs zum Nationalsozialismus auch beinhaltet die für diesen typische Herabwürdigung von Personengruppen als minderwertig („Untermenschen')".

Strauß ist ja bekannt dafür, daß er immer wieder versucht, seine Kritiker mit Hilfe der Gerichte mundtot zu machen. Und nur zu oft haben sich diese Gerichte auch zu seinen Handlangern machen lassen. So ist zu hoffen, daß das Stuttgarter Beispiel Schule macht. Übrigens: In Sachen „Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg" ist auch gegen die Rote Garde und die presserechtlich Verantwortliche der KPD/ML, Verena Wiechern, ein Verfahren beim Landgericht Nürnberg anhängig.



„Alle, die vorhaben, in meiner Vergangenheit herumzuschnüffeln, sollen sich dies gut überlegen!"

Fingerabdrücke illegal gespeichert

MÜNCHEN.— Bei den bayrischen Meldebehörden werden noch heute Karteien mit Fingerabdrücken aus der Besatzungszeit aufbewahrt. Seinerzeit mußte unter dem amerikanischen Besatzungsrecht jeder Antragsteller für einen Ausweis Lichtbild und Fingerabdrücke hinterlassen.

Nach den heute geltenden Gesetzen jedoch ist die Abnahme von Fingerabdrücken nur in erkennungsdienstlichen Verfahren erlaubt. Die bayrische Praxis, Fingerabdrücke zur Registrierung von Bürgern aufzubewahren, ist also illegal. Erst im vergangenen November war bekanntgeworden, daß auch im Saarland Fingerabdrücke aus der französischen Besatzungszeit aufbewahrt wurden. Sogar Innenminister Wilhelm sah sich damals genötigt, diese Tatsache als Skandal zu bezeichnen.

Ganz anders im CSU-Staat Bayern. Als der SPD-Abgeordnete Warnecke jetzt im Landtag den Antrag stellte, die Karteien mit den Fingerabdrücken zu vernichten, warf ihm die CSU „falsch verstandene Datenschutz-Euphorie" vor. Die Strauß-Partei ist gewillt, die illegalen Praktiken fortzusetzen.

Parlamentarier langen zu

HANNOVER.— Keine Woche vergeht, in der nicht die Vertreter aller Bonner Parteien in schöner Einmütigkeit zu angeblich notwendigen Opfern aufrufen. Der Rüstungshaushalt wird erhöht, Milliarden werden aufgebracht, um reaktionäre Regime im Mittleren Osten zu finanzieren. Und wir sollen dafür bezahlen — durch Lohnverzicht, durch Verzicht auf Steuererleichterungen usw. Für die Herren Parlamentarier jedoch gilt so etwas nicht — sie langen in gewohnter Regelmäßigkeit kräftig zu.

Jetzt waren die Abgeordneten im niedersächsischen Landtag an der Reihe. Sie erhöhten sich die monatlichen Diäten von 7 500 auf stolze 8 050 Mark. Und wie immer bei den Diätenerhöhungen ergab sich eine große Koalition aller drei Parteien. Nur ein einziger Parlamentarier stimmte gegen diesen unverschämten Griff auf die Steuergelder.

Kampf gegen Abbau von Arbeitsplätzen

KREFELD.— An zwei Tagen in der vergangenen Woche protestierten die etwa 300 Beschäftigten der Maschinenfabrik Becker und von Hüllen mit Arbeitsniederlegungen gegen den vom Mehrheitsaktionär Hoesch geplante Stillegung des Betriebs. Am Mittwoch — als NRW-Arbeitsminister Farthmann im Werk war — demonstrierten die Kollegen aus den Hallen zum Haupteingang. Sie trugen Transparente mit Aufschriften wie „Arbeitsplatzvernichter gehören vor den Richter".

ULM.— Mit einem einstündigen Warnstreik protestierten 6 000 Kollegen aus den Magirus-Werken von Ulm und Umgebung gegen Produktionsverlagerungen ins Ausland, durch die Arbeitsplätze in Ulm gefährdet werden.



Ein Lächeln für den Krupp-Manager. Honecker und Stoph am Stand des einstigen Kriegsverbrecherkonzerns.

Leipziger Messe

Kalter Krieg und heiße Geschäfte

Milliardenaufträge für die westeuropäischen Kapitalisten

LEIPZIG.— Erich Honecker machte bei seinem alljährlichen Rundgang durch das Gelände der Leipziger Messe fast schon obligatorisch halt — bei Bertolt Beiz, beim Krupp-Stand. Die westdeutschen Stahlbarone, Hauptgegner eines Wirtschaftsboykotts gegen die UdSSR und die osteuropäischen RGW-Staaten, hatten erst in letzter Zeit einige Großaufträge einkassieren können und hoffen nun auf neue. Aber auch bezüglich anderer Branchen und anderer Länder wird über enorme Abschlüsse berichtet.

Neben den westdeutschen Stahlmonopolen sind es vor allem die französischen Finanzkapitalisten, die den größten Geschäftsumfang vermelden. So wurde während der Messe laut „Neuem Deutschland" ein weitgehender Kooperationsvertrag mit der Gruppe Peugeot/Citroen geschlossen, mit der in der DDR ein neuer „gemeinsamer Betrieb" eröffnet werden soll.

Während in den westeuropäischen Ländern die Kapitalisten eine große Propagandakampagne entfachen, um die Werktätigen in eine Art Kriegshysterie zu versetzen, während sie von den arbeitenden Menschen alle möglichen Opfer fordern, bis hin zum berüchtigten Olympiaboykott, treiben sie ihre profitträchtigen Geschäfte mit den herrschenden Klassen der RGW-Länder munter weiter.

Und diese, die in ihrer Propaganda gegen den Imperialismus wettern, forcieren nach Kräften die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die gemeinsame Ausbeutung der Werktätigen, um ihre marode, kapitalistische Wirtschaft zu sanieren, was ihnen nicht gelingt.

Immer mehr wächst die Zahl der sogenannten „Joint Ventures", die der Gewerkschafter Charles Levinson schon vor Jahren in seinem Buch „Wodka-Cola", auf mehrere hundert veranschlagte.

Allein schon der bereits genannte neue Kooperationsvertrag mit der Peugeot-Gruppe, dem größten französischen Automonopol greift abermals tief in die DDR-Wirtschaft ein.

Aber auch zwischen anderen Staaten werden große Projekte realisiert. Polen und Ungarn, jene beiden RGW-Länder, deren Wirtschaftsreformen am schnellsten zur Wiedereinführung des Kapitalismus geführt hatten, und die deshalb auch am tiefsten in der Krise stecken, waren bereits die ersten Länder gewesen, die nach der Invasion Afghanistans wieder Westkredite erhalten hatten, unter anderem von der Bank of America, und sie haben auch jetzt in Leipzig verschiedene Abkommen geschlossen.

Daß eben auch zahlreiche Abschlüsse und Verträge mit der DDR getätigt wurden, zeigt, daß auch die im Westen so genannten „harten Staaten" des RGW, zu denen die DDR als Frontstaat gehört, das Eindringen westlichen Kapitals in ihre Wirtschaft nicht nur akzeptieren, sondern fördern, verlangen und brauchen.

Neben den Stahlbaronen der Ruhr und dem Autogiganten aus Frankreich sind auch die italienischen Großmonopole gut im Rennen, neben der traditionell äußerst aktiven Agnelli-Gruppe auch die ENI und Italsider.

Obwohl also in der öffentlichen Diskussion im Westen auch das Wort „Wirtschaftsboykott" fällt, sieht es in der Realität ganz anders aus: Die gemeinsamen Geschäfte blühen zum Nutzen der Kapitalisten in Ost und West, zum Schaden der Werktätigen dieser Länder.

Leipziger Buchmesse

Neue Bücher von Seghers und Renn

LEIPZIG.— Im Rahmen der Leipziger Frühjahrsmesse wird alljährlich auch eine Buchmesse organisiert. Das Interesse westlicher Korrespondenten gilt dort jedoch kaum den Neuerscheinungen, als vielmehr der Politik des DDR-Regimes gegenüber solchen Schriftstellern, die im Widerspruch zur Linie der SED stehen.

Auf entsprechende Fragen von Journalisten bei einer Pressekonferenz antwortete der stellvertretende Kulturminister Höpcke, er habe die Hoffnung, daß die Zeit manche Wunde in bezug auf Autoren, „denen wir vorerst vor allem durch Reibung verbunden sind", heilen werde. Offenbar schlägt das Ministerium gegenüber bestimmten Autoren gegenwärtig eine mehr flexible Taktik ein. Als Beispiel dafür kann der in der Bundesrepublik lebende DDR-Schriftsteller Jurek Becker gelten, dessen Visum gerade von den Behörden der DDR um weitere zehn Jahre verlängert wurde.

Becker war vor zwei Wochen — augenscheinlich im Hinblick auf die Buchmesse — vom „Spiegel" interviewt worden. Dabei wurde er auch nach seiner Meinung zu einem Artikel des „Neuen Deutschlands" zum 100. Geburtstag Josef Stalins gefragt. Becker beschimpfte den Genossen Stalin als „Mörder, der Angst und Schrecken über sein Land breitet" und entrüstete sich über einige positive Darstellungen des Stalinschen Werks in dem genannten Artikel.

Vizeminister Höpcke wurde dann auf der Buchmesse auch zu diesem Becker-Interview befragt, und er beeilte sich, ebenfalls die „Verbrechen" Stalins zu verurteilen. Wo also eine solche Gemeinsamkeit in der Diffamierung des Sozialismus herrscht, da kann man schon hoffen, daß die Zeit manche Wunde im Verhältnis zwischen dem Staat und den Schriftstellern heilen werde. Für diejenigen Autoren dagegen, die von richtigen Positionen aus das DDR-Regime kritisieren, hat man erst vor ein paar Monaten die Strafgesetze verschärft.

Unter den Neuerscheinungen, die auf der Buchmesse vorgestellt wurden, war auch die Autobiographie des im letzten Jahr gestorbenen Schriftstellers Ludwig Renn, „Anstöße in meinem Leben". Renn, ein ehemaliger kaiserlicher Offizier, ist nach dem Kapp-Putsch zur revolutionären Arbeiterbewegung gestoßen. Er hat einige bedeutende Romane geschrieben und als roter Offizier im Spanischen Bürgerkrieg auch mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus gekämpft.

Ein neuer Prosaband wurde auch von Anna Seghers — die in diesem Jahr ihren achtzigsten Geburtstag feiert — vorgelegt. Er trägt den Titel „Drei Frauen aus Haiti". Von Anna Seghers, die mit ihren Werken den sozialistischen Realismus außerordentlich bereichert hat, wurden zur Buchmesse außerdem zwei Bände mit Aufsätzen veröffentlicht.

Wir werden im RM auf die hier erwähnten Bücher noch ausführlich eingehen.

Korrespondenzen aus der DDR

Manöverterror in der DDR

6 Tote bei Hubschrauberkollision

Im Januar kollidierten über dem nahe bei Stralsund gelegenen Dorf Prohn zwei Hubschrauber der NVA und stürzten ab. Die Maschinen befanden sich auf einem regulären Gruppenübungsflug und waren voll aufmunitioniert, das heißt mit je vier Raketen und einem Kampfsatz Bordmunition bestückt. Die beiden Besatzungen, bestehend aus je drei Mann, kamen ums Leben, mehrere Gebäude des Ortes wurden beschädigt. Durch einen schnellen Einsatz der Feuerwehr konnte eine Explosion verhindert werden, da eine Maschine Feuer gefangen hatte.

Nur einer Reihe glücklicher Umstände ist es also zu verdanken, daß keine Dorfbewohner ums Leben kamen, zumal nahe der Absturzstelle ein Kindergarten liegt, in dem sich zu der Zeit Kinder befanden. Um die Bevölkerung zu beruhigen, waren schon nach wenigen Tagen die größten Schäden an den Gebäuden behoben. Bautruppen der NVA und alle zur Verfügung stehenden Handwerker des Kreises wurden eingesetzt. Eine Mitteilung über den Absturz in der Lokalpresse gab es selbstverständlich nicht.

Der Absturz von Prohn steht in einer Reihe mit den Schäden durch Manöver und militärische Übungen, die alljährlich von der NVA und den russischen Besatzungstruppen an Straßen, Feldern und Gebäuden angerichtet werden; steht in einer Reihe mit den regelmäßige bei jedem Manöver auftretenden tödlichen Unfällen.

Bewohner der militärischen Übungsgebiete, wendet euch mit Eingaben an den Staatsrat, das Ministerium für Nationale Verteidigung, den Rat des Kreises und andere staatliche Organe und bringt in eurem und eurer Kinder Interesse eure Besorgnis über Übungsflüge über besiedeltem Gebiet und ähnliche militärische Übungen zum Ausdruck!

Verlangt die Reparatur zerfahrener Straßen und die Behebung anderer Schäden durch Bautrupps der NVA!

Soldaten der NVA, diskutiert im Politunterricht solche Vorfälle wie den Unfall von Prohn und verlangt von euren Vorgesetzten Begründungen für die Notwendigkeit derartiger militärischer Übungen!

Altenversorgung

Ein erfüllter Lebensabend im Altersheim?

In den Heimen besteht ein akuter Mangel an Pflegepersonal, insbesondere an qualifizierten Kräften. Wer dort arbeitet, nimmt hohe psychische Belastungen auf sich und muß körperliche Schwerstarbeit leisten. Der Staat zahlt für diese Arbeit Hungergehälter. Von medizinischer Betreuung und Pflege ist in den Heimen oft wenig zu spüren. Ein Angehöriger eines Pflegeheimbewohners berichtet: „In diesem Heim sah ich eine alte Frau, die schon seit langem nicht mehr aus dem Bett aufgestanden war. Sie hatte wahrscheinlich, wie viele alte Menschen, mit angezogenen Beinen gelegen. Da es dort keine physiotherapeutische Behandlung, das heißt Gymnastik usw. gibt, hatten sich ihre Sehnen so stark verkürzt, daß sie die Beine nicht mehr ausstrekken konnte. Die Hacken lagen am Gesäß und die Beine waren steif und fest."

In ein Berliner Krankenhaus wurde ein Patient aus einem Altersheim mit völlig ausgetrockneter Haut eingeliefert. Er hatte offensichtlich über längere Zeit zu wenig getrunken. Auf die Frage, warum er das getan habe, antwortete er, daß ihm von einer Schwester im Heim gesagt worden sei, er solle ja nicht so viel trinken, da er das Wasser nicht mehr halten könne und dann das Bett so oft bezogen werden müsse.

In manchen Heimen sind selbst elementare menschliche Bedingungen nicht gewährleistet. Da werden bettlägerige Patienten kaum gekämmt und schlecht gewaschen, sehen ihre Fingernägel so aus, als wären sie monatelang nicht geschnitten worden usw.

Ganz allgemein ist der Zustand, daß es für die alten Menschen in den Heimen kaum Möglichkeiten zu sinnvoller Beschäftigung, wenig Freude und Abwechslung gibt. Die Heimbewohner haben kaum die Möglichkeit, irgendwelchen Hobbies nachzugehen. Einrichtungen wie Bastlerwerkstätten sind Traumvorstellungen, Haustiere — Vögel, Hamster oder ähnliches — sind verboten. Es gibt Heime, in denen noch nicht einmal für alle die Möglichkeit besteht, fernzusehen.

Ein von Pionier- oder FDJ-Gruppen vorgetragenes Kulturprogramm dürfte in den meisten Häusern eine Seltenheit sein. Eventuell geschieht das mal zu Weihnachten.

Daß bettlägerige Menschen an warmen Tagen an die frische Luft gefahren werden, ist so gut wie ausgeschlossen. Rüstige Rentner haben noch die Möglichkeit, hin und wieder außerhalb des Heimes Zerstreuung zu finden und Kontakt zur Umwelt zu haben. Gebrechliche dagegen sind abgesehen von Verwandtenbesuchen auf das Leben im Heim und die Verhältnisse dort angewiesen.

So sind viele alte Menschen dazu verurteilt, ihre letzten Lebensjahre ohne Inhalt und in Trostlosigkeit zu verbringen. Über ihre altersbedingten Gebrechen hinaus wird ihnen der Lebensabend unnötig zur Qual gemacht. Natürlich werden dadurch der Lebenswille und die Gesundheit untergraben, sterben viele vorzeitig.

Den meisten Rentnern sind die Verhältnisse in den Heimen bekannt, und viele haben Angst davor, dorthin zu kommen

Sicher treffen die oben genannten Verhältnisse nicht in dieser krassen Form für alle Heime zu. Doch die Tatsache, daß die aufgezeigten Zustände in einem Staat existieren, der sich als besonders humanistisch ausgibt, spricht Bände. Die Phrasen der SED-Propaganda vom „sozialistischen Humanismus" und von der „Sorge um die Veteranen der Arbeit" entpuppen sich angesichts dieser bitteren Realität als widerwärtige Heuchelei.

Neues von der Versorgungsfront

Das Anstehen ist wieder groß in Mode gekommen. Vor einigen Wochen reisten in der Idunastraße in Berlin Pankow die Cleversten schon drei Tage vorher an — mit Wohnwagen —, um in die Bestellisten für Fliesen zu gelangen. Freitagabend waren die Ersten da, am Sonnabend waren es schon Hunderte, die sich „eingereiht" hatten. Erst am Montagfrüh sollte wie üblich aufgemacht werden. Doch um dem Ansturm begegnen zu können, öffnete die Baustoffversorgung in der Idunastraße bereits am Sonntagnachmittag.

Eine ähnliche Überraschung erlebten die Bürger, die sich anstellten, um den Bestelltermin für Sanitärkeramik in der Baustoffverarbeitung Wuhlheide, ebenfalls an einem Montag vor einigen Wochen, wahrnehmen zu können. Schon an Freitag zuvor wurde frei in den verschiedenen Farben gekauft.

Gut beraten, wer täglich Buschfunk hört. Ob es auch bei uns noch so weit kommt, daß wie im jugoslawischen Belgrad ein Sender eingerichtet wird, der seine ureigenste Aufgabe darin sieht, die Hörer zu informieren, was es gerade in welchem Stadtteil der Hauptstadt zu kaufen gibt? Jedenfalls, was Schiebereien, Wucherverkäufe von knappen und begehrten Artikeln wie eben zum Beispiel Fliesen, Sanitärkeramik gibt, können wir mit Jugoslawien sicher schon konkurrieren. Eine etwas abnorm „entwickelte sozialistische Gesellschaft".

Jürgen Kuczynski

Kritik der DDR-Ausbildung

OSTBERLIN.— Scharfe Kritik am Ausbildungssystem der DDR-Universitäten hat der bekannte Ostberliner Wirtschaftswissenschaftler Prof. Jürgen Kuczynski („Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus") geübt. Derzeit laufe nach Kuczynski das Fachstudium so ab, daß die Studenten „kaum für die Praxis der Forschung bzw. für die Praxis allgemein ausgebildet werden". Grundübel der akademischen Ausbildung sei das Bestreben, „Spezialisten ohne Allgemeinbildung an den Universitäten auszubilden" und „aus jeder Universität ein Konglomerat voneinander abgekapselter Fachhochschulen zu machen". Die Universitäten entließen keine umfassend gebildeten Absolventen, sondern produzierten „Fachidioten", betonte Kuczynski nach Angaben des Informationsbüros West.



Frühjahr 1978: Streik gegen Arbeitsplatzvernichtung durch Einführung der Computer-Technik in der Druckindustrie.

Zur 10. Angestelltenkonferenz der IGM

Die geschlossene Kampffront der Arbeiter und Angestellten schmieden!

Einführung der neuen Technik bringt schwere Bedrohungen für Angestellte

Die Elektronik revolutioniert das Büro. Für viele Angestellte ist es ein Schreckensruf: „Die Computer kommen!" Und in der Tat! Unter kapitalistischen Bedingungen bedeutet der Triumphzug der Elektronik eine ungeheure Bedrohung für den sozialen Besitzstand und insbesondere für die Arbeitsplätze der Angestelltenmassen. Es ist kein Wunder, daß die 10. Angestelltenkonferenz der IG Metall, die vom 5. bis zum 7. März in München tagte, ganz von diesem Thema beherrscht wurde.

Die Mikroprozessoren machen es möglich. Sie eröffneten sowohl technisch als auch finanziell der Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) neue Dimensionen. Und zwar gilt das vor allem für den Sektor der Verwaltung, Planung, Konstruktion, Buchhaltung und im kaufmännischen Bereich.

Heute ist die EDV-Anwendung keineswegs mehr auf Funtionen beschränkt, denen einfache Routinetätigkeiten des Menschen entsprechen. Zunehmend wird es nicht nur technisch, sondern auch im Hinblick auf die Rentabilität möglich, komplizierte Tätigkeiten und qualifizierte Arbeit von Angestellten durch den Computer verrichten zu lassen.

Automation im Büro

Schon in den letzten zehn Jahren wuchs die Zahl der Datenverarbeitungsanlagen in der Bundesrepublik um das Achtfache. Dabei hat der Einzug der Elektronik in das Büro erst begonnen. Die Entwicklung läuft darauf hin, daß die Arbeitsabläufe ganzer Betriebe von computergestützten Informations- und Verarbeitungssystemen gesteuert und kontrolliert werden. Ohne Zweifel wird die neue Technik im Angestelltenbereich menschliche Arbeit in gewaltigem Ausmaß unnötig machen.

Die Siemens-Studie „Büro 1990" kommt zu dem Ergebnis, daß 43 Prozent der Bürotätigkeit „formalisierbar" und 25 bis 30 Prozent automatisierbar ist. Nach einer Schätzung der IG Metall arbeiten in der Bundesrepublik 2,5 Millionen Erwerbstätige in Berufen, die sich bereits innerhalb der nächsten fünf Jahre durch die Anwendung der Mikroelektronik rasch und gründlich verändern werden. In den nächsten 15 Jahren wird bereits jeder zweite Erwerbstätige damit konfrontiert sein, daß die Mikroelektronik seinen Beruf überflüssig macht oder einschneidend verändert. Die Angestelltenberufe werden dabei zweifellos am stärksten betroffen sein.

Millionen droht Arbeitslosigkeit

Können die Angestellten angesichts der neuen Technik hoffnungsfroh erwarten, daß Roboter und Elektronengehirne ihnen mühselige, stumpfsinnige oder nervenaufreibende Arbeiten abnehmen, daß sie ihnen die Arbeit leichter und angenehmer machen? Das wäre ein böser Irrtum! In der kapitalistischen Gesellschaft dient der technische Fortschritt nicht den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung, sondern ausschließlich den Profitinteressen des Kapitals. Daher ergibt sich eine gänzlich andere Perspektive.

Millionen Angestellten wird die Faust der Dauerarbeitslosigkeit in den Nacken gesetzt. Auch die Arbeitsbedingungen und Berufsbilder im Angestelltenbereich werden sich nachhaltig verschlechtern. Schon jetzt gibt es genügend Beispiele, die belegen, wie die Arbeit im Büro durch die kapitalistische, auf verschärfte Ausbeutung und Profitsteigerung ausgerichtete Anwendung der neuen Technik monotoner, inhumaner und aufreibender wird.

Die Kapitalisten werden im Büro Antreibersysteme ähnlich der Fließbandarbeit oder der Akkordhetze einführen. Durch Abqualifizierung und Abgruppierung wird sich die soziale und wirtschaftliche Lage der Masse der Angestellten verschlechtern. Außerdem wollen die Kapitalisten die Elektronik ausnutzen, um eine nahezu lückenlose Überwachung und Kontrolle über jeden einzelnen Beschäftigten und seine Arbeitsleistung zu verwirklichen.

Modellfall auf der Vulkan-Werft

Als Beispiel für die unmenschlichen Ausbeutungspraktiken, wie sie die Kapitalisten mit der Einführung der Mikroelektronik durchsetzen wollen, sei hier der Fall der elf Datentypistinnen auf der Bremer Großwerft Vulkan angeführt.

Gegen Ende des letzten Jahres verweigerten die elf Kolleginnen, die in der Abteilung kaufmännische Elektronik beschäftigt sind, zwei Wochen lang jeden Morgen die Arbeit, um sich gegen brutale Antreibermethoden und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen zu wehren.

Sie mußten acht Stunden täglich vor flimmernden Bildschirmen arbeiten und dabei 15 000 und mehr Anschläge leisten. Der Bürocomputer zeichnete bei jeder Kollegin ständig auf, wie lange sie an welchem Terminal arbeitete, wieviele Fehler sie machte, welche Pausen sie einlegte usw. Er registrierte von jeder Kollegin genau, welche Stunden-, Tages-, Wochen- und Monatsleistung sie erbrachte. Wer zeitweilig unter der unmenschlich hohen Norm blieb, wurde vom Abteilungsleiter mit der Kürzung der übertariflichen Gehaltsbestandteile bedroht.

Durch ihren Kampf konnten die Kolleginnen die Zustände in ihrer Abteilung im ganzen Betrieb bekanntmachen. Es kam zu Solidaritätsaktionen. So verweigerten die Angestellten eine Woche lang jede Überstunde. Durch den Kampf erreichten die Kolleginnen, daß die Geschäftsleitung die schlimmsten Mißstände, wie zum Beispiel die Überwachung und die ständige Kontrolle über die Arbeitsleistung, abstellen mußten.

Geschlossene Kampffront der Arbeiter und Angestellten

Der Fall der elf Datentypistinnen zeigt, wie die Angestellten durch den Rationalisierungsterror zur solidarischen und gewerkschaftlichen Aktion, zum Kampf für ihre Interessen gedrängt werden. Immer mehr gleicht sich die Lage großer Teile der Angestellten nicht nur in Bezug auf das niedrige Einkommen an die Lage der Arbeiter in den Fabriken an, sondern auch im Hinblick auf das Lohnsklavendasein im Betrieb, die rücksichtslose Ausbeutung am Arbeitsplatz usw.

Alter Standesdünkel und Elitedenken weichen im Denken dieser Angestelltenmassen zunehmend der realistischen Einsicht in die eigene Lage. Das Kapital hat sie in die Masse des ausgebeuteten und unterdrückten Proletarierheers geworfen. Sie sind der gleichen Willkür und Existenzunsicherheit ausgesetzt. Auch sie haben nichts zu verlieren als ihre Ketten.

Im Verhalten der Angestellten in der Praxis des Klassenkampfes wird diese Entwicklung des Bewußtseins deutlich. Die letzten Jahre zeigten die wachsende Bereitschaft breiter Teile der Angestellten, mit Streiks und gewerkschaftlicher Aktion an der Seite der Arbeiter den Kampf gegen die Unternehmer zu führen. So organisieren sich auch immer mehr Angestellte in den DGB-Gewerkschaften. In der IG Metall stieg die Zahl der Angestellten in den letzten drei Jahren um 6,3 Prozent auf rund 400 000 an. Die Zahl der weiblichen Angestellten in der IGM stieg sogar um 18 Prozent.

Zweifellos wird das Erwachen des gewerkschaftlichen und politischen Klassenbewußtseins bei breiten Massen der kleinen und mittleren Angestellten für die kommenden Kämpfe der Arbeiterklasse große Bedeutung haben. Die Kämpfe gegen die wirtschaftlichen und politischen Angriffe des Kapitals werden dadurch mächtige Anstöße erhalten. Die Arbeiterklasse kann ihre Kraft gewaltig entfalten, wenn den Angriffen des Kapitals auf den sozialen Besitzstand und die Arbeitsplätze der Arbeiter und Angestellten eine geschlossene Kampffront von Arbeitern und Angestellten entgegengestellt wird.

Das ist eine Aufgabe, die für die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung sehr wichtig ist. Deshalb stand die 10. Angestelltenkonferenz der IG Metall vor großen Aufgaben von weitreichender Bedeutung.

Keine zufriedenstellende Konferenz

Daran gemessen kann man mit den Ergebnissen und dem Verlauf der Konferenz nicht zufrieden sein. Sicher wurden einige wichtige und positive Schritte getan. Es wurde die Forderung erhoben, daß durch Tarifverträge den Rationalisierungsangriffen der Unternehmer begegnet werden muß. Es wurden eine Reihe von Einzelforderungen aufgestellt.

Aber all das blieb doch noch viel zu allgemein und unverbindlich. Vor allem aber wurde keine Strategie entwickelt und kein Kampfprogramm erstellt. Es wurde nicht erörtert, unter welchen Hauptforderungen die gemeinsame Front mit den Arbeitern gegen die Rationalisierung organisiert werden muß.

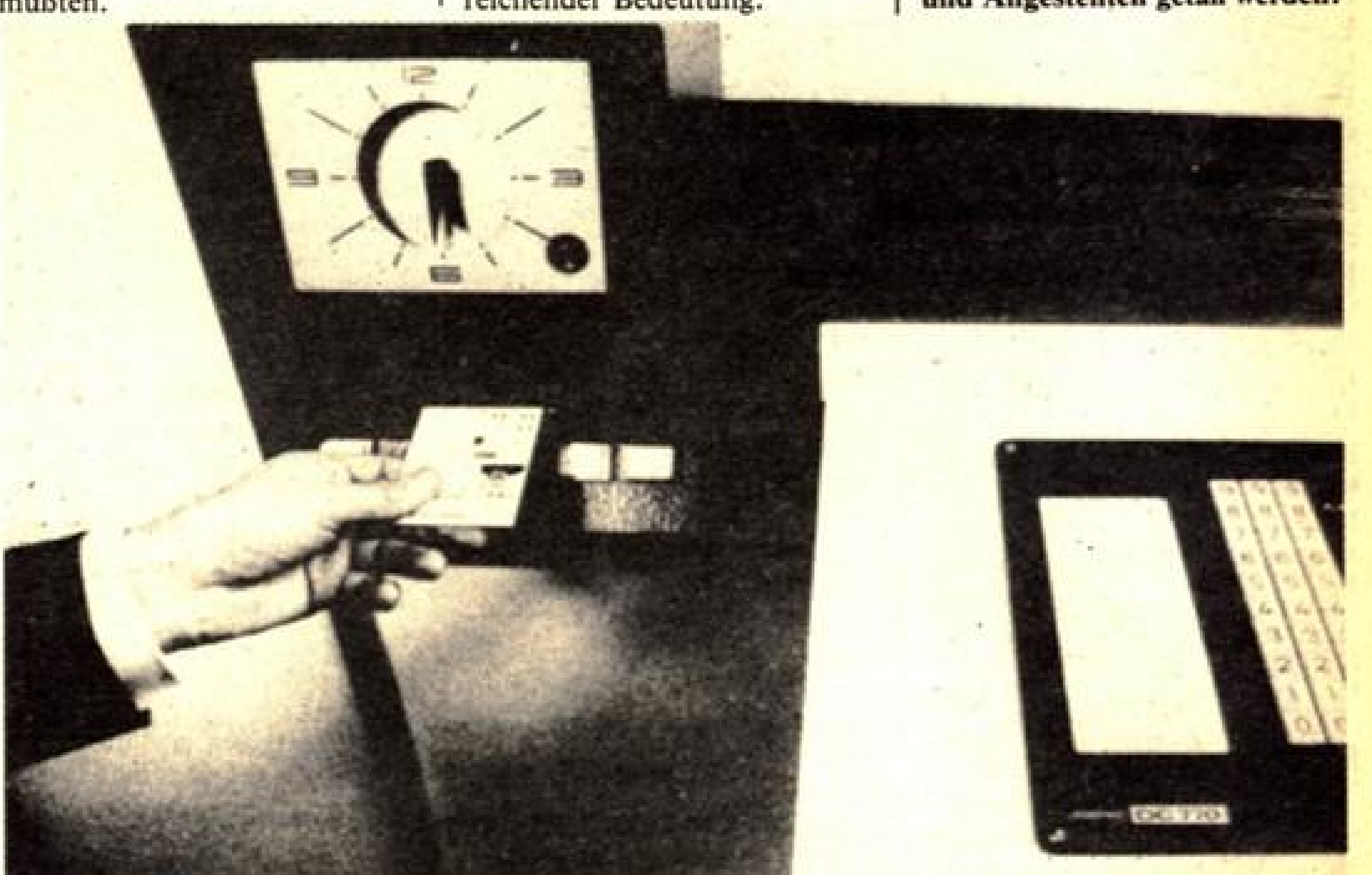
In diesem Zusammenhang wäre es auch erforderlich gewesen, die Möglichkeiten und Grenzen des wirtschaftlichen Abwehrkampfes aufzuzeigen. Ohne die Zerschlagung der kapitalistischen Ausbeuterordnung kann nämlich der technische Fortschritt letztlich nicht in sozialen Fortschritt umgemünzt werden, sondern bleibt unvermeidlich mit Arbeitslosigkeit, verschärfter Ausbeutung und sozialem Elend verbunden.

Der Verrat der IGM-Führung

Die IGM-Führung hat natürlich darauf hingearbeitet, zu verhindern, daß die Konferenz Mittel und Wege des entschlossenen Kampfes zur Verteidigung der Interessen der Angestelltenmassen erarbeitet. Vielleicht wäre ansonsten auf dieser Konferenz deutlich geworden, daß ein im Grunde schwerwiegender Verrat der Loderer und Konsorten gegenüber dem Kampf der Angestellten bereits geschehen ist. Denn zweifellos bildet der Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn ein entscheidendes Kettenglied in diesem Kampf. Und insofern hat die Niederlage der Stahlarbeiter bei ihrem Streik für die 35-Stunden-Woche, die auf das Konto der IGM-Bonzen geht, auch der Sache der Angestellten großen Schaden zugefügt.

Um so notwendiger ist es jetzt, daß die klassenkämpferischen Gewerkschafter im DGB die 35-Stunden-Woche wieder auf die Tagesordnung setzen. Gerade im Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn kann und muß ein wichtiger Schritt zu einer einheitlichen Kampffront der Arbeiter und Angestellten getan werden.


Acht Stunden Arbeit am flimmernden Bildschirm — das ist inhuman und zieht mit Sicherheit Gesundheitsschäden nach sich.


Totale Überwachung, Kontrolle über jeden einzelnen und seine Arbeitsleistung, akkordähnliche Antreibersysteme —, das wollen die Kapitalisten den Angestellten im Zusammenhang mit der neuen Technik aufzwingen.

RGO-Betriebsräte wieder auf der Hütte

Arbeitsgericht erläßt einstweilige Verfügung gegen Hoesch

Erster Erfolg im Kampf für Wiedereinstellung

DORTMUND. — An die sechzig Personen drängten sich am Donnerstag, den 13. März im engen Verhandlungsraum 141 des Dortmunder Arbeitsgerichtes. Auf der Tagesordnung stand der Antrag der beiden entlassenen Hoesch-Betriebsräte Norbert Bömer und Hartmut Siemon auf eine einstweilige Verfügung gegen den Vorstand der Hoesch-Hüttenwerke AG.

Zweck des beantragten Gerichtsbeschlusses: die Hoesch-Bosse zu verpflichten, den entlassenen Betriebsräten bis zum rechtskräftigen Abschluß des Kündigungsschutzverfahrens *„Zugang zum Betrieb zum Zwecke der Ausübung des Betriebsratsamtes zu gewähren"*.

Den Zuschauern im Verhandlungssaal bot sich ein symbolträchtiger Anblick: Am Tisch der Entlassungsstrategen saßen nicht nur zwei Vertreter des Vorstands der Hüttenwerke AG sondern noch (frei nach Schiller) **„im Bunde ein Dritter"**, nämlich der Betriebsratsvorsitzende von Hoesch-Union, Heinz Menne.

Wie innig dieser Bund ist, darüber klärte einer von den Dreien (Vorstandsmitglied Dr. Schmitthals) mit unmißverständlichen Worten das staunende Publikum auf. Schmitthals kurz nach Verhandlungsbeginn: ***„In dieser Angelegenheit sitzt der Hoesch-Vorstand mit der Betriebsratsmehrheit in einem Boot"***.

Wahrlich ein offenes Wort! Die Reaktionen im Saal: Unruhe und Lachen. Daß allerdings der „Arbeitnehmervertreter" Heinz Menne das offenherzige Bekenntnis des Konzernvertreters mit schweigender Zustimmung quittierte, mag dem einen oder anderen Mitglied seiner ebenfalls anwesenden Fraktionskollegen von der IGM-Liste doch Unbehagen bereitet haben. Verschiedene Stahlarbeiter und andere Kollegen unter den Zuschauern aber quittierten das Verhalten des Betriebsratsvorsitzenden mit empörten Ausrufen!

Die Verhandlung spitzte sich in der Sache dann auf einige Hauptpunkte zu, die hier kurz zusammengefaßt seien:

Erstens: Ist es „Vertrauensbruch" bzw. ein Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz, daß die RGO-Betriebsräte den abgelichteten Entwurf des Sozialplans einigen Kollegen, mehrheitlich Vertrauensleuten der IGM, zur Verfügung gestellt haben, um die betriebliche Öffentlichkeit zu informieren? Oder ist es umgekehrt die Pflicht eines Betriebsrates, für eine solche Information der Belegschaft (die bei Hoesch-Union durch das Verhalten der Betriebsratsspitze sabotiert wurde) zu sorgen?

Zweitens: Ist es „Vertrauensbruch" bzw. eine „Störung des Betriebsfriedens", daß die RGO in einem Flugblatt, das vor den Werkstoren verteilt wurde, den Sozialplanentwurf kritisch beleuchtet hat? Und können die RGO-Betriebsräte im Falle, daß dies bejaht wird, deshalb entlassen werden, obwohl sie nicht presserechtlich verantwortlich für die Flugblätter zeichneten?

Drittens: Welche Beweggründe bestimmten das Verhalten der Betriebsratsmehrheit, als sie ihre Zustimmung zu dem Entlassungsantrag des Hoesch-Vorstands gab? Spielte dabei etwa der Wunsch eine Rolle, sich im Hinblick auf die kommende Betriebsratswahl im Frühjahr nächsten Jahres der oppositionellen und unbequemen RGO-Betriebsräte zu entledigen?

Es gelang den beiden Entlassenen und ihrem Rechtsanwalt Rainer Ahues, diese Fragen in überzeugender Weise zu beantworten und den Nachweis der Unhaltbarkeit der fristlosen Entlassung sowohl in juristischer als auch in sozialpolitischer Hinsicht zu führen.

Und nicht nur das. Hartmut Siemon und Norbert Bömer gelang es auch, deutlichzumachen, daß ihr Handeln in der Frage des Sozialplans mit den Richtlinien und Orientierungen übereinstimmt, die von der IG Metall in offiziellen Dokumenten und auf gewerkschaftlichen Konferenzen aufgestellt worden sind. So zitierten sie wiederholt aus dem im Bund-Verlag erschienen Buch *„Sozialpolitik in der Eisen- und Stahlindustrie"*, zu dessen Herausgebern unter anderem H. O. Vetter und Eugen Loderer zählen. In der Frage der Information im Betrieb über den Sozialplan konnten die beiden RGO-Betriebsräte sich auf Richtlinien berufen, die auf der zentralen Vertrauensleutekonferenz der IG Metall im vergangenen Jahr auch von führenden IGM-Funktionären vertreten wurden. Das bedeutet: Als die RGO genau das tat, was die Betriebsratsmehrheit unter Heinz Menne im Interesse der Konzernherren verhindern wollte — der Belegschaft zu ihrem Recht zu verhelfen, sich über den Inhalt des Sozialplanentwurfs zu informieren — setzte sie Richtlinien der IG Metall um!

Die fristlose Entlassung der beiden RGO-Betriebsräte diente dazu, den zügellosen Herr-im-Haus-Standpunkt der Hoesch-Kapitalisten durchzusetzen. Sie diente dazu, den Betriebsrat zum Geheimrat zu degradieren.

Im Schlußteil der etwa dreistündigen Verhandlung ging es noch um den Gütetermin zur Kündigungsschutzklage des Kollegen Hartmut Siemon. Angesichts der klaren Sachlage, die sich in der Verhandlung herausgeschält hatte, machte das Gericht den Hoeschvertretern den Vorschlag, bis zur endgültigen Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Kündigung den entlassenen Betriebsräten die Ausübung ihres Amtes auf der Hütte freiwillig zu ermöglichen. Damit allerdings stieß das Gericht bei den Herren vom Hoesch-Vorstand auf taube Ohren.

Am Nachmittag wurde das Urteil verkündet: Dem Antrag der beiden Betriebsräte ist stattgegeben. Hoesch muß ihnen bis zum rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens die Möglichkeit verschaffen, ihrer Betriebsratstätigkeit im Betrieb nachzugehen. Im Falle jeder Zuwiderhandlung droht der Hoesch-Hüttenwerke AG ein Ordnungsgeld von 10000 Mark!

Ein erster wichtiger Erfolg im Kampf für die Wiedereinstellung der beiden Betriebsräte ist errungen. Als die beiden am Tag darauf wieder im Betrieb tätig wurden, freute sich die große Mehrheit der Kollegen über diesen Efolg. Allerdings ist mit diesem Erfolg der Sieg noch lange nicht gesichert! Die Solidarität muß weiter organisiert werden! Nur so kann die Entlassung der beiden endgültig zurückgeschlagen werden.

Hartmut Siemon und Norbert Bömer beim Stahlarbeiterstreik 1978/79 in Dortmund bei einer Kundgebung

---

Klöckner-Hütte Bremen

Betriebsrat mit fristloser Entlassung bedroht!

Mit ausdrücklichem Hinweis auf den Fall Hoesch!

BREMEN. — Macht das Vorgehen der Hoesch-Bosse gegen unliebsame Betriebsräte bereits jetzt Schule? Auf der Klöckner-Hütte in Bremen drohen die Bosse einem Betriebsratsmitglied mit fristloser Entlassung, wobei sie ausdrücklich auf die Entlassung der RGO-Betriebsräte bei Hoesch als Präzedenzfall hinweisen!

Dem Betriebsratsmitglied Opitz werden die Klöckner-Konzernherren — ähnlich wie die Hoesch-Bosse den RGO-Betriebsräten — *„Bruch der Vertraulichkeit"* vor. Die Vorgeschichte: Opitz ist als Betriebsratsmitglied auch Mitglied im Konzernbeirat. Als es nun in diesem Gremium darum ging, daß ein Manager des Gesamtkonzerns namens von Bogdany, der als Rationalisierungseinpeitscher berüchtigt ist, auf die Hüttenwerke in Bremen geholt werden soll, wandte Opitz sich dagegen.

Opitz berichtete über diese Angelegenheit auch auf einer Betriebsratssitzung. Dies veranlaßte die Konzernleitung dann, Opitz einen Brief zu schicken, in dem der Vorwurf des Vertrauensbruchs erhoben und ihm nicht nur mit Entfernung aus dem Konzernbeirat, sondern auch mit fristloser Entlassung gedroht wird.

Ausdrücklich verweisen die Konzernherren in ihrem Schreiben auf die Entlassung der beiden Betriebsräte bei Hoesch!

Was kann deutlicher zeigen, wie wichtig der Kampf für die Wiedereinstellung der beiden Hoesch-Betriebsräte ist? Es geht darum, einen Angriff auf das ohnehin schon eingeschränkte Recht auf betriebliche Interessenvertretung durch die gewählten Vertreter der Belegschaften abzuwehren.

Der Gewerkschaftskommentar

„Wir sitzen in dieser Angelegenheit mit dem Betriebsrat in einem Boot".

Betriebsratsvorsitzender Menne sah keinen Anlaß, diese Feststellung des Vorstandsmitgliedes der Hoesch-Hüttenwerke AG, Dr. Schmitthals, in Zweifel zu ziehen. Vor der Fernsehkamera allerdings hielt Menne es denn doch für geboten, zu betonen: ***„Natürlich nur in dieser Angelegenheit!"***

Im gleichen Boot?

Nur?

Nach eigener Aussage von Dr. Schmitthals handelt es sich um eine der einschneidendsten „Umstrukturierungen" die es bei Hoesch gegeben hat. Mehr als 4000 Arbeitsplätze fallen der Rationalisierung zum Opfer. Bei dem umstrittenen Sozialplan geht es um den sozialen Besitzstand von mehreren tausend Stahlarbeitern. Und es geht nicht zuletzt auch darum, ob Betriebsräte, die sich nicht zu „Geheimräten" machen lassen wollen, die nicht bereit sind, sich dem Herr-im-Hause-Standpunkt der Bosse bedingungslos zu unterwerfen, einfach gefeuert werden können.

Dr. Schmitthals war vor dem Arbeitsgericht voll des Lobes über den von den entlassenen Betriebsräten kritisierten Sozialplanentwurf. Etwas Besseres, Sozialeres sei in der Bundesrepublik bislang noch nicht bekannt. Auch dieser Beurteilung des Hoesch-Vertreters hatte Betriebsratsvorsitzender Menne nichts hinzuzufügen.

Die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus. Verglichen mit anderen Sozialplänen in der Eisen- und Stahlindustrie und gemessen an den Orientierungsrichtlinien der IG Metall erweist sich das angebliche soziale Wunderwerk als fauler Kompromiß, als bittere Pille für die Belegschaft.

Die Kritik der RGO an dem Entwurf trug den Erfordernissen einer konsequenten gewerkschaftlichen Interessenvertretung Rechnung. Das gilt erst recht für die Bemühungen der RGO, die Belegschaft noch rechtzeitig über den Inhalt des Entwurfs zu informieren, bevor er hinter verschlossenen Türen verabschiedet wurde. Eine solche Informationsarbeit wird von der IG Metall nachdrücklich als unabdingbare gewerkschaftliche Aufgabe und als Pflicht der Betriebsräte bezeichnet.

Hingegen steht das Verhalten der Betriebsratsmehrheit von Hoesch-Union in scharfem Gegensatz zu den genannten vom DGB bzw. der IG Metall herausgestellten Richtlinien. Das Paradoxe an der Sache besteht darin, daß diese Betriebsratsmehrheit über eine Liste in den Betriebsrat eingezogen ist, die sich als Liste der IG Metall bezeichnet hat, während auf der anderen Seite die RGO-Betriebsräte wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" aus der IG Metall ausgeschlossen wurden. Hier liegt ein nicht zu übersehender Widerspruch. Offenkundig betreibt doch gerade die sogenannte „IG-Metall-Liste" eine Politik, die gewerkschaftsschädigend ist!

Jeder klassenkämpferische Kollege weiß, daß der hier aufgezeigte Widerspruch keine Besonderheit darstellt, die nur bei Hoesch in Dortmund existieren würde. Diejenigen, die Kraft ihrer Führungspositionen als Funktionäre meist so tun, als seien sie allein die Gewerkschaft, erweisen sich häufig als diejenigen, die mit den Konzernherren in einem Boot sitzen, als Verräter an den Forderungen der gewerkschaftlichen Basis.

Es ist auch keine Besonderheit von Hoesch, daß Belegschaft und klassenkämpferische Gewerkschafter sich gegen die unternehmerhörige Politik gewisser Arbeiterverräter wehren. Was jedoch in vielen Betrieben leider noch nicht so wie bei Hoesch ist: **Die gewerkschaftliche Opposition ist im Betriebsrat durch zwei sehr konsequente, kämpferische Kollegen vertreten, die sich nicht kleinkriegen lassen, weil sie in der RGO und deren Betriebsgruppe auch den notwendigen organisierten Rückhalt finden.**

Fazit: Wer die Gewerkschaft als Bollwerk der Arbeiterinteressen starkmachen will, muß die revolutionäre Opposition stärken!

Solidaritätsveranstaltung in Stuttgart

Gewerkschafter hinter Gittern?

IG-Druck-Mitgliedern droht Gefängnis

STUTTGART. — Am 7. März fand auf Initiative der Vertrauensleute des Ortsvereins Stuttgart der IG Druck und Papier eine Solidaritätsveranstaltung für drei Gewerkschafter statt. Den drei Kollegen drohen im Zusammenhang mit der Aktion der IG Druck zur Verhinderung einer Streikbruch-Ausgabe der Londoner Zeitung „Times" erhebliche Gefängnisstrafen.

Der IG Druck gelang es im April letzten Jahres, durch diese Aktion den Druck einer Ausgabe der „Times" zu verhindern. Bekanntlich war damals die 3000köpfige Belegschaft der „Times" in England wegen ihres Kampfes gegen die Rationalisierung ausgesperrt. Gegen die drei besagten Gewerkschafter wurde wegen der Blockierungsaktion Anklage wegen Nötigung, Landfriedensbruch, schwerem Hausfriedensbruch, versuchter schwerer Brandstiftung u.a. erhoben.

Zwei der Angeklagten, Kollege Wurstius, Bezirkssekretär der IG Druck in Frankfurt, und Kollege Winter, Betriebsratsvorsitzender der Frankfurter Firma Dernsdruck, sprachen auf der Veranstaltung. Anwesend waren rund 120 Kollegen aus verschiedenen Einzelgewerkschaften, darunter auch zahlreiche haupt- und ehrenamtliche Funktionäre. Die Veranstaltung hatte einen sehr kämpferischen Charakter.

Auch Solidarität mit den entlassenen Hoesch-Betriebsräten

Es wurde auch kurz über die Entlassung der beiden Hoesch-Betriebsräte berichtet. 80 Kollegen unterschrieben die Solidaritätserklärung für die Hoesch-Betriebsräte, unter ihnen auch die angeklagten IG-Druck-Kollegen, der 2. Bezirksvorsitzende der IG Druck und eine Reihe weiterer DGB-Funktionäre.

Engpaß in Essens Kindertagesstätten

Kinder und Eltern demonstrieren im Rathaus

30 Planstellen nicht besetzt

ESSEN. — Als sich die ehrenwerten Essener Rathausherren am Mittwoch, den 12. März zu einer Ratssitzung in ihrem neuen Rathaus (120 Millionen Mark) zusammenfinden wollten, staunten sie nicht schlecht, als sie sich etwa fünfzig empörten Eltern und Kindern gegenübersahen.

Den Eltern war sozusagen der Kragen geplatzt, und das aus gutem Grund. Denn abweichen von den Auflagen des Landesjugendamtes wurden in den 18 städtischen Kindertagesstätten dreißig Stellen für pädagogische Fachkräfte **nicht** eingerichtet.

So fehlen zum Beispiel in der Kindertagesstätte Armstraße 16 in Essen-Borbeck zwei der vorgesehenen acht Stellen. Damit werden den Kindern 25 Prozent der vorgesehenen Betreuung vorenthalten.





Eines der betroffenen Kinder im Foyer des neuen Rathauses

Der Elternrat der Borbecker Kindertagesstätte bemüht sich bereits seit einem halben Jahr um die Behebung dieses unhaltbaren Zustandes. Durch die Initiative der Eltern sah sich das Hauptamt schon im Oktober 1979 veranlaßt, mit dem Jugendamt über die Einrichtung der vom Landesjugendamt vorgesehenen Stellen zu verhandeln. Der Erfolg der elterlichen Initiative schien gesichert, als der Geschäftsführer der Mehrheitsfraktion (SPD) dem Elternrat Ende Januar schriftlich mitteilte: *„nach Zusage des Jugendamtes werden in Kürze die erforderlichen Planstellen eingerichtet werden."*

Doch nichts geschah. Anfang Februar wurde die SPD-Fraktion wortbrüchig. Die Spitzen von Rat und Verwaltung einigten sich, den Stellenplan weder zu diskutieren noch zu ändern.

Um ein paar Groschen zu sparen, nehmen die zuständigen Behörden in Kauf,

- **daß die Kinder in den Kindertagesstätten mangels fehlender Aufsicht kaum draußen spielen können,**
- **daß für die Betreuung von 15 Kindern in der Krabbelstube nur eine völlig überlastete Erzieherin zur Verfügung steht,**
- **daß das wöchentliche Turnen, das für die heranwachsenden Kinder äußerst wichtig ist, fast immer ausfällt.**

Doppelt unverständlich erscheint die Haltung der Stadt, wenn man bedenkt, daß 75 Prozent der Kosten für die fehlenden Planstellen vom Land übernommen werden, die Stadtkasse mithin überhaupt nicht belasten.

Die betroffenen Eltern reagierten auf diese arrogante und kinderfeindliche Haltung mit der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der Elternvertreter der Essener Kindertagesstätten am 3. März. Die Arbeitsgemeinschaft vertritt die Eltern von 1 200 Kindern. Immerhin sah sich SPD-Fraktionschef Malone (früher Betriebsratsvorsitzender bei AEG-Kanis) am 12. März veranlaßt, den empörten Eltern zu versprechen, der Rat werde sich im April oder Mai mit der Sache befassen.

Doch mit frommen Reden lassen sich die Eltern nicht mehr abspeisen. Bei der nächsten Ratssitzung werden sie wieder da sein. Außerdem haben sie eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Oberstadtdirektor angekündigt, falls die Stadt den Auflagen des Landesjugendamtes nicht nachzukommen gedenkt.



Die Mütter sind nicht länger bereit, sich mit Sonntagsreden abspeisen zu lassen!

Bankrott des Maoismus

Gruppe Rote Fahne (KPD) löst sich auf

KÖLN. — Am vorletzten Wochenende — fast genau zehn Jahre nach ihrer Gründung — führte die Gruppe Rote Fahne (die unter dem Namen KPD auftrat) ihren III. Parteitag durch. Die überwältigende Mehrheit der Delegierten stimmte für eine Auflösung der Organisation.

Eine solche Entwicklung hatte sich angesichts der immer schärfer hervortretenden Widersprüche innerhalb der Organisation schon seit längerem abgezeichnet (siehe auch RM 3/80). Einer faktischen Auflösung der GRF konnte sich auch die Führungsgruppe um Semler, von Plato, Horlemann, Heuler usw. nicht mehr entgegenstemmen. Sie versuchte allerdings auf dem Parteitag zu retten, was für sie noch zu retten war. So gab sie den Parteianspruch der GRF zwar auf, forderte aber deren Umwandlung in eine „Organisation von Kommunisten", die gemeinsam mit anderen Kräften darangehen sollte, die „revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse" aufzubauen.

In bester maoistischer Manier wollte die Führungsgruppe den Prozeß der Herausbildung von verschiedenen Gruppierungen und Fraktionen fördern, aus dem ehemaligen Zentralorgan „Rote Fahne" ein Diskussionsforum machen, der zu wählenden Leitung nur Übergangscharakter zubilligen usw. Dieser Versuch, die Existenz des Zirkels in anderen Formen aufrechtzuerhalten, scheiterte jedoch. Der III. Parteitag beschloß — wie gesagt — die Auflösung der GRF.

Damit wurde der Schlußpunkt unter ein Jahrzehnt opportunistischer und zunehmend reaktionärer Politik gesetzt. Die GRF war vor zehn Jahren von Studentenführern wie Semler und Horlemann in die Welt gesetzt worden, die ihre gescheiterte Politik unter dem Mäntelchen einer „proletarischen Avantgardepartei" fortsetzen wollten. Sie gründeten ihre Partei auf völlig antimarxistischen Grundlagen ausdrücklich gegen die bestehende kommunistische Partei, die KPD/ML. In der Folgezeit bemühten sie sich, Spaltung und Verwirrung in die Reihen der revolutionären Bewegung zu tragen. Unter dem angemaßten Namen KPD und mit der von den chinesischen Maoisten entwickelten konterrevolutionären „Theorie der drei Welten" als Grundlage wurde dieser Zirkel schließlich zum Verfechter einer offenen Klassenzusammenarbeit, einer reaktionären Allianz mit dem westlichen Imperialismus gegen die sowjetische Supermacht.

Vor und auf dem III. Parteitag war viel von einer „nüchternen Bilanz", einem „Bruch mit Fehlern" usw. die Rede, wenn es darum ging, das offenkundige Scheitern der GRF einzugestehen. Nun mag es wirklich so sein, daß sich einzelne Mitglieder um ein ehrliches Verständnis der bisher verfolgten Politik bemühen. Für die Mitglieder der Führungsgruppe gilt das allerdings in keiner Weise. Und das zeigt sich nicht nur an ihrem Versuch, die Existenz der GRF aufrechtzuerhalten. Noch nach dem Parteitag bekannte sich etwa Semler ausdrücklich zu den reaktionären Grundlagen der GRF-Politik. So etwa, als er gegenüber der „Frankfurter Rundschau" sein Festhalten an der „Theorie der drei Welten" bekräftigte.

Und auch im erwähnten Antrag der Führungsgruppe an den Parteitag hatte es geheißen, „daß wir — ausgehend von der These der Drei Welten" — alle Kräfte, die sich vereinen lassen gegen den Hegemonismus der Supermächte, insbesondere gegen die aggressive und expansionistische Sowjetunion, vereinigen müssen."

Keine Spur also von „Bruch mit Fehlern" und „nüchterner Bilanz" — die konterrevolutionären **Grundlagen** der Politik werden weiter verteidigt, man macht nur einige Zugeständnisse an die Grünen, die „alternative Bewegung", den linkssozialdemokratischen Reformismus usw. Unter solchen Umständen ist es auch nicht verwunderlich, daß nicht der geringste Versuch unternommen wurde, das Scheitern der GRF auf die von ihr verfolgte Politik zurückzuführen. Im Gegenteil — die Führungsgruppe macht ausgerechnet den Marxismus-Leninismus, den sie nie verstanden, geschweige denn angewandt, sondern stets nur bekämpft hat, für den Zusammenbruch ihres Zirkels verantwortlich.

Wie wird es weiter gehen mit den Resten der GRF? Die Debatten, die in den letzten Monaten innerhalb der Organisation geführt wurden, haben den künftigen Weg schon vorgezeichnet. Ein großer Teil der ehemaligen Mitglieder wird sich ganz ins Privatleben zurückziehen oder vollständig bei den Grünen, Bunten und Alternativen aufgehen. Der Führungskern wird — daran hat Semler keinen Zweifel gelassen — innerhalb der kleinbürgerlichen Protestbewegung die alte reaktionäre Politik fortzusetzen versuchen.

Trotz massenhafter Bürgerproteste

Genehmigung für atomares Kompaktlager in Biblis

Hessische Landesregierung: Vorreiter des Bonner Atomprogramms

WIESBADEN. — Am Montag, den 10. März unterzeichnete der hessische Wirtschaftsminister Karry die Genehmigung für die Kompaktlagerung abgebrannter atomarer Brennelemente in Biblis. Sofortige Vollziehung wurde angeordnet.

Das Kompaktlager — es wird aus technischen Gründen nicht vor Mai in Betrieb genommen — liegt innerhalb der Sicherheitshülle des Kernkraftwerkes. Es besteht im wesentlichen aus einem mit Kühlwasser gefülltem Betonbehälter. Im Becken befinden sich Lagergestelle aus Stahl; diese wiederum enthalten sogenannte Positionskästen für die verbrauchten Brennelemente, die immer noch in erheblichem Maße radioaktive Strahlung abgeben.

Bislang war es dem Atomkraftwerksbetreiber (RWE) gestattet, etwa drei Jahresendlagermengen im Becken zu lagern. Karry genehmigte nun die doppelte Menge.

Normalerweise werden die verbrauchten Brennelemente des Atomkraftwerks Biblis in die französische Wiederaufbereitungsanlage La Hague transportiert. Da diese jedoch seit längerer Zeit außer Betrieb ist, waren die bis zum vorletzten Montag erlaubten Lagermengen bald erreicht, so daß die von den Gerichten geforderte Entsorgungsgarantie gefährdet schien. Die mußte aber gewährleistet sein, da die RWE sonst nicht die Baugenehmigung für die Reaktorblöcke A und B erhalten würde.

Da durch Karrys Entscheidung zumindest vom Standpunkt der Gerichte aus die Entsorgung für die nächsten Jahre gesichert ist, steht dem Aufbau weiterer Reaktorblöcke nichts mehr im Weg.

Die Landeregierung unter dem SPD-Ministerpräsidenten Börner bahnte so den Profitinteressen der Energiemonopole den Weg, gegen den schriftlichen Einspruch von über 10 000 Bürgern.

Durch die Anordnung der sofortigen Vollziehung sind auch die beim Verwaltungsgericht Darmstadt vorliegenden zwanzig Klagen gegen das Kompaktlager gegenstandslos geworden.

Eine rechtliche Möglichkeit bestünde jetzt noch im Beantragen von Eilverfahren gegen die Karry-Entscheidung. Aufgrund solcher Anträge wäre das Aussetzen der Genehmigung zumindest theoretisch denkbar.

Tatsache aber ist, daß die hesssische Landesregierung im Auftrag der Energiemonopole in die Offensive gegangen ist. Zuerst kündigte Ministerpräsident Börner an, er wolle in Hessen die in Niedersachsen zu Fall gebrachte Wiederaufbereitungsanlage bauen lassen, danach zog Wirtschaftsminister Karry mit seiner Kompaktlager-Entscheidung nach.

Hintergrund der skandalösen Haltung der hessischen Landesregierung sind die Pläne der RWE, in Biblis einen regelrechten „Nuklearpark" zu errichten, der nicht nur Hessen, sondern auch andere Bundesländer und sogar Luxemburg und Frankreich mit elektrischer Energie versorgen kann.



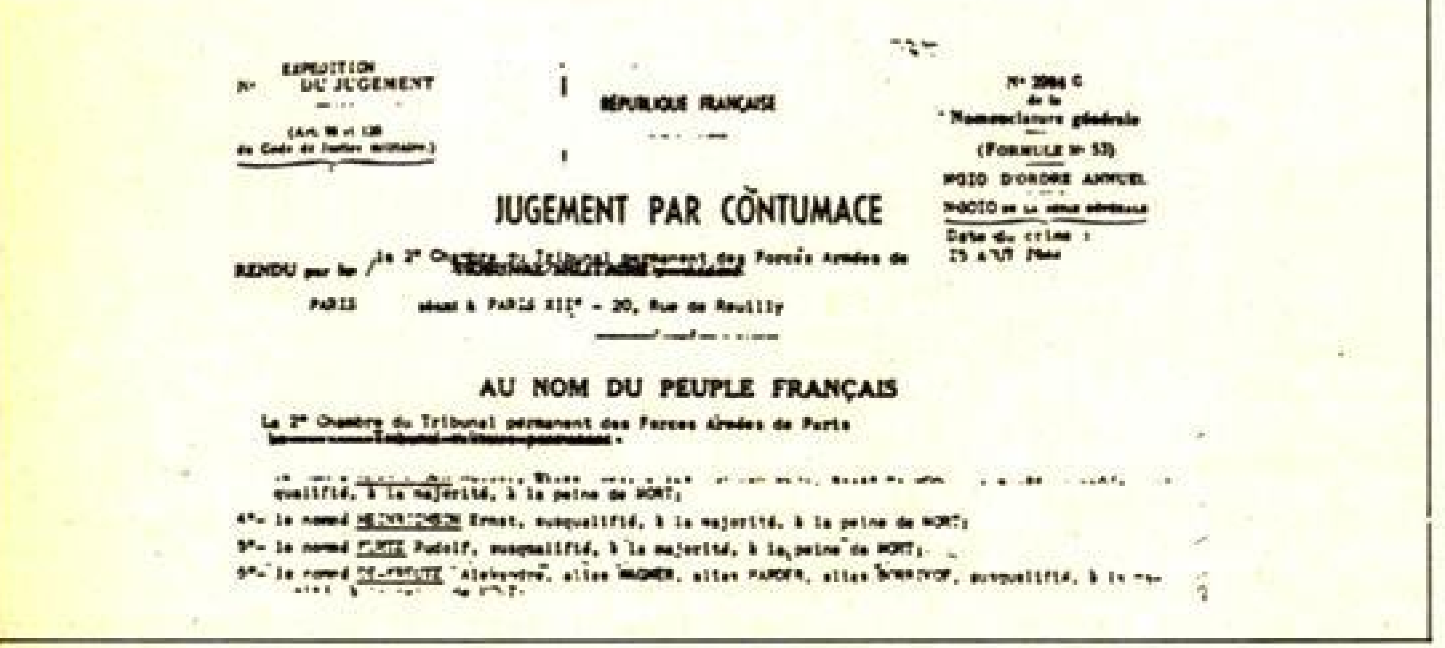
Hier werden für gewöhnlich die abgebrannten Uranstäbe gelagert. Die Kapazität soll nun drastisch erhöht werden.

Neues Ermittlungsverfahren gegen SS-Mörder Heinrichsohn

Massaker an fünf französischen Widerstandskämpfern

Tauziehen um Haftvollstreckung dauert an

DÜSSELDORF.— Unter dem Aktenzeichen 8 Js 612/76 ermittelt gegenwärtig die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft gegen den in erster Instanz zu sechs Jahren Gefängnis verurteilten ehemaligen SS-Unterscharführer Heinrichsohn. Das Landgericht Köln hielt ihn für überführt, an der Deportation von 73 000 französischen Juden mitgewirkt zu haben. Im neuen Ermittlungsverfahren geht es um fünffachen Mord an französischen Widerstandskämpfern.


EXPEDITION DU JUGEMENT

RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

(FORMULE n° 53)

JUGEMENT PAR CONTUMACE

PARIS séant à PARIS XII° - 20, Rue de Reuilly

AU NOM DU PEUPLE FRANÇAIS

La 2° Chambre du Tribunal permanent des Forces Armées de Paris

qualifié, à la majorité, à la peine de MORT;

4°- le nommé HEINRICHSOHN Ernst, susqualifié, à la majorité, à la peine de MORT;

Heinrichsohn-Todesurteil vom 7. Mai 1956 (Ausriß).

Die Ermittlungen der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft stützen sich auf ein Urteil der 2. Kammer des Ständigen Militärgerichts in Paris vom 7. Mai 1956. Damals wurde Ernst Heinrichsohn in Abwesenheit zum Tode verurteilt, wegen „vorsätzlicher Tötung".

Das Urteil geht auf ein Massaker an fünf französischen Widerstandskämpfern am 15. August 1944 zurück. An jenem Tag erschien ein bewaffnetes Kommando des Pariser Gestapo-Referats IV E 5 (Spionageabwehr) auf einem Pariser Bahnhof („Gare de Pantin") und sonderte aus einem Zug, in dem etwa 1 800 Menschen auf ihre Deportation warteten, den Widerstandskämpfer André Rondenay und vier weitere Genossen aus.

Die fünf Antifaschisten wurden in die Gemeinde Domont nördlich von Paris chauffiert und dort „massakriert" — so die Anklageschrift des französischen Militärgerichts.

An den Leichen der Widerstandskämpfer wurden zahlreiche Schußverletzungen festgestellt; Rondenay war in den Rücken geschossen worden, einer wies Spuren von Fußtritten auf, einem anderen wurde der Leib mit einem Bajonett aufgeschlitzt. Ernst Heinrichsohn gehörte zu diesem Todeskommando.

Da sein Name im Todesurteil am Schluß ohne h geschrieben ist, versucht der ehemalige CSU-Bürgermeister erneut, sich als Opfer einer bedauerlichen Verwechslung hinzustellen. Doch für die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft gibt es keinen Zweifel, daß der in Paris in Abwesenheit verurteilte **Heinrichson** mit dem im Kölner Lischka-Prozeß zu einer Freiheitsstrafe verurteilten **Heinrichsohn** identisch ist.

Schon bevor das neue Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen SS-Unterscharführer bekannt wurde, hat es um die Person des Nazi-Mörders ein regelrechtes Tauziehen gegeben. Die schwarz-braune Reaktion aus dem Dunstkreis der CSU wollte es offenbar nicht zulassen, daß einer der Ihren dorthin kommt, wo er hingehört, nämlich hinter Gitter.

Waren alle drei Verurteilten des Kölner Lischka-Prozesses zunächst auf freien Fuß gesetzt worden, so wurde der Haftbefehl am 16. Februar gegen Lischka, Hagen und Heinrichsohn vollstreckt. Die eben schon erwähnten Parteigänger und Sympathisanten des ehemaligen SS-Unterscharführers Heinrichsohn bekamen ihren Mann am 3. März wieder frei, indem sie eine Kaution von 200 000 Mark hinterlegten.

Das Oberlandesgericht Köln setzte den Haftbefehl wieder in Vollzug, wegen der Schwere des Tatvorwurfs und der Höhe der Strafe. Das neue Ermittlungsverfahren zeigt, daß wir es bei Heinrichsohn mit einem politisch motivierten Schwerverbrecher zu tun haben.

Neuer RCDS-Chef bekennt Farbe

Studenten sollen zugunsten der Rüstung Verzicht üben

BONN.— Der kürzlich in Frankfurt zum neuen Vorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) gewählte Maschinenbaustudent, Stefan Dingerkus, gab vorletzten Montag in Bonn zu verstehen, daß er unter Umständen Abstriche an der materiellen Ausstattung der Hochschulen für richtig befinden würde, damit genügend finanzielle Mittel für die Aufrüstung zur Verfügung stünden.

Eine besondere Provokation erlaubte sich Dingerkus mit dem Hinweis, die Studenten müßten die Möglichkeit in Betracht ziehen, auf ihre Privilegien zu verzichten wie zum Beispiel die Subventionierung des Mensa-Essens.

Nun mag es durchaus zutreffen, daß die Söhne und Töchter reicher Eltern einige Privilegien — allerdings von Hause aus — genießen. Viele der Studentinnen und Studenten allerdings, insbesondere jene aus Arbeiterkreisen, können ihr Studium heute kaum finanzieren. Bei den niedrigen Elternfreibeträgen kommen immer weniger in den Genuß des Bafög, das außerdem viel zu niedrig ist.

Diesen Studenten noch die Subventionen zum Mensa-Essen zu streichen oder andere sogenannte Privilegien, würde die Verdrängung von Arbeiterkindern zugunsten der Reichen an den Universitäten rapide beschleunigen. Das ist sicherlich im Sinne des RCDS-Vorsitzenden. Der größte Skandal aber ist, daß er der Masse der Studenten Opfer zugunsten der Kriegsvorbereitung zuzumuten gedenkt.

Wehrsportgruppe Hoffmann randaliert in Nürnberg

Passanten und Polizisten mit Farbbeuteln beworfen

Drei Faschisten vorübergehend festgenommen

NÜRNBERG.— Daß der Wehrsportgruppe Hoffmann mit einem Verbot nach dem Vereinsrecht nicht beizukommen ist, bewiesen Obernazi Hoffmann und seine Schläger am Samstag, den 8. März in Nürnberg.

Nachdem die Stadtverwaltung eine Versammlung der neofaschistischen „Tübinger Instituts zur Bekämpfung kommunistischer Menschenrechtsverletzungen" verboten hatte, verwickelte die militante Hoffmann-Truppe die Nürnberger Polizei in eine regelrechte Straßenschlacht. In diesem Zusammenhang wurden acht Passanten und zehn Polizisten mit Farbbeuteln und Eier getroffen und beschmutzt. Ein Polizeibeamter und ein Passant wurden am Auge verletzt.

Hoffmann und seine Spießgesellen wurden festgenommen. Gegen sie wurde Anzeige wegen Landfriedensbruch, Widerstand, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Beleidigung erstattet. Nach drei Stunden wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt.

Nach dem vereinsrechtlichen Verbot seiner Wehrsportgruppe hatte Hoffmann Einspruch beim Bundesverwaltungsgericht in Westberlin eingelegt.

Daß sich dieser Faschist trotz seiner schweren Vergehen in Nürnberg wieder auf freiem Fuß befindet, ist auch auf dem Boden der herrschenden Rechtspraxis ein Riesenskandal. Immerhin wurde Hoffmann wegen ähnlicher Delikte bereits mehrmals zu Gefängnisstrafen verurteilt, die jedesmal zur Bewährung ausgesetzt waren. Nun ist er erneut straffällig geworden. Warum werden die mehrfachen Gefängnisstrafen nicht vollstreckt?



Obwohl Hoffmann (rechts) und seine Spießgesellen einschlägig vorbestraft sind, befinden sie sich auch nach den Nürnberger Vorfällen auf freiem Fuß.

Entscheidung zum Radikalenerlaß

Bundesarbeitsgericht sanktioniert Gesinnungsschnüffelei

Wer sich nicht verhören läßt, bekommt keine Stelle

KASSEL.— Am Montag, den 10. März hat das Bundesarbeitsgericht in Kassel ein Grundsatzurteil in Sachen Radikalenerlaß gefällt. Dem Urteil zufolge können Bewerber für den öffentlichen Dienst auch dann abgelehnt werden, wenn sie einer legalen politischen Organisation angehören, die jedoch von der Einstellungsbehörde als verfassungsfeindlich eingestuft wird.

Abgesehen davon, daß den Einstellungsbehörden durch das Grundsatzurteil Kompetenzen zugeschoben werden, die dem Bundesverfassungsgericht vorbehalten sind, sanktionieren die Kasseler Richter mit ihrem Spruch ausdrücklich die herrschende Berufsverbotepraxis.

Der Abbau demokratischer Rechte wird durch höchstrichterlichen Spruch abgesegnet. Dadurch entsteht eine Rechtssituation mit doppeltem Boden.

Auf der einen Seite macht sich niemand einer Gesetzesverletzung schuldig, wenn er, sagen wir, der KPD oder der KPD/ML angehört.

Auf der anderen Seite muß sich jedoch jeder, der im öffentlichen Dienst sein Brot verdienen will, sei es als Lokführer oder als Lehrer, von jenen Parteien fernhalten, die faktisch als verbotene Parteien betrachten.

Zusätzlich haben die Richter des Bundesarbeitsgerichtes entschieden, daß Bewerber für den öffentlichen Dienst Fragen nach ihrer politischen Betätigung beantworten **müssen**. Verweigern sie in dieser Hinsicht die Antwort, ist das für die Einstellungsbehörde ein hinreichender Grund, den betreffenden Bewerber abzulehnen.

Der Prozeß, in dessen Rahmen das Grundsatzurteil gefällt wurde, drehte sich um die Einstellung der Realschullehrerin Beate Bongard in den Schuldienst des Landes Nordrhein-Westfalen. Frau Bongard hatte sich seinerzeit geweigert, die Frage nach etwaiger Zugehörigkeit zur DKP zu beantworten. Das Land untersagte daraufhin ihre Einstellung.

Zwar wurde jetzt in einigen Bundesländern die Regelanfrage beim Verfassungsschutz abgeschafft — zweifellos ein Erfolg der breiten in- und ausländischen Proteste gegen die reaktionäre Berufsverbotspraxis —, doch wurde die Gesinnungsschnüffelei durch die Einstellungsbehörde ausdrücklich von den Bundesarbeitsrichtern gebilligt.

Höchstrichterliche Entscheidung dieser Art bereiten den Boden für den Machtantritt eines neuen starken Mannes von der Art eines Hitler. Der öffentliche Dienst soll von jeglicher kritischer Regung gesäubert werden, damit er ein willfähriges Machtinstrument in den Händen der schwarzbraunen Reaktion wird.

Nach dem reaktionären Kasseler Richterspruch muß der Kampf gegen die Berufsverbotspraxis verstärkt weitergeführt werden.

• Weg mit den Berufsverboten!
• Wiedereinstellung aller vom Berufsverbot Betroffenen!

Widerstand unerwünscht

ESSEN.— Wie aus Kreisen der Essener Gewerkschaftsjugend zu erfahren war, hat der DGB-Kreisvorstand einen Beschluß gefaßt, der den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern die Teilnahme an jeglichen Aktionen gegen den Gewerkschaftsfeind Nr. 1, Franz Josef Strauß, verbietet.

„Politische Äußerungen sind erwünscht!"

MÜNCHEN.— Die Delegierten der 10. Angestelltenkonferenz der IG Metall haben einen Antrag verabschiedet, in dem die Entlassung von Kollegen wegen des Tragens von Aufklebern und Plaketten auf das schärfste verurteilt wird.

In diesem Zusammenhang stellten die Delegierten fest, daß politische Meinungsäußerungen von Arbeitern und Angestellten „legal und erwünscht" seien. Mit diesem Antrag verurteilen die Delegierten den Vorstand der IG Bau Steine Erden, der kürzlich einen Frankfurter Angestellte gefeuert hatte, weil sie einen Anti-Strauß-Aufkleber an ihrer Maschine befestigt hatte.

Gesetzliche Initiativen gegen Neonazis?

BONN.— Der innenpolitische Arbeitskreis der SPD-Bundestagsfraktion trägt sich mit dem Gedanken, die strafrechtlichen Bestimmungen gegen neofaschistische Aktivitäten zu verschärfen.

Steht bisher nur die Verwendung und Verbreitung nationalsozialistischen Propagandamaterials unter Strafe, soll nun auch die Herstellung, das Lagern und die Einfuhr des einschlägigen Materials strafbar sein. Des weiteren übten die Parlamentarier Kritik an dem Zustand, daß bislang das Vertreiben von Nachdrucken faschistischer Propagandamaterialien aus der Zeit nach 1945 nicht verboten ist.

Antifaschistische Demonstration gefordert

FRANKFURT.— Dem am 22./23. März stattfindenden Frankfurter SPD-Parteitag liegt ein Antrag vor, der die unverzügliche Verstärkung des Kampfes gegen neonazistische Umtriebe fordert. Die Verfasser beziehen sich vor allem auf die Vorgänge um den faschistischen Buchladen in Bornheim.

Weiter wird die Zusammenarbeit mit Gruppen und Organisationen gefordert, die sich „hauptsächlich mit diesen Dingen befassen". In diesem Zusammenhang wird auch die VVN/Bund der Antifaschisten genannt, gegen den der SPD-Bundesvorstand Unvereinbarkeitsbeschlüsse verhängt hat. Dieser Beschluß soll nach den Vorstellungen der Antragsteller aufgehoben werden.

Weiter wird gefordert, schon im Vorfeld des 17. Juni, der erfahrungsgemäß insbesondere in Frankfurt einen Höhepunkt in den Aktivitäten der Neonazis darstellen wird, Demonstrationen gemeinsam mit dem DGB und allen Antifaschisten zu veranstalten. Das Verbot einer DGB-Kundgebung wie im letzten Jahr dürfe sich auf keinen Fall wiederholen.

Ein Besuch bei den Grabstätten der Roten Ruhr Armee

Gefallen im März 1920

Volkskorrespondenz aus Marl (2. Teil)

Der Aufmarsch gegen das Ruhrgebiet

Eine Woche später hatte sich das Blatt gewendet. Die Regierung Ebert saß wieder fest im Sattel. Nur Noske, der „Bluthund" vom November 1918, hatte den Hut nehmen müssen. Seine Politik wurde jedoch fortgesetzt. Der Feind



Die alte Schule: An dieser Mauer wurden neun Rotgardisten erschossen.

stand wiederum links. Die Aufstände in den verschiedenen Teilen des Reiches waren blutig erstickt worden. Das Ruhrgebiet isoliert. Jetzt setzte die sozialdemokratisch geführte Regierung die Reichswehr in Marsch. Es waren dieselben Freikorpsverbände, die Tage vorher noch aktiv auf Seiten von Kapp gegen die Regierung gekämpft hatten. Aus Bayern, Schlesien, Mecklenburg rollten in endlosen Zügen bis an die Zähne bewaffnete Freikorps-Truppen in Richtung Ruhrrevier. An den Türen der Waggons, auf den Stahlhelmen der Söldner prangte hier und da ein bisher unbekanntes Zeichen: das Hakenkreuz.

„Eine Säuberung auf der ganzen Linie wird jetzt erfolgen", erklärte der Reichskommissar für das Ruhrgebiet, Severing (SPD), „der Ring um das Ruhrgebiet muß sich von allen Seiten so dicht schließen, daß keiner mehr durch die Maschen geht." Am 31. März war es soweit: Das Industriegebiet war von 45 000 Mann konterrevolutionärer Truppen eingeschlossen.

Im Stadtarchiv Recklinghausen befindet sich ein Exemplar der Lokalzeitung von diesem Tag. Sie meldet: Die Regierung habe der Reichswehr befohlen, den Vormarsch einzustellen und die Verhandlungen abzuwarten. An diesem 31. März verhandelte Severing in Münster mit Vertretern der aufständischen Arbeiter.

Um 22.30 Uhr das Ultimatum der Regierung: Waffenstillstand bis zum 2.4., 12 Uhr, in dieser Zeit Selbstauflösung der Räte und der Roten Armee. Als Gegenleistung der Regierung wurde vereinbart: „Jede Vorwärtsbewegung der Reichswehr oder Teile derselben hört mit dem 31.3. abends auf." Eine Möglichkeit, den Einmarsch der Reichswehr zu verhindern? Eine Chance für die revolutionäre Arbeiterschaft, den organisierten Rückzug anzutreten? Nein. Severing hatte den Arbeitern eine Falle gestellt.

Der Weiße Terror

Unser Gesprächspartner erinnert sich:

„Das war auf Gründonnerstag, morgens um halb fünf, da kamen die ersten Granaten hier unten auf der Wiese und dann vor allen Dingen viel Maschinengewehrfeuer." Hier an der Lippebrücke beginnt im Morgengrauen des 1. April — genau sechs Stunden nach Inkrafttreten des zweitägigen Waffenstillstands — der Überfall auf das Ruhrgebiet. „Wir waren in den Keller gesprungen, wie das Artilleriefeuer anfing. Ich hab' durch eine Klappe geguckt, da über die Straße. Auf einmal sah ich da Stahlhelme hochkommen. Da bin ich wieder in den Keller gelaufen, ich sag': da sind Stahlhelme. Und da sahen wir, daß die Reichswehr schon da war. Die hatten sich nachts schon vorgearbeitet über die Lippe, wo weiß ich nicht, und hatten die Posten, die da waren, die Vorposten (der Roten Armee), die hatten sie alle überrascht und umgebracht... Als erstes sind sie in diese alte Schule da. Die Jungs, die dort lagen, die haben ja nicht gedacht, daß da welche kamen. Die haben gedacht, daß wär' nur so ein Beschuß. Da waren Kriegsteilnehmer bei, viele Bochumer, die dachten, ab in den Keller, bis das ruhiger wird... Die Leute, die sie aus dem Keller holten, mußten an der Wand knien. Dann haben sie eine ganze Weile beraten. Dann kam einer an: Die Frauen (aus dem Dorf) mußten alle rüberkommen. Die mußten genau nachsehen, ob da Leute, die sie kannten dabeiwaren. Ja, leider, kannten keine... Da hat meine Stiefmutter noch gesagt: Nun lassen Sie doch die Leute! Bringen Sie doch die Leute nicht um! Erschießen Sie die Leute doch nicht!

Dann mußte alles wieder geräumt werden, zurück alles in die Keller. Ja, sind wir auch. Aber ich hab' da unten aus dem Fenster geguckt. Damals, das war schrecklich für mich und für alle hier. Dann kam der Befehl: Anlegen! Feuer geben!... Und dann lagen sie da... Da war auch ein Vater und Sohn dabei. Da sagten sie nachher, der wär' 17 Jahre gewesen... Hier an der Wirtschaft, was heute Lippetal ist, da haben sie sechs Mann aus dem Keller geholt. Die sind da auch erschossen worden. In Bossendorf, im Kolonialwarengeschäft Meis, was heute die Sparkasse ist, da hatten sich 18 Kanalarbeiter versteckt. Damals wurde der Kanal ausgebaut. Das waren bayerische Jungs, die sind da in den Keller gelaufen. Da kam ein Reichswehrsoldat und rief: Ist da einer drin? Keine Antwort, da hat er eine Handgranate in das Kellerloch geworfen, und so sind die Leute hier ausgekommen. Sie waren alle angezogen und sahen danach auch aus, als wenn sie zu den Spartakisten gehörten.

Sie sind alle einer nach dem anderen und der Hausbesitzer, Josef Meis, die Frau hat ihn noch umschlungen, erschossen worden."

Reaktion und Faschismus

So begann der Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet. „Gefangene werden nicht gemacht!", war der barbarische Befehl. Genau wie 20 Jahre später bei den SS-Verbänden im Osten. Und in der Tat: Unter den Freikorps-Söldnern, die an diesem Tag mit Mord und Terror ins Ruhrgebiet einmarschierten waren viele, deren Namen wir heute mit den grausamsten Verbrechen des Faschismus verbinden: Rudolf Höss, der spätere Kommandant von Auschwitz, Hans Frank, Hitlers Statthalter in Polen, Ernst Röhm, der Chef der SA-Rollkommandos. Der schlesische Freikorpsführer Faupel, dessen Truppen das Massaker in Hamm-Bossendorf anrichteten, war schon 1905 bei der Niedermetzelung des Aufstandes in der damaligen Kolonie in Südwestafrika dabeigewesen, ebenso im Mai 1919 bei der Unterdrückung der Bayerischen Räterepublik. Im III. Reich, 1936/37 war er dann Hitlers Beauftragter in Francos Hauptquartier in Burgos maßgeblich an der Zerschlagung der Spanischen Republik beteiligt. Wie hatte doch Severing am 23.3.1920 in Bielefeld gesagt? „Wenn wir jetzt gegen die Anarchie vorgehen wollen, müssen wir uns der Reichswehr als Instrument der Politik bedienen. Wir können jetzt nicht — 5 Minuten vor 12 — die Reichswehr reformieren, wo wir j e d e n M a n n gebrauchen."



In diesem Haus hatten sich 18 Kanalarbeiter versteckt. Sie wurden hier ermordet.

Die Geschichte eines Grabes

In Hamm-Sossendorf kamen in diesen Morgenstunden des 1. April bei den Kämpfen und den standrechtlichen Erschießungen 80 Menschen ums Leben. Die 18 Kanalarbeiter liegen am Kriegerdenkmal im Dorf beerdigt. Zwei Grabplatten links und rechts des Denkmals überliefern die Namen der Ermordeten. 33 Rotgardisten liegen im Massengrab im Wald. In den zwanziger Jahren fanden hier jedes Jahr am Karfreitag Gedenkkundgebungen der KPD statt. Nach 33 entdeckten SA-Leute bei einer Übung im Wald das Grab. Mit Hammerschlägen und Schüssen versuchten sie, das Grabmal zu zerstören. Dann auf einmal war es verschwunden. Niemand im Dorf wußte, wo es geblieben war.

„Und nach dem Krieg — da war es auf einmal wieder da," erzählt der alte Mann, mit dem wir sprachen. Unbekannte Antifaschisten hatten es an derselben Stelle im Waldboden eingegraben, um es vor den Nazis zu retten. Heute wird das Grab von alten Kommunisten aus Marl gepflegt. Die Opfer des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus sind nicht vergessen. In diesem Jahr plant die Volksfront des Kreises Recklinghausen, am Karfreitag an der Grabstätte eine Kundgebung zum 60. Jahrestag des Märzaufstandes.

Wegweiser zu den Gräbern

Wer die Gräber der gefallenen Kämpfer der Roten Ruhr Armee besuchen möchte — hier eine Lagebeschreibung:

Man fährt die B 51 aus Richtung Recklinghausen bis zu der Ampel vor der **Lippebrücke**. An der Ampel links abbiegen in Richtung Marl-Hamm. Man passiert die **Sparkasse**, wo die Kanalarbeiter erschossen wurden, kurz darauf rechts der Straße das Kriegerdenkmal von Hamm-Bossendorf mit den Gräbern dieser Opfer. Ein paar Hundert Meter weiter ebenfalls auf der linken Seite die **Gaststätte Lippetal**, wo sechs Rotgardisten den Tod fanden. Noch ein Stück weiter links der Straße ein großes Holzkreuz. Das Fachwerkhaus rechts davon ist die **ehemalige Schule**, wo neun Spartakisten an die Wand gestellt wurden. Wenn man den Weg am Holzkreuz hineingeht, kommt man über die Fußgängerbrücke und nach 500 Metern an das **Massengrab**, wo 33 Opfer begraben liegen.

Fährt man von der B 51 vor der Lippebrücke rechts ab, kommt man über Flaesheim nach Ahsen (ca 6 km). Hier auf dem Friedhof liegen ebenfalls Rotgardisten begraben. Und auch jenseits der Lippebrücke von **Ahsen, an einem Weg**, der gegenüber vom Parkplatz des Ausflugslokals Eversum in den Wald führt (ca. 20 m von der Straße). Ein weiteres Grab schließlich befindet sich auf dem Nordfriedhof von Recklinghausen (in der Nähe des Eingangs).

Volksfront in Aktion

Strauß — raus aus Karlsruhe!

Volkskorrespondenz aus Karlsruhe

Tagelang war strahlender Sonnenschein. Als aber Franz Josef Strauß kam, weinte sogar der Himmel.

Von dem Sauwetter ließen sich die Strauß-Gegner nicht beeindrucken. Sie kamen in großer Zahl.

In die Schwarzwaldhalle wurden ab 15 Uhr ausschließlich CDU-Anhänger hineingelassen, die bis 16 Uhr ungefähr 80 Prozent der ca. 5 500 Plätze besetzt hatten (offizielle Angaben von 8500 Zuhörern sind stark übertrieben). **Dann gelang es ca. 1 000 Strauß-Gegnern, den Rest der Plätze zu bekommen. Darunter waren auch Volksfront-Kollegen, die trotz Mantelzwangsabgabe und Taschenkontrolle innerhalb der Halle Flugblätter verteilten.** Trotz 200 CDU-Ordnern durchschnitten Unbekannte das Video-Übertragungskabel in die Gartenhalle, so daß von Strauß dort über lange Zeit hin nichts zu sehen und zu hören war. Schließlich tauchte noch ein Transparent „Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg" auf. Dann gellende Pfeifkonzerte, als Strauß kommt. Parolen — ein Ei fliegt (was ein Kunststück war) und landet leider nur in der Nähe von Strauß. CDU-Ordner greifen Strauß-Gegner handgreiflich an. Das Transparent wird entrissen und wieder zurückgeholt. Diese Proteste führen zu sechs Verhaftungen. Derweil spielt Strauß den Biedermann im Anzug.

Draußen vor der Schwarzwaldhalle waren weitere 800 bis 1 000 Strauß-Gegner versammelt. Die Volksfront war dabei mit ihrem großen 5-Meter-Transparent, mit Stoppt-Strauß-Eiern, zwei Eimern Ananasbowle, Ananasflugblättern, Faltblättern, Volksfrontprogrammen, Stoppt-Strauß-Broschüren, hochwertigen Strauß-Trillerpfeifen, Ansteckern, Umhängeschildern. Dazu Kundgebungen über Megaphon. Der Erfolg war: 2 000 Flugblätter und Faltblätter (alles weg), 46 Eier, 20 Anstecker (ausverkauft), 10 l Bowle, 12 Programme und 12 Satzungen.

Alles in Hautnähe der Polizei, die mit vier Hundertschaften, Absperrgittern, Richtmikrophonen, Kameras und vor allem der berüchtigten Reiterstaffel stark vertreten war.

Die schlugen auch zu. Der ehemalige IGM-Jugendvertreter Klaus Czepan kam als Jesus Christus und ließ sich an ein großes Holzkreuz hängen, auf dem geschrieben stand: „Christus, 1980 von Strauß gekreuzigt". Nach einer Viertelstunde rückten 15 Polizisten an. Obwohl „Christus" freiwillig vom Kreuz heruntersteig, verhafteten sie ihn in einer brutalen Weise Klaus und zwei weitere Kollegen.

Als nun insgesamt neun Antifaschisten verhaftet waren, ergriff die Volksfront die Initiative, machte die Verhaftungen bekannt und stimmte die Parole an, die in diesem Moment jeder dachte: „Sofortige Freilassung aller Strauß-Gegner". Dann „Strauß — raus aus Karlsruhe", „Strauß — fort nach Alaska". Gut war auch die Parole „Die Jugend pfeift auf Strauß", die jedesmal von einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert begleitet wurde.

Als uns die Parolen ausgingen, forderten wir die Strauß-Gegner auf, Parolen zu dichten. So kamen eine ganze Reihe von Anti-Strauß-Gesängen und Kehrreimen heraus, was die Stimmung und das Zusammengehörigkeitsgefühl hob. Wer was wußte über die Lage, gab es ans Megaphon weiter. Dann setzte sich der Zug dorthin in Bewegung, wo Strauß raus wollte. Als CDU-Anhänger zehn dicke „Bayernkuriere" mit Strauß-Konterfei herunterwarfen, verbrannte die Volksfront unter großem Beifall diese Hetzblätter. Dann rückte plötzlich die Reiterstaffel vor. Wir riefen „keine Panik", „bleibt zusammen", immer wieder Parolen — so geht das anderthalb Stunden.

Zwischendurch ruft der Sprecher der Volksfront immer wieder dazu auf, die große Zersplitterung zu überwinden und für die Zukunft auf die Einheit der Antifaschisten und Demokraten hinzuarbeiten, damit die ganze Kraft der heute versammelten rund 1 800 Strauß-Gegner voll zur Entfaltung kommen kann.

Dieser Einladung zu einer Nachbesprechung in den Buchladen „Linkskurve" folgen dann auch 11 Kolleginnen und Kollegen: Unorganisierte aus Jugendzentren und Anhänger der SDAJ Karlsbad und Ettlingen, die auch sehr aktiv waren.

Die Volksfront hatte in der Vorbereitung ihre Kraft auf die Herstellung der Einheit gerichtet. Als am 1.3. die ersten Strauß-Plakate noch naß waren, war schon der Aktionsplan entwickelt. Einladungen gingen an alle antifaschistischen Kräfte. Das Stoppt-Strauß-Komitee, zwei Jugendzentren und die Falken waren interessiert. **Blamabel war besonders die Reaktion der „Grünen": „Wir haben nichts gegen Strauß vor, wir gehen zu Eppler."**

So war — sowohl in der Vorbereitung, als auch in der Aktion selbst — der junge Kreisverband der Volksfront **bedauerlicherweise die einzige Kraft**, die beständig versuchte, die Einheit gegen Strauß zu organisieren.

Es war die erste Bewährungsprobe und der Kreisverband und sein kürzlich gewählter Vorstand hat sie bestanden.



Auf der 1. Mai-Demonstration 1979 in Bremen.

Jetzt den Kampf weiter vorantreiben!

Für das Verbot der Aussperrung



Am Samstag, den 22. März werden in Kassel Gewerkschafter, Antifaschisten und Demokraten gemeinsam ihre Entschlossenheit bekunden, den Kampf für das Verbot der Aussperrung weiterzuführen. Sie werden auf der Straße demonstrieren, daß die Bewegung für das Verbot der Aussperrung von niemandem gestoppt werden kann, auch wenn die DGB-Führung vor den Arbeitgeberverbänden und der politischen Reaktion zurückgewichen ist, indem sie die Kampagne des DGB vorzeitig abgebrochen hat.

Wenn nun das Bundesarbeitsgericht in Kassel sein Urteil über die sechs Klagen gegen die Aussperrung in der Druck- und Metallindustrie im Frühjahr 1978 fällen wird, so wird es nicht an der Tatsache vorbeikommmen, daß sich in den vergangenen Monaten und Jahren eine machtvolle Bewegung für die Forderung nach dem Verbot der Aussperrung entwickelt hat, eine Bewegung, die sowohl innerhalb der Gewerkschaften als auch darüber hinaus immer breitere Unterstützung gewinnt.

Lassen wir uns aber durch das Gerede von der sogenannten „Unabhängigkeit" der Justiz nicht den Blick für die Realität trüben! Auch wenn die Aussperrung in letzter Zeit tausendfach als soziales Unrecht, als Angriff auf die Gewerkschaften, als gefährliche Waffe gegen demokratische Verhältnisse entlarvt und verurteilt wurde, so garantiert dies noch lange nicht, daß die Richter in Kassel ihre bisherige Arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Haltung aufgeben und ein Urteil gegen die Aussperrung sprechen.

Eines ist jedoch klar. Hätte es nicht die unzähligen Initiativen, Aktionen und Manifestationen der jüngsten Zeit gegen die Aussperrung gegeben, dann wären die Verteidiger der Aussperrung heute nicht in die Defensive geraten. Es wäre dann überhaupt keine Frage, daß die Herren in Kassel und in Bonn den antidemokratischen und gewerkschaftsfeindlichen Ansprüchen der Aussperrungsstrategen die Treue hielten.

Deshalb heißt es jetzt, den Kampf weiterführen, die Front noch mehr verbreitern, noch stärker und offensiver den Kampf vorantreiben:

Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung!



Viele DGB-Kollegen setzten sich aktiv dafür ein, daß der DGB gewerkschaftliche Kraft für das Verbot der Aussperrung mobil macht.



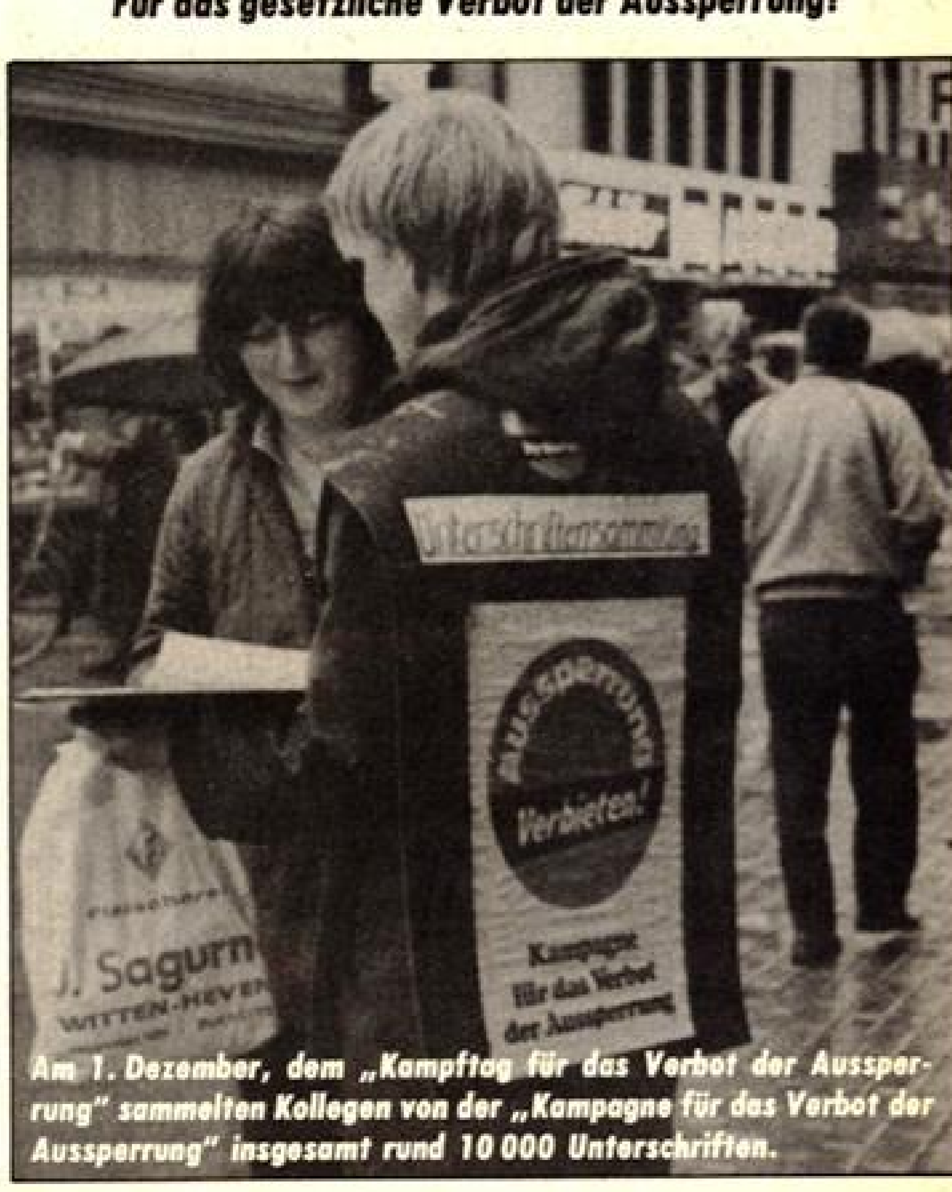
Auf der DGB-Veranstaltung „Aussperrung verstößt gegen die Menschenwürde" im Januar dieses Jahres.



Solidaritätsaktion während des Stahlarbeiterstreiks 1978/79 in Duisburg.



Stand der „Kampagne" auf einer Großveranstaltung der IG Bergbau und Energie in Dortmund im November 1979.



Am 1. Dezember, dem „Kampftag für das Verbot der Aussperrung" sammelten Kollegen von der „Kampagne für das Verbot der Aussperrung" insgesamt rund 10 000 Unterschriften.



Der Versammlungssaal am 9. Februar während die Teilnehmer eine Darbietung auf der Bühne verfolgen.



Während der Kundgebung der KP Japans (Linke) am 10. Februar

Zum 10. Jahrestag der Parteigründung

Großveranstaltung der KP Japans (Linke)

SHIMONOSEKI.— Aus Anlaß des 10. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Japans (Linke) und des Erscheinens der tausendsten Ausgabe des Zentralorgans der Partei, „Volksstern", sowie zur Feier von dessen Umstellung auf 2tägliche Erscheinungsweise fanden am 9. und 10. Februar in Shimonoseki zwei Großveranstaltungen der Partei mit zusammen über 1 500 Teilnehmern statt, darunter auch zahlreichen Genossen, die aus anderen Regionen der Partei als Teilnehmer gesandt wurden.

Die Redaktion des „Volkssterns" sandte dem „Roten Morgen" ausführliches Bildmaterial von diesen Veranstaltungen, von denen wir hier eine Auswahl veröffentlichen. Über die Arbeit der japanischen Bruderpartei wird der „Roter Morgen" in einer seiner nächsten Nummern im Rahmen der Artikelserie „Die Taktik der marxistisch-leninistischen Parteien" berichten.

Das ZK der KPD/ML sandte den japanischen Genossen anläßlich ihres Feiertags eine Grußadresse, in der die Verbundenheit im Kampf gegen den Imperialismus betont wird.



Genosse Masayoshi Fukuda, der Vorsitzende der KP Japans (Linke), während seiner Rede „Die achtziger Jahre und das Fortschreiten der sozialistischen Revolution"

Stalin-Aufgebot der portugiesischen Partei erfolgreich beendet

LISSABON.— Das Zentralorgan der Portugiesischen Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut), „Bandeira Vermelha", veröffentlichte in der letzten Woche die Ergebnisse des Stalinaufgebots der portugiesischen Bruderpartei.

Das Jahr 1979, das der von der Partei geführten UDP so große Erfolge brachte, in dem die Versuche der Spalter, Partei und UDP zu liquidieren, völlig vereitelt wurden, brachte die portugiesische Partei auch zahlenmäßig entscheidend weiter.

Die Partei konnte während des Stalin-Aufgebots ihre Mitgliederzahl um 65 Prozent steigern, wovon 61 Prozent Arbeiter und 25 Prozent Frauen sind.

Damit konnten 190 neue Parteizellen geschaffen werden, 76 davon in großen Betrieben. In der Hauptstadt Lissabon nahm die Zahl der Parteimitglieder um 78 Prozent zu, und es wurden 42 neue Zellen, davon 26 Betriebszellen gegründet.

Diese wichtigen Erfolge der portugiesischen Partei werden den Kampf gegen die reaktionäre Regierung Sa Carneiro weiter verstärken.

Unter illegalen Bedingungen

Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei gegründet!

Frucht eines konsequenten Kampfes seit Oktober '78

Der Gründungsparteitag der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei (RKPT) fand Anfang Februar 1980 unter Bedingungen der Illegalität statt und wurde erfolgreich beendet. Der Beschluß der Aufbauorganisation für die RKPT vom Oktober 1978, mit aller Kraft für den Aufbau der Partei zu kämpfen, wurde so vollständig erfüllt.

Der Gründungsparteitag fand zu einer Zeit statt, da der faschistische Terror, der im Lande organisiert wird, es nicht leistet, den Kampf der Werktätigen der Türkei zu unterdrücken.

Die Delegierten des Parteitags begannen deshalb auch damit, daß sie den über 30 Mitgliedern der Partei, fast 100 Mitgliedern des Jugendverbands und über Tausend Anhängern der Partei, die gegenwärtig im Gefängnis sind, ihre Grüße sandten.

Vom Parteitag wurde der Entwurf von Programm und Statut, die vorher breit in der Aufbauorganisation diskutiert worden waren, einstimmig verabschiedet. Ebenso eine Reihe von Resolutionen zu grundsätzlichen taktischen und ideologischen Fragen, die dem Parteitag zur Beschlußfassung vorlagen.

Weiter verabschiedete der Parteitag den Bericht des Zentralkomitees der Aufbauorganisation sowie einen Aufruf an die Werktätigen der Türkei und Grußschreiben an die marxistisch-leninistischen Parteien der Welt.

In der Gründungserklärung der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei wird noch einmal die Geschichte jener Jahre, die der Gründung vorausgingen, nachgezeichnet und daran erinnert, welch ein tiefer grundlegender Kampf gegen verschiedenste ideologische Strömungen nötig war, um den Weg zur Gründung der marxistisch-leninistischen Partei freizumachen.

Im Programm der Partei, das die Klassen der Türkei analysiert und den Weg zum Sozialismus und Kommunismus aufzeigt, wird hervorgehoben, daß es das Ziel der RKPT ist, die revolutionäre Diktatur der Arbeiterklasse und der Bauern zu errichten. Die verschiedenen politischen Resolutionen, die der Gründungsparteitag verabschiedet hat, sind die Antwort der RKPT auf die besonderen Bedingungen des Klassenkampfes in der Türkei, die Konkretisierung des Programms.

Die Resolution **„Über die nationale Frage"**, die auf der Grundlage des Leninismus diese Frage in der Türkei behandelt, kommt dabei zu folgenden Feststellungen: Neben der türkischen und kurdischen Nation leben Menschen verschiedenster Nationalitäten in diesem Lande (Araber, Tscherkessen, Georgier, Armenier usw). Die revolutionäre Partei stellt dazu fest, daß sie die Partei des Proletariats zweier Nationen und zahlreicher Nationalitäten ist, und daß es die nationaldemokratische Revolution sein wird, die jede Form der nationalen Unterdrückung beseitigen wird, unter der heute vor allem die Kurden leiden. Die RKPT verteidigt das Recht der kurdischen Nation, nach dem Sieg der nationaldemokratischen Revolution durch eine demokratische Volksabstimmung ihren Weg selbst zu wählen, wobei die RKPT dafür ist, sofern dies nicht dem Willen der kurdischen Nation widerspricht, für eine föderative Lösung einzutreten.

In der Resolution **„Über die Agrarrevolution"** wird betont, daß die Grundlagen der nationaldemokratischen Revolution in der Türkei die antifeudale Agrarrevolution der Bauernschaft ist. Dabei wird hervorgehoben, daß das Proletariat und seine Partei, die RKPT, die entschädigungslose Enteignung von Grund und Boden, der im Besitz der Großgrundbesitzer ist, die Übereignung feudal beherrschten Landes an Bauernkomitees begrüßt und unterstützt.

In der Resolution **„Über den Faschismus"** werden die verschiedenen Perspektiven des antifaschistischen Kampfes analysiert und betont, daß nur der revolutionäre Kampf der Werktätigen unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei dem faschistischen Terror wirklich ein Ende setzen kann.

In der Resolution **„Über die Volksfront"** betont der Gründungsparteitag der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei, daß eine Volksfront unter den Bedingungen der Türkei nur auf der Basis der grundlegenden Forderungen des Minimalprogramms der nationaldemokratischen Revolution errichtet werden kann. Die RKPT wird dafür kämpfen, daß eine Front des Volkes entsteht, die das Proletariat, die arme Bauernschaft, die städtische und ländliche Kleinbourgeoisie, die Jugend und die Frauen umfaßt, auf der Basis von Massenorganisationen und mit Unterstützung dieser Massenorganisationen. Jeder Schritt, der dem dient, wird von der Partei unterstützt werden.

In der Resolution **„Über den Weg zur Revolution"** wird hervorgehoben, daß zur gewaltsamen Revolution, als einzigem erfolgversprechenden Weg gesellschaftlicher Revolutionierung, ein bewaffnetes Volk gehört, eine revolutionäre Volksarmee.

In der allgemeinen Erhebung des Volkes, wird es auch für seine Bewaffnung sorgen, betont der Parteitag, wobei er darauf hinweist, daß es nötig ist, unter jenen Werktätigen, die in der reaktionären Armee dienen müssen, eine breite Arbeit zu leisten und dort für die Errichtung von Soldatenräten zu kämpfen.

In der Resolution **„Über die Mao-Tse-tung-Ideen"** wird betont, daß der Gründungsparteitag vollständig einiggeht mit den entsprechenden Dokumenten der Aufbauorganisation, die diese Ideen als Spielart des Revisionismus bezeichnen, und die Notwendigkeit des Kampfes gegen jede Form des Revisionismus betonen.

Grußadresse an den Gründungsparteitag

Liebe Genossen, — Dortmund, 6. Februar 1980

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten Leninisten entbietet den Delegierten des Gründungsparteitages der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei und all ihren Mitgliedern im Namen unserer gesamten Partei die herzlichsten revolutionären Kampfesgrüße. Die Nachricht von der Abhaltung des Gründungsparteitages der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei, durch den die Arbeiterklasse der Türkei ihre marxistisch-leninistische Vorhutpartei erhält, erfüllte uns mit großer Freude, und wir wünschen Euerem Parteitag vollen Erfolg.

Die Gründung der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei ist ein hervorragendes Ereignis für alle wirklichen Marxisten-Leninisten und aufrechten Revolutionäre der Türkei. Mit Sicherheit wird der Kampf des Proletariats und der übrigen Werktätigen, der Jugendlichen und Studenten gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, gegen Feudalismus und Kompradorenbourgeoisie, gegen Faschismus und Revisionismus, für den Sieg der nationaldemokratischen Revolution, für den Sozialismus und Kommunismus dadurch einen neuen Aufschwung erhalten. Durch seine Beschlüsse und Richtlinien wird dieser Parteitag die Arbeit Euerer Partei auf der Grundlage der Lehren des Marxismus-Leninismus und der Prinzipien des proletarischen Internationalismus zielklar ausrichten und dazu beitragen, daß die Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei ihre führende Rolle in der Revolution immer wirkungsvoller gerecht wird.

Liebe Genossen,

Unsere Partei verfolgt schon seit längerem mit großer Sympathie Euere Anstrengungen zur Schaffung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, der marxistisch-leninistischen Partei. Wir unterstützen uns gegenseitig und haben im gemeinsamen Kampf gegen die gemeinsamen Feinde für die gleichen Ideale der Revolution und des Befreiungskampfes der Völker, des siegreichen Marxismus-Leninismus enge brüderliche Bande geschlossen. Wir wissen, Euere Partei ist geboren im revolutionären Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes. Über Jahre hinweg wurde von Euch ein entschlossener Kampf geführt, um die Lehren des Marxismus-Leninismus anzuwenden und zu verteidigen und die Abweichungen aller Schattierungen von diesem konsequenten Weg zu entlarven und zurückzuweisen, angefangen vom kleinbürgerlichen Abenteurertum bis zu den verschiedensten Strömungen des modernen Revisionismus und seiner ideologischen Grundlage, den antimarxistischen Mao-Tse-tung-Ideen, hat den Weg freigemacht für den prinzipienfesten Aufbau Euerer Partei und ihre marxistisch-leninistische Linie, Strategie und Taktik.

Die Gründung Euerer Partei erfolgte unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität, da die türkische Reaktion mit dem Kriegsrecht, mit faschistischer Gewalt versucht, die immer mehr anwachsenden revolutionären Kämpfe des Volkes zu ersticken. Sie erfolgt zu einer Zeit, da die beiden imperialistischen Supermächte, USA und Sowjetunion, gerade in der Nachbarschaft Eueres Landes immer bedrohlicher das Feuer des Krieges schüren, zu einer Zeit, da insbesondere auch der westdeutsche Imperialismus mit allen Mitteln wie zum Beispiel seinem neuesten Aufrüstungsprogramm immer mehr versucht, in der Türkei einzudringen.

Wir sind jedoch überzeugt, daß die Werktätigen der Türkei mit der Arbeiterklasse an der Spitze unter Führung Euerer Partei alle Angriffe der inneren und äußeren Feinde zurückschlagen und ihre revolutionären Bestrebungen verwirklichen werden.

Die Gründung der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei bedeutet nicht nur einen Sieg für Euch, sondern auch für die marxistisch-leninistische Weltbewegung. Die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien sind gegründet auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. Sie wurden auch erprobt im gemeinsamen revolutionären Handeln hier in Westdeutschland und Westberlin, in solidarischer, fruchtbarer Zusammenarbeit im gemeinsamen Klassenkampf der deutschen und ausländischen Arbeiter für die Verteidigung ihrer Interessen, im gemeinsamen antifaschistischen Kampf usw. Schmieden wir diese Einheit immer fester!

Heben wir die Fahne der Revolution und der Verteidigung der siegreichen Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin immer höher! Lassen wir uns anspornen von dem großartigen Beispiel des einzigen wirklich sozialistischen Landes, der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, und seiner ruhmreichen Partei der Arbeit Albaniens mit dem großen Marxisten-Leninisten, Genossen Enver Hoxha, an der Spitze!

Wir wünschen Euerer Partei von ganzem Herzen immer größere Erfolge in ihrem Kampf für den Sieg der Revolution in der Türkei. Wir versichern Euch dabei unsere ständige solidarische Unterstützung. Tod dem Faschismus, Freiheit dem Volk!

Es lebe der Gründungsparteitag der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei!

Es lebe die Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Ruhm dem Marxismus-Leninismus!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten Ernst Aust, Vorsitzender

Ehemaliger Mossad-Agent wird Minister

Israelischer Außenminister — früher von der Polizei gesucht!

Neue Tatsachen über rassistische Aktivitäten

TEL AVIV.— Mit der Nominierung von Itzhak Shamir zum neuen israelischen Außenminister, als Nachfolger von Moshe Dayan, ist nach dem neuen Finanzminister Hurowitz und Premier Begin selbst bereits der dritte ehemals landesweit von der israelischen Polizei gesuchte Mann Regierungsmitglied.

Shamir, der 1935 aus Polen nach Palästina einwanderte, schloß sich in den vierziger Jahren verschiedenen zionistischen Untergrundorganisationen an, wo er auch Begin und Hurowitz kennenlernte. Im Jahre 1948, nach der Unabhängigkeit Israels als eigener Staat, zu einer Zeit, da die israelischen Behörden noch die UNO-Auflagen befolgen mußten, wurde er von der israelischen Polizei als Terrorist gesucht. Die sogenannte Gruppe „Stern", der er angehörte, wird bis heute dringend verdächtigt, den Mord am UNO-Unterhändler Graf Folke Bernadotte begangen zu haben — weshalb Shamir bis 1955 in der Illegalität lebte...

In der Knesset hatte Shamir, zusammen mit Hurowitz, als Parlamentspräsident und Vorsitzender der Partei Begins innerhalb des Likud-Blocks sich bei der Abstimmung über das Abkommen von Camp David enthalten. Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser, so Shamir, sei Israels Ende. Außerdem hatten die Palästinenser bereits einen eigenen Staat: Jordanien!

Immer offensichtlicher wird es in diesen Wochen, daß sich die israelischen Zionisten angesichts der Entwicklungen im Nahen Osten für ihren Endkampf rüsten. Während sie einerseits das Land immer mehr militarisieren, mit frontalen Angriffen auf die werktätige Bevölkerung noch mehr Geld für ihre Aufrüstungspolitik herbeischaffen wollen, vom neuen Partner Ägypten verlangen, er solle sich mit der zweiten Geige im pro-USA-Orchester begnügen, treten jetzt die bekanntesten und blutigsten Anhänger des „Erez Israel", des großisraelischen Traumes, an die Staatsspitze.

Zur gleichen Zeit wird der erzreaktionäre „Block der Getreuen" mobilisiert, der eine großangelegte und staatlich finanzierte Propagandakampagne für die weitere Besetzung von arabischem Land unternimmt, und dessen Aktivisten sogenannte Besiedlungsaktionen unternehmen, die bloßer Terror gegen die arabische Bevölkerung sind.

Landwirtschaftsminister Sharon, ebenfalls einer der offenen Rassisten in der Beginer Regierungsmannschaft, betonte vor kurzem in aller Öffentlichkeit und entgegen jeder Tatsache: "Die jüdische Stadt Nablus ist unsere Antwort auf Cyrus Vance." Neben Nablus wurden in letzter Zeit auch Konisierungsaktivitäten in Hebron unternommen. Nablus und Hebron sind die neuesten Kapitel in der rassistischen Vertreibungspolitik der großisraelischen Zionisten. Lediglich die Besiedlungsaktionen auf der Sinaihalbinsel waren vor einiger Zeit von Begin unterbunden worden, mit Rücksicht auf den neuen Partner Sadat.

Aber mit dieser immer brutaleren Politik, die nach wie vor mit militärischen Überfällen auf den Südlibanon verbunden ist, bringen sich die Zionisten immer deutlicher in Widerspruch zu den Werktätigen aller Rassen und Konfessionen des Landes. Schon vor einiger Zeit (der „Rote Morgen" berichtete darüber) hatte die Arbeiterschaft über ihre Gewerkschaften große Aktionen gegen den neuen Staatshaushalt und die arbeiterfeindliche Inflationspolitik von Hurowitz durchgeführt.

In den Wochen danach gab es eine ganze Reihe von Streiks der Arbeiter verschiedener Branchen, für höhere Löhne, gegen die Kürzung von sozialen Ausgaben durch die Regierung, die nur den Wehretat erhöht hatte — und jetzt auch den „Siedlungsetat", mit dem der terroristische „Block der Getreuen" finanziert wird. Dies wurde vor kurzem in drei Aktionen, an denen sich mehrere tausend Menschen beteiligten, von der Bewegung „Frieden jetzt" enthüllt, die sich gegen diese Siedlungspolitik wendet. Außer diesen beiden wurden alle anderen Ressorts gekürzt.


Israelische Soldaten, die die arabische Stadt Hebron belagern.

Das führte auch zu einer großen Aktion der Bauern, die in einer nationalen Demonstration mit 25 000 Teilnehmern zur Knesset zogen, diese stundenlang belagerten und entschlossen ihre Forderungen gegen die Inflation, die sie ruiniert, vorbrachten, und so Begin in Bedrängnis setzten.

In den besetzten Gebieten selbst wächst der Widerstand der arabischen Bevölkerung immer mehr an, kam es bereits zu einem befristeten Generalstreik und anderen großen Aktionen.

Denn der Terror dort ist immens. Auf offener Straße werden Araber von faschistischen Siedlern ermordet, ohne daß die Polizei auch nur den Anschein erwecken würde, die Mörder zu verfolgen.

Jetzt gab die Regierung bekannt, daß der Wehretat für die Besiedlung nicht nur auf, wie ursprünglich gesagt worden war, rund 240 Millionen, sondern sogar auf über 300 Millionen Mark erhöht wird.

Da gleichzeitig auch schon wieder über eine abermalige Erhöhung des Rüstungsetats geredet wird, ist abzusehen, daß die Zionisten ihre Politik fortsetzen wollen — und dies unter dem vollen Schutz der USA, die Israel, selbst nach dem Gewinn Sadats als neuen Lakaien des US-Imperialismus, immer noch als ihre höchste Karte im Kampf um diese Region betrachten. Mit den neuen Waffenlieferungen, die vor kurzem beschlossen wurden, hat sich bereits jetzt die Washingtoner Militärhilfe seit dem Oktoberkrieg 1973 auf die enorme Summe von 17,3 Milliarden US-Dollar gesteigert!

Milliardär Caltagirone blieb unbehelligt

Italiens Democrazia Cristiana — ein Sumpf der Korruption

Was bedeutet die plötzliche Verhaftungswelle?

ROM.— Sensationelles konnte der italienische Fernsehzuschauer vor einigen Tagen miterleben. Über die Mattscheibe flimmerten die Bilder der Verhaftungen prominenter Signores und Cavalieris durch die Polizei, unter der Anklage der Korruption. Worüber seit Jahren offen gesprochen wurde, nämlich über die ungeheure Korruption der Democrazia Cristiana vor allem, jetzt handelten Staatsanwaltschaft und Polizei plötzlich dagegen.

Die Gebrüder Caltagirone, von deren Bestechungen die Affäre ausging, sind nicht irgendwelche kleinen Fische, die im Konzert der Großen ein bißchen mitmischen. Sie galten als größte Bauunternehmer Italiens, bekamen noch vor knapp drei Jahren vom Präsidenten der Republik einen Orden „Ritter der Arbeit". Die berüchtigten römischen „Neubauviertel", größere Ansammlungen sofort baufälliger Wohnblöcke, waren unter anderem von ihnen finanziert worden — obwohl sie gar keinen eigenen Baubetrieb besaßen.

Jetzt, wo innerhalb der DC-Partei ein großer Streit darüber entstanden ist, ob man mit Berlinguers KPI koalieren soll oder nicht, jetzt werfen sich die verschiedenen Strömungen der DC gegenseitig Korruption vor. Diese Tatsachen, die seit langem bekannt sind, sollen jetzt dazu benutzt werden, innerhalb der Partei Konkurrenten auszuschalten.

Daß dies keine „Alltagsaffäre" der Art ist, wie sie im Kapitalismus an der Tagesordnung sind, ergibt sich auch daraus, daß auch die zentrale italienische Sparkasse „Italcasse" daran beteiligt ist. Sie war sozusagen die Zentralstation, der Umschlagplatz einer unendlichen Serie von Bestechungen, die verschiedenste italienische Kapitalistengruppen mit DC-Politikern über Jahre und Jahrzehnte hinweg vornahmen.

Von den bisher verhafteten 44 Personen sind bis auf drei Ausnahmen alle Mitglieder der Democrazia Cristiana oder ihr „sehr nahestehend". Ein Mitglied der revisionistischen KPI ist ebenfalls dabei. Die Tatsache, daß der Untersuchungsrichter, der die Verhaftungen anordnete, erstens selbst zugibt, seit langem Bescheid zu wissen, zweitens ein der Öffentlichkeit bekannter Faschist ist, der mit Giorgio Almirante zusammengearbeitet hat, weist darauf hin, welche Strömung innerhalb der DC hier gegen ihre Kumpane-Konkurrenten zugeschlagen hat.

Denn: Betroffen von den Verhaftungen sind vor allem Mitglieder der Strömung Andreottis, der sich für den Kompromiß mit der KPI einsetzt.

Eine weitere Tatsache, die durch diese Verhaftungen ans Tageslicht gekommen ist, ist die Art der Herrschaftsausübung des italienischen Großkapitals durch seine DC-Partei. Selbst in jenen Regionen, wo die Revisionisten Berlinguers durch Wahlen die Verwaltung oder Regierung stellen, haben die DC-Clans, seit langem auch mit der Maifa eng verschmolzen, die wahre politische Herrschaft behalten, indem sie sämtliche Institute der „Italcasse" beherrschten. Überall hatten sie die Leitung dieser Institute, die unter anderem über Kredite an Parteifraktionen, staatliche Betriebe, kommunale Einrichtungen usw. bestimmen. Und sich dabei natürlich auch die Gelder gegenseitig zuschoben...

Diese bald 50 Verhaftungen geben natürlich in keiner Weise die tatsächlichen Verhältnisse wider, was das Ausmaß der Korruption, der Bestechung von Politikern aus dunklen Quellen des Finanzkapitals, hauptsächlich aus Steuergeldern, die abgezweigt wurden, betrifft. Aber sie geben einen guten Überblick über diese „ehrenwerte" und „demokratische Sippschaft, die vor kurzem einen Herrn Kohl zu Gast auf ihrem „Parteitag" hatte.

Ob noch weitere Fälle ans Tageslicht kommen, hängt wohl davon ab, wie sich jetzt Andreotti entscheidet. Genügt es,


Der italienische Minister Evangelisti, der zurücktrat, um seinen Fraktionschef Andreotti aus der Schußlinie zu nehmen. Wieviel er von Caltagirone bekommen hat, daran wollte er sich nicht mehr erinnern. In der Presse werden rund sechs Millionen Mark genannt!

daß Minister Evangelisti sich geopfert hat oder muß er seinerseits Tatsachen über die Chefs anderer Parteifraktionen enthüllen, um zurückzuschlagen?

Für die italienischen Werktätigen ist dies eine neue und deutliche Erfahrung, was die Zuverlässigkeit der Politiker jener Partei betrifft, die seit Jahrzehnten regiert.

Pakistanische Regierung windet sich

Militärhilfe der USA abgelehnt

Jetzt soll die Bundesrepublik einspringen

ISLAMABAD.— Abgelehnt hat die pakistanische Regierung in der letzten Woche das Angebot der Regierung der USA über 400 Millionen Dollar Militärhilfe für sofort. Was sind die Gründe?

Die von den USA gebotene Summe war dem Diktator Zia zuwenig, um sein Regime zu riskieren. Die Unruhen im Lande, die seit der blutigen Verfolgung der Anhänger seines Vorgängers Bhuttos nicht mehr abgerissen sind, haben sich in der letzten Zeit auch auf verschiedene Nationalitäten ausgedehnt.

Zias Alternative ist es, ein starkes hochgerüstetes, waffenstarrendes System an der Seite einer imperialistischen Supermacht zu errichten und so zu hoffen, die Ruhe im Lande herstellen zu können und seine Vormachtstellung in der Region zu erringen, oder andererseits, mit dem Versuch eines Schaukelkurses zwischen beiden Supermächten, ähnlich, wie es in Indien praktiziert wird, zu überleben. Zum Letzteren haben ihm jetzt offensichtlich, angesichts des relativ geringen Umfangs der US-Aufrüstungsangebote für Pakistan, einige seiner Ratgeber geraten.

Deshalb fanden in den letzten Tagen verschiedene offizielle pakistanische Sprecher plötzlich gute Worte für die UdSSR-Imperialisten, die noch vor wenigen Tagen als Grundübel der Region bezeichnet wurden.

Die USA aber können aus verschiedenen Gründen im Moment Zia nichts mehr geben: Einmal angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise im eigenen Land, die ihnen Grenzen setzt, andererseits würde durch eine allzu massive Militärhilfe für Pakistan eventuell Indien wiederum festere Bindungen an die UdSSR suchen.

Deshalb hat Carter jetzt, beim Schmidt-Besuch, die Lösung gefunden: Die Bundesregierung soll verstärkt zur „Pakistanhilfe" beitragen. Nach der Unterstützung für das türkische Regime soll jetzt also auch das faschistische pakistanische Regime von der Bundesrepublik aufgerüstet werden, im Rahmen der US-Strategie: billiger und in den Augen der Völker im südlichen Asien noch nicht so kompromittierend.

Nicaragua: Massendemonstrationen gegen USA-Imperialismus

MANAGUA.— Mehr als 20 000 Menschen beteiligten sich in der vorletzten Woche an einer großen Demonstration in der nicaraguanischen Hauptstadt.

Die Demonstranten zogen vor das Gebäude der Botschaft der USA und riefen immer wieder Parolen wie „USA — Hände weg von unserem Land" und „Keine US-Soldaten in Mittelamerika".

Diese Demonstration fand statt aufgrund wachsender Sorgen, die sich die Werktätigen der Hauptstadt über den nach wie vor existierenden Einfluß des US-Imperialismus machen.

Britannien: Großkundgebung in London

LONDON.— Mit Hunderten von Bussen und Sonderzügen sowie Tausenden privaten Autos kamen in der letzten Woche Gewerkschaftsmitglieder aus allen Teilen des Landes zu einer Großkundgebung des TUC nach London.

Die wachsenden Kämpfe der Arbeiter verschiedenster Branchen hatten die Leitung des TUC dazu gebracht, zu einer landesweiten Kundgebung gegen die arbeiterfeindliche Wirtschaftspolitik der Thatcher-Regierung aufzurufen.

Verschiedenen Meldungen zufolge beteiligten sich über 100 000 Arbeiter an dieser Aktion, darunter auch viele der streikenden Stahlarbeiter.

Peru: Neue Landbesetzungen

LIMA.— Die wachsende Bewegung der indianischen Bauern zur Landbesetzung dauert auch in der letzten Zeit an.

Die im Oktober 1979 besetzten 38 000 Hektar der staatlichen Kooperative Anta Pampa, wurden im letzten Monat gegen verschiedene Angriffe der Armee verteidigt. Unter der Losung „Kausachun tomas de tierra" (Es leben die Landbesetzungen) demonstrierten im Cuzco-Gebiet im letzten Monat über 10 000 indianische Bauern, wobei als einzige politische Organisation die Frente Democratico Peruano teilnahm.

Tunesien: Massenverhaftungen und Schauprozesse

GAFSA.— Entgegen der ursprünglichen Propaganda des Bourgiba-Regimes, der Aufstand von Gafsa habe gar nicht stattgefunden, es habe sich nur um einen Invasionsversuch aus Lybien gehandelt, wird jetzt offiziell ein Prozeß gegen ungefähr 60 tunesische Staatsbürger aus Gafsa vermeldet.

Die in der französischen Presse genannten Anklagepunkte unter denen Mordversuch, schwerer Landesverrat und andere sind, machen diese Prozesse zu einer Frage von Leben und Tod, denn diese „Verbrechen" stehen unter Todesstrafe. Hier soll die wachsende Opposition gegen Bourgibas Destour-Partei mit der Peitsche niedergehalten werden, während zur gleichen Zeit, als „Zuckerbrot" verkündet wird, daß bei den Änderungen in der Regierung auch Sozialdemokraten zum Zuge kommen sollen.

Der letzte Teil unserer Serie über die wachsende Kriegsgefahr beschäftigt sich mit der sogenannten Carter-Doktrin, mit der die amerikanischen Imperialisten offen den Mittleren Osten zu ihrem Interessengebiet erklären. Der Artikel stellte die Bedeutung der iranischen Revolution heraus, die vor allem dem amerikanischen Imperialismus einen schweren Schlag versetzt hat. Seit dem Sturz des Schah-Regimes entwickelt Washington fieberhafte Aktivitäten, um eine neue Polizeimacht im Mittleren Osten aufzubauen. Einen wichtigen Platz in diesen Plänen nimmt gegenwärtig Pakistan ein.

Sterben für die USA?

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

Feudale Freunde

Was ist das für ein Land, in das jetzt in Form von Militärhilfe die Steuergroschen amerikanischer, aber auch westdeutscher Steuerzahler in 100-Millionen-Dollar-Höhe fließen? Es wird beherrscht von einer korrupten blutigen Militärdiktatur unter General Zia ul-Haq, der seinen Vorgänger Bhutto unter dem Protest der Weltöffentlichkeit ermorden ließ. Parteien und Gewerkschaften sind verboten, die Presse ist unter Zensur gestellt, Minderheiten werden verfolgt, es herrschen Korruption und Hunger.

Immer wieder kommt es zu Aufständen nationaler Minderheiten, wie die der anderthalb Millionen Belutschen, die davon träumen, sich mit ihren anderthalb Millionen Stammesbrüdern im Iran und Afghanistan zu einer „Freien Republik Belutschistan" zu vereinen. Ein Traum, der von Moskau nachhaltig unterstützt wird und der im Falle eines Falles der Sowjetunion den Weg zum Golf von Oman, zum Indischen Ozean öffnen könnte. Ein Plan, den Washington natürlich mit allen Mitteln verhindern möchte. **Deshalb setzt es wieder einmal, wie schon früher im Iran, auf die Karte der Diktatoren, liefert ihnen Waffen, damit sich Pakistani, wie die von Moskau bewaffneten Afghanen im Stellvertreterkrieg gegenseitig abschlachten.**

Selbst bemühen sich die USA-Imperialisten neben ihrem Versuch, sich neue Militärbasen in Oman, Somalia, Kenia u.a. zu schaffen, um den Aufbau einer neuen, der Fünften US-Flotte im Indischen Ozean, die zusammen mit verstärkter Präsenz der britischen Royal Navy und französischen Kriegsschiffen ein Übergewicht der westlichen Seemächte in diesem Raum herstellen würde, dem die Sowjetunion für absehbare Zeit nichts Gleichwertiges entgegenzustellen hat. Gleichzeitig entsandten die USA fürs erste eine 1 800 Mann starke Landeeinheit von Marineinfanteristen, den berüchtigten Ledernacken, mit schwerem Gerät in das Arabische Meer.

Dennoch kann nichts darüber hinwegtäuschen, daß derzeit die USA-Imperialisten im Gebiet des Persischen Golfs und des Mittleren Ostens, sollte es zu einem konventionellen Konflikt mit den sowjetischen Sozialimperialisten kommen, militärisch unterlegen sind. So wird das Herzstück der amerikanischen Kriegsplanung, die 110 000 Mann starke mobile Eingreiftruppe mitsamt der dazugehörenden Ausrüstung erst 1985 voll einsatzbereit sein. Zwar sind die 16 000 Fallschirmjäger von Fort Bragg jederzeit einsatzbereit und können innerhalb von 18 Stunden an jeden Punkt der Erde gebracht werden, doch können auch sie eben nicht mehr sein als was sie sich bezeichnen die Speerspitze der US-Armee.

US-Kriegsminister Brown sagte vor dem Militärausschuß des Repräsentantenhauses, daß die in Europa stationierten US-Streitkräfte, „auf der Stelle" am Persischen Golf eingesetzt werden könnten, um einer sowjetischen Aggression zu begegnen, er könne jedoch nicht mit Sicherheit voraussagen, wer dabei gewinnen würde. Ähnliche Zweifel bestünden wahrscheinlich auch bei den Sowjets. So ist es denn auch kein Wunder, daß der Fraktionschef der Republikaner im amerikanischen Kongreß Carter vorwirft, dem Volk vorzuspiegeln, daß eine sowjetische Aggression am Persischen Golf zurückgewiesen werden könne. Eine Tatsache, die Sicherheitsbeauftragter Zbigniew Brzezinski zu der Bemerkung veranlaßte, man könne sich im Falle einer neuen sowjetischen Aggression im Mittleren Osten ja immer noch an Cuba schadlos halten.



Polizeiterror in Pakistan: Wieder einmal unterstützen Peking und Washington gemeinsam ein reaktionäres Regime.

Gangsterlogik der Supermächte

Die Gangsterlogik der Supermächte. Was interessieren, was kümmern sie die Rechte, die Souveränität der kleinen Völker und Staaten. Was die Sowjetunion das tschechische Volk, die afghanischen Völker? Was die USA das vietnamesische, chilenische, nicaraguanische Volk. **Zur gleichen Zeit, da sowjetische Truppen in Kabul einen Aufstand der Bevölkerung niederschlagen, schießen von den USA ausgehaltene und bewaffnete Militärs und faschistische Todeskommandos in El Salvador Männer, Frauen und Kinder zusammen.** Pro Woche mindestens 70 Menschen. Allein in den letzen zwölf Monaten brachten die Todeskommandos an die 800 Menschen um.

Die blutige Fratze des Imperialismus. Der Unterschied zwischen dem USA- und dem sowjetischen Imperialismus ist offensichtlich nur der, daß ersterer über fast ein Jahrhundert diesbezüglicher Erfahrungen verfügt und sich bei seiner neokolonialistischen Versklavungspolitik permanent auf die reaktionärsten Kräfte der von ihm unterdrückten Völker stützt, während die diesbezüglichen Erfahrungen des sowjetischen Sozialimperialismus noch relativ jung sind und erst nach der kapitalistischen Entartung der Sowjetunion einsetzten.

Den militärischen Nachteil, den die USA dadurch haben, daß sie in der Regel 5 000 bis 8 000 Kilometer von ihren „Interessengebieten" entfernt sind, versuchen sie durch eine entsprechende Bündnispolitik nach dem Motto „laß andere für dich sterben, du glückliches Amerika verdiene", wettzumachen. So war denn auch eine Folge des sowjetischen Überfalls auf Afghanistan ein weiteres Näherrücken der USA und Chinas, eine verstärkte Wirtschafts- und Militärhilfe Washingtons an Peking, wenn auch eine Militärallianz, ein Militärbündnis zwischen beiden von Peking zur Zeit noch aus optischen Gründen gegenüber den Ländern der sogenannten „Dritten Welt" dementiert wird.

Wie der amerikanische CIA hatte auch China bereits seit längerem Waffen an die Aufständischen vor allem — wie der „Daily Telegraph" berichtete — in die afghanischen Provinzen Badakhstan und Baghian geliefert. **Der pakistanische Militärdiktator Zia ul-Haq bezeichnete die Beziehungen zu China als den „Eckstein" der pakistanischen Außenpolitik.** So war es denn auch nur logisch, daß der chinesische Außenminister Huang Hua Ende Januar zu einem sechstägigen Staatsbesuch in Pakistan weilte, um mit Zia ul-Haq ein weiteres militärisches Vorgehen abzustimmen. Zum Abschluß seines Besuches zeigte sich Hua „äusserst befriedigt" und erklärte, ehe er von Karatschi nach Peking zurückflog: Pakistan drohe eine „sowjetische Aggression", **es brauche die „echte Hilfe aller friedliebenden Länder, vor allem Amerikas".**

China — wichtigster Partner der USA

Offensichtlich war dieses Vorgehen bereits bei dem Besuch des amerikanischen Kriegsministers Harold Brown Anfang des Monats in Peking abgesprochen worden, wo man sich über eine Zusammenarbeit mit verteilten Rollen, „parallel und konzertiert" mit gemeinsamer Lage-Analyse, gemeinsamer Einschätzung des militärischen Bedarfs, konzertierter diplomatischer Aktionen bei den Regierungen und „parallele", das heißt voneinander unabhängige Schritte zur Ausführung der Pläne einigte. Ein Verfahren, das durchaus den Interessen Chinas entspricht, um seine Rolle als engster Verbündeter und Kumpan des USA-Imperialismus in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas nicht gar so deutlich werden zu lassen.



Brown hob vor der Presse in Peking hervor: Seine Gesprächspartner und er hielten den Iran und Pakistan für akut bedroht. Ein Begleiter Browns traf dazu eine bemerkenswerte Feststellung: **„Die Übereinstimmung zwischen den Chinesen und uns hat auf Anhieb ein Ausmaß erreicht, wie wir es im Meinungsaustausch mit unseren Verbündeten und Freunden, auch in der NATO, seit langem nicht mehr gewohnt sind. Wer kann uns verübeln, wenn wir jetzt fragen, wer in Zukunft unsere interessantesten und wichtigsten Partner in der Welt sind?"**

Eben! Die bereits unter Mao Tse-tung begonnene Zusammenarbeit mit dem USA-Imperialismus hat inzwischen einen Grad von Interessengleichheit erlangt, die ein formales Militärbündnis à la NATO zwischen den USA, China und anderen zumindest nicht dringlich, wenn nicht gar überflüssig macht. Beide, die USA und China, eint ihre Gegnerschaft zur Sowjetunion. Die USA, weil sie in der sowjetischen, der aufstrebenden Supermacht den Rivalen, den Beeinträchtiger ihrer Interessengebiete, ihres Besitzstandes, den ernstzunehmenden Konkurrenten um die Weltherrschaft sieht. China, weil es auf seinem Weg zur Groß-, zur Supermacht den derzeit schwächeren Konkurrenten in der Sowjetunion sieht, mit der es zudem eine Tausende Kilometer lange gemeinsame Grenze hat, deren wenig besiedelte Gebiete in Sibirien sich für eine Eroberung geradezu anbieten.

Aber widerspricht das nicht der von den Chinesen immer wieder verkündeten These von der Sowjetunion als der hegemonialen Supermacht, von der eine „ernste Bedrohung" für alle ihre Nachbarn ausgeht, die in aller Welt Unruhe schüre und nach Weltherrschaft strebe? Natürlich widerspricht es ihr. Aber welche imperialistische Großmacht ist nicht bestrebt, ihre eigenen chauvinistischen, expansionistischen Absichten dem jeweiligen Gegner zu unterstellen. Und daß es sich bei China um eine chauvinistische Großmacht handelt, das bedarf es wohl nach dem chinesischen Überfall auf Vietnam kaum noch eines Beweises. Wenn der chinesische Vizepremier Deng Xiaoping gegenüber US-Präsident Walter Mondale bezüglich Vietnam erklärte: „Wir behalten uns das Recht vor, eine zweite Lektion zu erteilen", dann zeigt das, wessen Geistes Kind er ist.

Wenn China bereits heute sich anmaßt, unbotmäßige Nachbarn oder solche, die es dafür hält, mit militärischen „Strafaktionen" zu belegen, so kann man sich leicht vorstellen, was die Völker der Welt von einer chinesischen Supermacht zu erwarten hätten. Und es ist ja nicht nur Hanoi, das sich über die ständigen chinesischen Grenzverletzungen beschwert, nach Indien protestierte im letzten Jahr gegen die ständigen Verletzungen der Grenze des Königreichs Bhutan durch chinesische Grenztruppen.

Im nächsten RM

Krieg in Europa?

Die nächste Folge unserer Serie geht auf die unterschiedliche wirtschaftliche und militärische Stärke der Supermächte ein. Darüber hinaus wird die chinesische Theorie erörtert, nach der es durch eine sowjetische Aggression unweigerlich zum Krieg in Europa kommen wird.



Teng in Washington. Die chinesische-amerikanische Allianz nimmt Gestalt an.

1972 führte die sozialliberale Regierung die zweite Rentenreform durch, die unbestreitbar einige Verbesserungen für die soziale Lage der Rentner brachte. Die eigentlich erst am 1. Januar 1973 fällige Rentenanpassung wurde auf den 1. Juli 1972 vorgezogen, die flexible Altersgrenze wurde eingeführt. 1972, das war noch ein Jahr einer vom Reformgeist beflügelten sozialliberalen Koalition mit dem scheinbar nach neuen Ufern strebenden Gespann Brandt/Scheel an der Spitze, das sich mit Parolen wie „mehr Demokratie wagen" an die Regierungsarbeit gemacht hatte und damit zweifellos zahlreiche Hoffnungen in der Arbeiterklasse, aber auch bei der jungen, aus der mittlerweilen verebbten Studentenbewegung hervorgegangenen Generation geweckt hatte.

Das 20. Rentenanpassungsgesetz

Die erste Etappe des Rentenabbaus

Noch während die sozialliberale Regierung sich im trügerischen Glanz ihrer Reformpolitik sonnte, zogen schwere Gewitterwolken am Horizont der „freien Marktwirtschaft" auf. War die Arbeitslosigkeit seit 1970 (149000) nur langsam angestiegen (1971: 185000; 1972: 274000), so wurde schon 1974 die Halbemilliongrenze überschritten (583000). 1975 folgte endgültig das böse Erwachen: 1074000 Arbeitslose, 773000 Kurzarbeiter. Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg wird zahlungsunfähig, die Bundesgarantie wird wirksam.

Noch scheint die gesetzliche Rentenversicherung finanziell gesichert. Noch kann sie von den fetten Jahren zehren, in deren Verlauf die zweite Rentenreform durchgeführt wurde. Doch werden die ersten warnenden Stimmen laut, die die Zahlungsfähigkeit der Rentenkasse über 1980 hinaus für gefährdet halten. Welchen Ein-

Artikelserie zur Rentendiskussion



(4. Folge)

fluß hatte die durch eine Million Arbeitslose gekennzeichnete Wirtschaftskrise auf die gesetzliche Rentenversicherung?

Tatsache ist, daß je 200000 Arbeitslose einen Beitragsverlust von einer Milliarde Mark pro Jahr ausmachen. Zwar ist die Bundesanstalt für Arbeit seit 1. Juli 1978 verpflichtet, auch für Arbeitslose Rentenversicherungsbeiträge zu zahlen. Das führt aber lediglich dazu, daß die oben angeführten fehlenden Milliarden in der Bilanz der Arbeitslosenversicherung auftauchen.

Der Bundesregierung bzw. der Sozialbeirat sind gehalten, anläßlich der jährlichen Rentenanpassung langfristige Prognosen über die Entwicklung der Wirtschaft anzustellen, um auf dieser Grundlage die finanzielle Absicherung der Renten zu bewerkstelligen. Sobald also die Arbeitslosigkeit höher ausfällt als vorausberechnet, spricht man von einem drohenden Defizit in der Rentenkasse. Sobald also Lohn- und Gehaltserhöhung niedriger ausfällt als vorausgesagt, spricht man von einem drohenden Defizit in den Rentenkassen. Ein Prozent weniger Lohnerhöhung verursacht ca. 900 Millionen Mark weniger Beitragseinnahmen pro Jahr.

Nach diesen Maßgaben rechneten Kritiker der Bundesregierung vor, die gesetzliche Rentenversicherung würde am Ende der 70er Jahre mit über 80 Milliarden Mark in der Kreide stehen, wenn nicht unverzüglich einschneidende Maßnahmen unternommen würden.

Die aufflammende Diskussion — durchaus verwandt mit der aktuellen — brachte verständlicherweise erhebliche Unruhe nicht nur unter die Rentner, die trotz aller Reformen in ihrer großen Mehrheit mit jedem Pfennig rechnen mußten, auch die Beitragszahler, im Fachjargon „Aktive" genannt, mußten eine erneute Beitragserhöhung befürchten.

Zusätzlich wurde die Situation dadurch verschärft, daß die gesetzliche Rentenversicherung gerade im Moment des Eintretens einer schweren Wirtschaftskrise begann, den schon in der letzten Folge behandelten Rentnerberg zu erklimmen.

Rufen wir uns noch einmal in Erinnerung, welche Maßnahmen dem Gesetzgeber zur Behebung von finanziellen Engpässen zur Verfügung stehen.

1. Rentenkürzung bzw. eine nominale Rentensteigerung, die hinter der Lohnentwicklung zurückbleibt;
2. Beitragserhöhung;
3. Erhöhung des Bundeszuschusses;

Was den letzten Punkt betrifft, so wäre eine solche Maßnahme nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen heraus zu begrüßen, die aktuelle, durch den Rentenberg verursachte Entwicklung hatte bewirkt, daß der Bundeszuschuß, der sich an der allgemeinen Lohnentwicklung orientiert, faktisch zurückgegangen war, also nicht in dem Maße erhöht wurde wie sich die Rentenauszahlungen erhöhten.

Welche Konsequenzen zog nun die Bundesregierung aus der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung?

Sonntagsreden für die Rentner

Zunächst überhaupt keine. Im Gegenteil, man versuchte krampfhaft den Eindruck zu erwecken, mit den Renten sei alles in bester Ordnung, weder Rentner noch Beitragszahler hätten auch nur das Geringste zu befürchten.

„Die Renten sind nicht in Gefahr." (Bundesarbeitsminister Walter Arendt am 4. Mai 1976)

„Zu dem Empörendsten der letzten Monate gehörte, wie von interessierter Seite versucht wurde, den Rentnern Angst einzuflößen. Wir sagen den Alten: Ihr könnt euch weiterhin auf uns verlassen." (SPD-Vorsitzender Willy Brandt am 19. Juni 1976)

„Die Renten sind sicher, und Walter Arendt hat verkündet, daß sie im nächsten Jahr um 10 Prozent angehoben werden." (Bundeskanzler Helmut Schmidt am 26. August 1976)

„Die Renten sind sicher." (Walter Arendt am 31. August 1976)

So klar hatte sich selten eine Regierung festgelegt, auch nicht vor einer Bundestagswahl, die im Herbst 1976 vor der Türe stand. Zwar sind Wahlversprechen und Sonntagsreden, die nach der Wahl vergessen sind, gang und gäbe in unserer Republik, doch werden diese Versprechen in der Regel dermaßen allgemein und unverbindlich formuliert, daß es jedesmal schwerfällt, die Sonntagsredner daraufhin festzunageln. Diesmal aber war es anders. Die Regierung, insbesondere Kanzler und Arbeitsminister standen in der Pflicht.

Die Wahl wurde gewonnen, nicht zuletzt wegen des klaren Eintretens für sichere Renten.

Unmittelbar nach der Wahl, am 15. Oktober, meldete sich der vom Bundesarbeitsminister eingesetzte Sozialbeirat mit warnender Stimme zu Wort.

Angesichts der maroden Rentenfinanzen, verursacht durch Wirtschaftskrise und Rentnerberg, müßten — so der Beirat — Sofortmaßnahmen ergriffen werden. Und er schlug gleich zwei zur Auswahl vor:

1. Die nächste Rentenanpassung soll um ein halbes Jahr vom 1. Juli 1977 auf den 1. Januar 1978 verschoben werden. Gleichzeitig sollen die von der Rentenversicherung an die Krankenversicherung gezahlten Beiträge auf maximal 11 Prozent gekürzt werden. Das dadurch entstehende Loch bei der Krankenversicherung soll durch die gleichzeitige Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages der Erwerbstätigen um einen Prozentpunkt gestopft werden.

2. Die nächste Rentenanpassung soll wie von Schmidt versprochen am 1. Juli 1977 durchgeführt werden bei gleichzeitiger Reduzierung der von der Rentenversicherung an die Krankenversicherung gezahlten Beiträge auf 11 Prozent. Das dadurch entstehende Loch bei der Krankenversicherung soll durch einen von den Rentnern zu zahlenden Sprozentigen Beitrag von der Monatsrente gestopft werden. Gleichzeitig sollen die Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung um einen Prozentpunkt von 18 auf 19 Prozent erhöht werden.

Beide Vorschläge zeichnen sich dadurch aus — wie anschließend stolz vermerkt wurde —, daß sie Beitragszahler und Rentenempfänger gleichermaßen belasteten und so den Generationsvertrag nicht gefährden würden. Keinen Augenblick wurde daran gedacht, sowohl Beitragszahler als auch Rentenempfänger ungeschoren zu lassen und stattdessen die Bundeskasse zu belasten.

Überhaupt zeichnete sich der bis heute andauernde und sich wieder verschärfende Parteienstreit über die Renten dadurch aus, daß man sich erst einmal darin einig ist, die Werktätigen zu belasten. Mitunter scharfe Meinungsverschiedenheiten bestehen lediglich darin, in welchem Maße diese Belastung ausfallen soll und auf welche Art und Weise sie durchgeführt werden soll.

Spätestens seit der Stellungnahme des Sozialbeirats machte das Wort vom Rentenbetrug die Runde.

Der Rentenbetrug von 1977

Während die Vertreter der Oppositionsparteien sich genüßlich die Hände rieben aufgrund der Situation, in die sich die sozialliberale Koalition in der Rentenfrage hineinmanövriert hatte, wurde in Koalitionskreisen fieberhaft diskutiert, wie man sich am besten aus der Affäre zöge. Auf jeden Fall mußte gehandelt werden, denn die gesetzliche Rentenversicherung steuerte tatsächlich in ein riesiges Defizit.

Zumindest waren die Einnahmen längst nicht so hoch wie man angenommen hatte. Allerdings gab und gibt es genug Reserven, eine durch wenig Einnahmen und große Ausgaben entstandene Finanzlücke zu schließen, durch die Bundesgarantie, durch eine Erhöhung des Bundeszuschuß etc. Von daher entbehrte natürlich das hysterische Geschrei von Strauß und Co. über ein angebliches Rentendesaster jeglicher Grundlage.

Doch da die sozialliberale Koalition von Anfang an entschlossen war, keinen Pfennig Steuergelder mehr als irgend nötig in die Rentenversicherung zu investieren, mußte gehandelt werden, selbst auf die Gefahr hin, das Gesicht vor den Wählern zu verlieren. Und man verlor es gründlich.

Nach einer Nachsitzung der Koalitionsspitzen vom 9. auf den 10. Dezember 1976 ließ man die Katze aus dem Sack.

Was dort geplant wurde, entlarvte die Wahlstrategen von 1976 als Lügner und Betrüger.

Plötzlich war man entschlossen, die für das nächste Jahr vom Kanzler persönlich versprochene Rentenanpassung auf den 1. Januar 1978 zu verschieben. Man ging sogar so weit, ab 1. Januar 1979 die vorläufige Abschaffung des bruttolohnbezogenen Systems in Aussicht zu stellen.

Die Kinderzuschüsse sollten eingefroren werden. Die Zahlungen der Rentenkassen an die Kankenkassen sollte auf 11 Prozent begrenzt werden.

Die bis dahin gesetzlich vorgeschriebene Liquiditätssicherung von drei Monatszahlungen sollte auf eine zusammengestrichen werden, um kurzfristig Mittel flüssig zu machen.

Gleichzeitig erklärte man, das bruttolohnbezogene System werde **nicht** angetastet, die Rentenbeiträge werden **nicht** erhöht, ein Krankenversicherungsbeitrag für Rentner würde **nicht** erhoben. Damit war die Marschroute für das 1977 fällige 20. Rentenanpassungsgesetz (RAG) gelegt.

Ein Aufschrei der Empörung ging durch das Land, erhebliche Unruhe entstand vor allem in der SPD-Fraktion, was später dazu führte, daß der Kanzler sein Versprechen halten mußte, zum 1. Juli 1977 die Renten zu erhöhen.

Bundesarbeitsminister Arendt sah seine Karriere durch den Rentenbetrug jäh beendet. Sein Staatssekretär Herbert Ehrenberg nahm auf dem mittlerweile zum Schleudersitz gewordenen Sessel des Bundesarbeitsministers platz.

Minister Arendt nimmt den Hut

Am 11. März legt der neue Bundesarbeitsminister den Entwurf für ein „Gesetz zur 20. Rentenanpassung und zur Verbesserung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung" vor.

Die erste Lesung im Bundestag erfolgt am 17. März. Blickt man einmal hinter die Kulissen der äußerst scharf geführten Debatte über „Panikmache", „Rentenbetrug" etc. so stellt man eine Übereinstimmung aller drei Bundestagsparteien in folgenden Punkten fest:

1. Am 1. Juli 1977 werden die Renten um 9,9 Prozent erhöht.

2. Die nächste Rentenanpassung wird um ein halbes Jahr auf den 1. Januar 1979 verschoben.

3. Die Bundesanstalt für Arbeit soll ab 1. Januar 1979 Beiträge zur Rentenversicherung für Arbeitslose entrichten.

4. Die Rentenversicherung soll von den Krankenversicherungsbeiträgen entlastet werden.

5. Es müssen Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen getroffen werden.

Schließlich wurde das 20. RAG am 13. Mai 1977 im Bundestag gegen die Stimmen der CDU/CSU verabschiedet und konnte, nachdem es erfolgreich die Bundesratshürde genommen hatte, zum 1. Juli 1977 in Kraft treten.

An der Aufschlüsselung der wichtigsten Maßnahmen wollen wir das Ausmaß dieses ersten drastischen Rentenklaus demonstrieren.

Durch die Verschiebung der Rentenanpassung um die für 1979 in Aussicht genommene geringere Steigerung enthielt man den Rentnern bis 1980 knapp **20 Milliarden Mark** vor.

Durch die Begrenzung der von der Rentenversicherung an die Krankenversicherung bezahlten Beiträge von 17 auf 11 Prozent senkte man die Ausgaben bis 1980 um **31,0 Milliarden Mark.**

Gleichzeitig war eine Reduzierung der von den Rentenkassen finanzierten Kuren vorgesehen, mit der man bis 1980 knapp **eine Milliarde Mark** einsparen wollte.

Die Rentenbeiträge, die die Bundesanstalt für Arbeit ab 1. Januar 1979 für die Arbeitslosen entrichten soll, würde bis 1980 weitere **5,2 Milliarden Mark** aufbringen.

Durch das Einfrieren der Kinderzuschüsse auf rund 150 Mark sollten weitere **1,5 Milliarden** eingespart werden.



Lange Gesichter in den Reihen der SPD nach dem Rentenbetrug. Schmidt: „Das ist der schwerste Schock seit dem Regierungswechsel 1974." Später läßt er Arbeitsminister Arendt fallen.

Ich versichere Ihnen: Ihre Altersversorgung ist sicher. Die Renten werden weiterhin dynamisch mit der Wirtschaftsentwicklung steigen.



SPD
Sozialdemokraten

Mit dieser betrügerischen Wahlkampfparole köderte Helmut Schmidt Wahlstimmen der Rentnerinnen und Rentner.

Im nächsten RM:

Die Verabschiedung des 20. RAG war nur der Auftakt eines umfassenden Rentenabbaus. Das 1978 verabschiedete 21. RAG stellte die einschränkenden Bestimmungen seines Vorgängers noch weit in den Schatten.



Hannes Wader
wieder unterwegs

Hannes Wader ist in den letzten Jahren als Interpret von Volks- und Arbeiterliedern sehr erfolgreich gewesen. Jetzt legt er wieder eine Platte mit zumeist eigenen Liedern vor. Wader hat seinen Gesangsstil weiter perfektioniert, hat schöne eingängige Melodien geschrieben und sich eine hervorragende Begleitgruppe zusammengesucht. Dennoch ist seine neue Platte eine Enttäuschung.

Und das liegt daran, daß Hannes Wader seinem eigenen Anspruch nicht gerecht wird: Nämlich die bundesdeutschen Zustände kritisch zu beschreiben und Möglichkeiten ihrer Veränderung aufzuzeigen.

Eines der beiden nicht von ihm selbstgeschriebenen Lieder dieser Platte ist der **„Traum vom Frieden“**: Menschen aller Rassen kommen zusammen, werfen ihre Waffen in einen tiefen Schacht und freuen sich über den damit herbegeführten Weltfrieden. Wirklich ein merkwürdiger Traum. Es soll hier natürlich nicht dagegen polemisiert werden, daß Dichter oder Liedermacher in Träumen die Vision von einer besseren Welt entfalten. So etwas kann durchaus eine befreiende Wirkung haben und die Kämpfe für diese bessere Welt beflügel1. Nur — man muß eben richtig diese bessere Welt beflügelt.

Dieses von Wader gesungene Lied ist 1950 in den USA entstanden (Ed McCurdy: The strangest dream). Es stand im engen Zusammenhang mit der damaligen Weltfriedensbewegung, und McCurdy „träumte“ in der Originalfassung davon, daß alle Menschen auf der Welt die damals von den kommunistischen Parteien und anderen demokratischen Kräften vorgelegten Listen zu Ächtung des Krieges unterschrieben hätten. Der Traum von einer friedlichen Welt war also Bestandteil einer realen politischen Aktion, und nur darum war er kein idyllisches Hirngespinst.

Hannes Wader hingegen hat in seinem Lied jeden Hinweis auf die erwähnten Aktionen gestrichen; bei ihm verwirklicht sich der Frieden — wie gesagt — dadurch, daß die einfachen Menschen „ihre“ Waffen in die Grube werfen. Nun sind es ja bekanntlich nicht wir, sondern die Imperialisten, die über die friedensgefährdenden Waffenarsenale der Welt verfügen. Und angesichts der Neutronenbombe, der amerikanischen und sowjetischen Mittelstrekkenraketen usw. ist Waders Lied schon mehr als nur pazifistische Unverbindlichkeit. Denjenigen, die heute den Kampf gegen Militarismus und Kriegsgefahr führen, muß es wie blanker Hohn klingen.

Hannes Wader hat für sein neues Album zwei lange Stücke geschrieben, die zusammengenommen die Hälfte der Platte ausmachen. Eines davon ist das Titellied **„wieder unterwegs“**, in dem er eine Reise durch die heutige Bundesrepublik beschreibt. Wader entwirft dabei ein Panoptikum von allerlei erschreckenden Gestalten und Ereignissen: von der Neonazi-Bande, die ihn umbringen will, über religiöse Sektenfanatiker bis zu Kindern, die durch die Umweltverschmutzung zu Monstern geworden sind.

Hier erleben wir Hannes Wader in der Rolle von Richard Kimble — immer auf der Flucht. Und das gleiche gilt auch für das andere lange Stück, **„Unterschriftensammlung“**, wo er mit einer Liste für die DKP von Tür zu Tür geht. Auch hier ist der Sänger ständig auf der Flucht vor den Widerwärtigkeiten, die ihm begegnen. In einer Wohnung stürmt der Hausherr mit noch heruntergelassenen Hosen vom Lokus herunter und beschimpft den Mann mit der Unterschriftenliste als Schwein; ein um die Unterschrift angegangener Bauer läßt gleich den Bluthund los usw., usf.

Man könnte dieses Lied als eine unfreiwillige Satire auf die DKP und ihre Bemühungen um Unterstützung bei den Werktätigen auffassen. Doch damit täte man Wader unrecht. Zweierlei aber paßt bei diesen neuen Liedern gar nicht zu Waders fortschrittlichem Anspruch. Zum einen die Sache mit der Sowjetunion. Wader bedient sich hier schon der gleichen infamen Tricks wie die „gelernten“ DKP-Sänger vom Schlage eines Süverkrüp. Er bringt nämlich die Dissidenten ins Spiel, läßt sich über die bekannte Tatsache aus, daß sich diese Leute mit Dollars mästen lassen — und legt dann hinterrücks dem Zuhörer die Schlußfolgerung nahe, die Unterdrückung in der heutigen Sowjetunion wäre eben doch nur ein Lügengespinst dieser vom Westen gekauften Dissidenten.

Das andere ist die Tatsache, daß Waders in mehreren Liedern eigenommene defensive Haltung mit versteckten und offenen Anklagen gegen die Werktätigen verbunden ist. Typisch dafür ist etwa ein Lied über Lehrlingsausbildung, in dem sich der Erzähler zum Sprecher wählen läßt; Ergebnis: „...die Kollegen schnitten mich.“ Auch in den erwähnten längeren Stücken werden gerade einfache Menschen als feindlich, als antikommunistisch verhetzt usw. geschildert. Eine solche pessimistische Schwarzmalerei hat aber mit der Wirklichkeit unseres Landes nichts zu tun. Und bezeichnend für Waders neue LP ist denn auch, daß keiner der großen Kämpfe der letzten Zeit darin auftaucht.

Hannes Wader ist zweifellos ein Liedermacher von Format — nicht nur wegen seiner künstlerischen Fähigkeiten. Er unterscheidet sich von den meisten seiner Berufskollegen — ob sie nun Mey, Heller oder Wecker heißen — durch sein Bemühen, Partei zu ergreifen statt die Freiheit über den Wolken zu besingen. So ist auch sein in letzter Zeit vollzogener Schritt vom Volkssänger zum Interpreten politischer Lieder grundsätzlich gut und richtig. Nur — an der Seite der DKP führt ihn dieser Weg offenbar in die Sackgasse.

(Pläne 88/73; 16,90 Mark.)

Walter Mossmann
Frühlingsanfang

Etwa zur gleichen Zeit wie **„Herbstreise“**, die letzte LP der Schmetterlinge, erschien das Doppelalbum **„Frühlingsanfang“** von Walter Mossmann. Von den Titeln her gesehen könnte man meinen, es handele sich da um zwei ganz verschiedene Dinge. Doch wenn man in die Platten hineinhört, wird man erstaunliche Parallelen in den Themen feststellen.

Sowohl bei Mossmann wie auch bei den Schmetterlingen gibt es ein Lied über Nazi-Blutrichter, ein Spottlied auf die staatliche Spitzelei, eines über den Typ von „Linken“, der sich den bestehenden Verhältnissen anpaßt. Die Schmetterlinge singen über Kalkar, Mossmann über Gorleben. Ja, die Gemeinsamkeit reicht bis in die Erinnerung an die antifaschistischen Kämpfe der Vergangenheit: Während die Schmetterlinge in **„Drei rote Pfiffe“** (einem der schönsten Lieder der LP) den Kampf einer slowenischen Partisanin beschreiben, hat Mossmann das jiddische Partisanenlied **„Shtil die nacht iz eysgeshternt“** in sein Album aufgenommen.

Solche Übereinstimmung hat ihre Grundlage in den Verhältnissen dieses Landes selbst, und sie zeigt, daß fortschrittliche Liedermacher, die sich die Aufgabe stellen, diese Verhältnisse zu bewegen, auch ähnliche Themen aufgreifen. Und was die Titel betrifft, so haben die Schmetterlinge wohl den inzwischen sprichwörtliche gewordenen Deutschen Herbst 77 mitklingen lassen wollen, während Mossmann mit **„Frühlingsanfang“** bewußt die optimistische Perspektive auf einen neuen Aufschwung des Kampfes zeigen wollte.

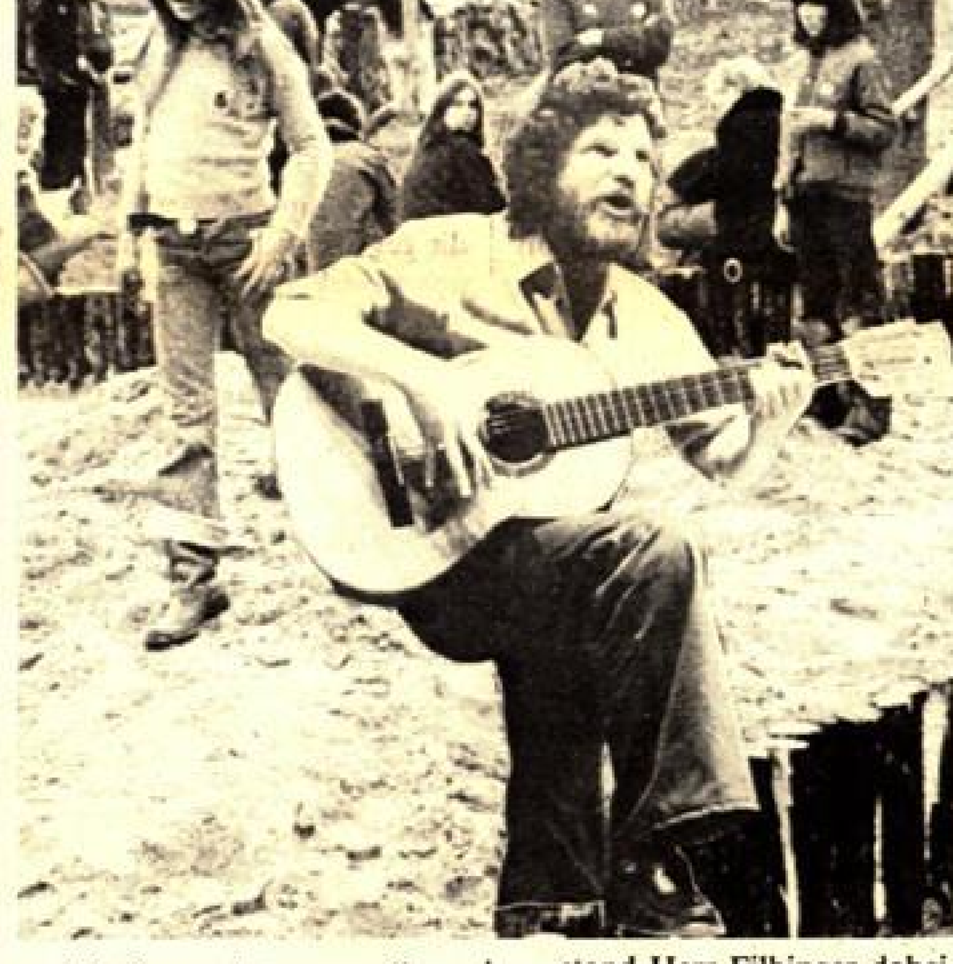
Natürlich gibt es in der Behandlung der Themen inhaltliche und musikalische Unterschiede. Was letzteres betrifft, so haben die Schmetterlinge mit ihren perfekten mehrstimmigen Sätzen, mit der Fülle der genau eingesetzten Stilmittel einen Grad der Vollkommenheit erreicht, der heute wirklich einzig dasteht. Mossmann dagegen hat immer eine Abneigung gegen musikalische Perfektion gehabt. Noch auf seiner ersten LP hat er „improvisierende Genossen“ auf allerlei Instrumenten Radau machen lassen, um seiner angeblichen „Neigung zum Schönsingen“ entgegenzuwirken.

Von solchen Dingen ist Mossmann inzwischen zum Glück abgekommen. Auf seinem neuen Album singt er — wenn man so will — „schön“. Und vor allem: Die meisten seiner Lieder üben eine starke und unmittelbare Wirkung auf die Zuhörer aus. Sie erzeugen Anteilnahme mit den Unterdrückten, Haß gegen die Herrschenden und ihr System; sie spornen zu Solidarität und Kampf an. Und das ist es schließlich, was man von Kampfliedern erwartet.

Die Aufnahmen dieser LP stammen aus den Jahren 1976 bis 1979. Eines der älteren Lieder ist die **„Ballade vom zufälligen Tod in Duisburg“**, in der Mossmann den Tod des Genossen Routhier und den Polizeiterror gegen all die beschreibt, die über diesen „zufälligen Tod“ die Wahrheit gesagt haben.

Typisch für Mossmann ist es, daß er trotz dieser Hetzjagd nicht davor zurückschreckt, die Ereignisse in Duisburg klar und deutlich beim Namen zu nennen.

> „Den Günther Routhier schleppten sie
> die Treppe runter wie ein Vieh,
> schleiften ihn ins Präsidium,
> schleppten ihn dort kopfunter hoch,
> brachten ihn um, ja brachten ihn um.“



(Moßmann hat wegen dieses Liedes auch prompt ein Verfahren bekommen.) Bezeichnend für seinen Stil ist auch die krasse und unvermittelte Gegenüberstellung von Herrschenden und Beherrschten. So beschreibt er die blutige Zerschlagung des Trauerzuges für den Genossen Routhier durch die Polizei:

> 5 000 kamen zum Leichenzug
> 5 000 waren schon genug,
> daß auch der Staat zur Leiche kam.
> Und als das Blut in Diusburg floß,
> floß auch ein Sekt bei Mannesmann.“

Ähnlich ist es auch bei der **„Ballade vom toten Matrosen Walter Gröger“**. Einfühlsam besingt Mossmann die Gedanken des jungen Soldaten, der sich nach seiner schlesischen Heimat sehnt und schließlich „vom Töten desertiert“. Walter Gröger wird zum Tode verurteilt und vor ein Erschießungskommando geschleppt.

> „Den heimwehkranken Matrosen
> traf zehnmal die Kugel aus Blei.
> In sauber gebügelten Hosen
> stand Herr Filbinger dabei.
> Wonach sich der Junge gesehnt hat,
> sein Schlesien sah er ja nicht.
> Das letzte, was der gesehn hat
> das war Filbingers Gesicht.“

Mossmann trägt das eindringlich, aber ganz ungekünstelt vor. Gerade solche Gegenüberstellungen sind geeignet, den mörderischen Charakter dieses Systems und seiner Funktionsträger aufzudecken und die Zuhörer zum Kampf dagegen zu motivieren.

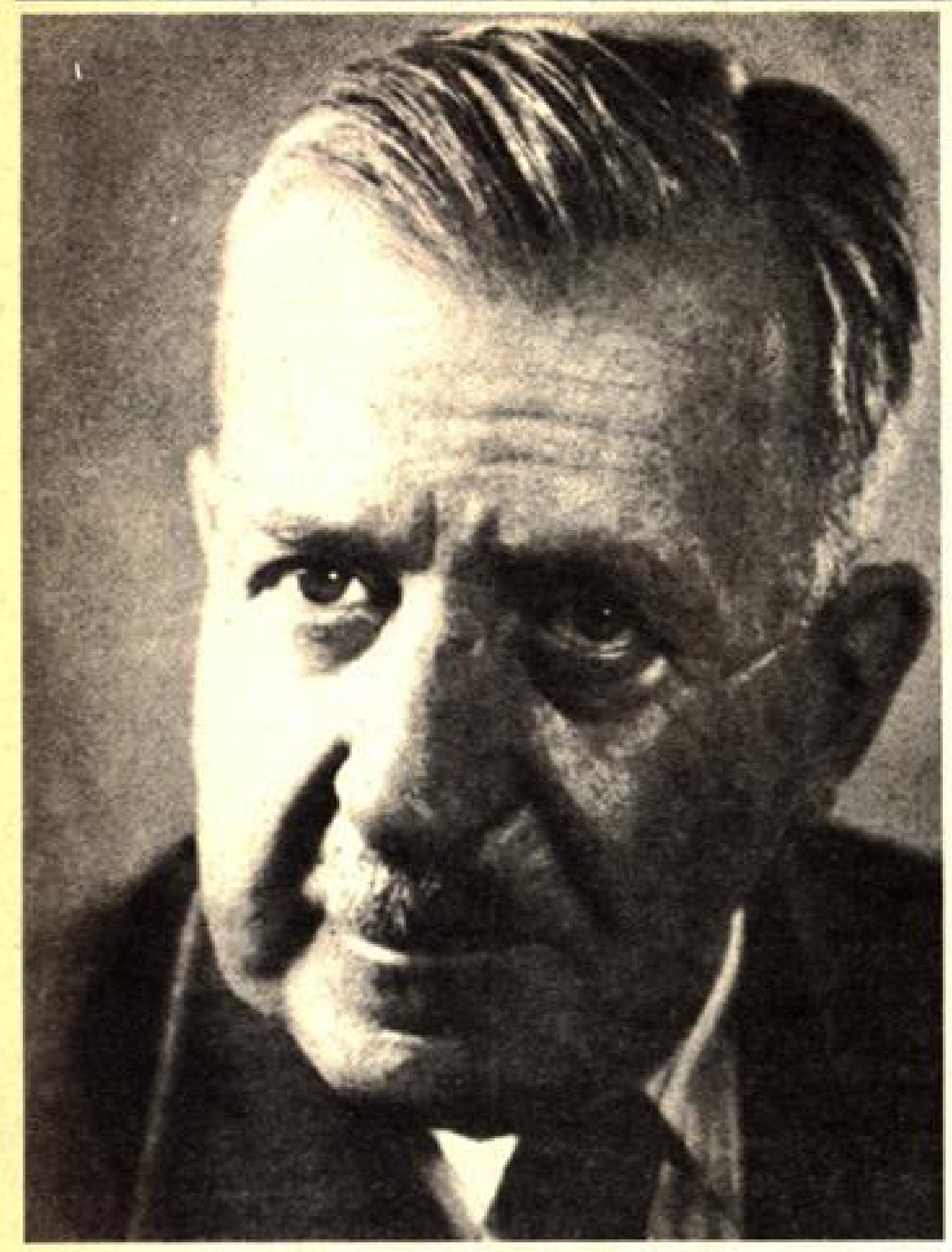
An der **„Ballade vom toten Matrosen Walter Gröger“** wird jedoch auch eine Schwäche des Liedermachers Mossmann deutlich. Er läßt sein Lied nämlich nicht mit dem Tod des jungen Soldaten und dem Aufstieg des Blutrichters enden (der übrigens noch im Amt war, als dieses Lied entstand).

Mossmann hängt noch eine Strophe über das „Richter-Gelichter der Atomindustrie“ an, das Anti-AKW-Demonstranten aburteilt und das im Lied ausdrücklich für schlimmer als der Nazi-Scherge Filbinger befunden wird. So richtig es natürlich ist, den Kampf nicht nur gegen die Filbinger und Co. zu führen, so falsch ist doch dieser Vergleich. Es ging im Fall Filbinger ja nicht nur um die Person, sondern vor allem um die Tatsache, daß diejenigen, die einst Hitlers Mordmaschine in Gang gesetzt haben, in dieser „demokratischen“ Republik wieder Gewalt über Menschen haben.

So ergaben sich aus dem Fall Filbinger vor allem Anstöße, diesen Staat mit seiner ungebrochenen braunen Tradition und vor allem die in ihm liegende Gefahr einer neuen faschistischen Diktatur zu bekämpfen. Mit seiner Gleichsetzung von Nazi-Schergen und „Atomrichtern“ biegt Mossmann jedoch genau diese notwendige Stoßrichtung ab. Das nimmt diesem sonst hervorragenden und bewegenden Lied einiges von seiner Wirkung. Und am Schluß steht dann auch nicht die eigentlich sich aufdrängende Forderung, ein neues '33 zu verhindern, sondern ein Aufruf, das Gorleben-Projekt zu stoppen.

Walter Mossmann ist zwar kein Grüner. Er hat jedoch die Tendenz, dem Kampf gegen das Bonner Atomprogramm eine Bedeutung zuzumessen, die er in Wirklichkeit nicht hat. Das führt dann einmal zu den beschriebenen falschen Schlußfolgerungen in einigen Liedern und zum anderen auch dazu, daß andere — und zwar die entscheidenden! — Kämpfe vernachlässigt werden. Kommen wir noch einmal zum Vergleich mit der **„Herbstreise“** zurück. Ohne das große Lied über den Stahlarbeiterstreik hätte dieser Zyklus nicht die beeindruckende Einheitlichkeit und nicht die Kraft, die ihn auszeichnet. Auf Mossmanns Album dagegen fehlt ein solches Lied. (Man könnte natürlich einwenden, es sei schon vor dem Stahlstreik abgeschlossen worden. Aber das ist kein Argument. Schließlich gab es auch andere große Arbeiterkämpfe in den letzten Jahren, beispielsweise den Streik der Hafenarbeiber in Mossmanns neuer Heimat Bremen.)

Trotz der hier genannten Mängel ist **„Frühlingsanfang“** eine der wenigen wirklich guten Liedermacher-Platten, die in der letzten Zeit veröffentlicht wurden. Dem Doppelalbum liegt ein 30 Seiten starkes Heft bei, das Texte, Noten und Informationen über die Lieder enthält. (Trikont/Unsere Stimme, US-0053; 24,80 Mark.)



Heinrich Mann

(1871 — 1950)

Ein Bundespräsident Carstens könnte heute über ihn mit vollem Fug und Recht behaupten: „Der Schriftsteller Heinrich Mann hat unter den Pseudonymen ‚Unrat', ‚Untertan' und ‚Henri Quatre' Bücher geschrieben, die einer Zersetzung des Staatswesens das Wort reden und dem Kommunismus Vorschub leisten." — Aber vielleicht auch ist Heinrich Mann dem Staatsoberhaupt gar nicht bekannt. Und wenn — die Blitze des Carstenschen Geistes könnten den großen Schriftsteller gar nicht mehr treffen. Heinrich Mann starb vor dreißig Jahren, am 12. März 1950, in Santa Monica in Kalifornien, dem Ort seines Exils.

Selbst aus dem Bürgertum hervorgegangen, war der Autor von "Professor Unrat", „Der Untertan" und der beiden Romane über die Jugend und Vollendung des Königs Henri Quatre einer der beißendsten und konsequentesten bürgerlichen Kritiker seiner Klasse. Das Bürgertum und seine Repräsentanten reagierten wütend auf ihn. „Der Untertan" konnte, obwohl 1914 abgeschlossen, erst 1918 als Buch erscheinen. 1933 verbrannten die Nazis Heinrich Manns Bücher, sie jagten ihn aus der Preußischen Akademie der Künste, deren Präsident er war, und trieben ihn in das Exil. Und auch noch die Bundesrepublik leistete ihren Zensurbeitrag. Der nach dem Roman „Der Untertan" gedrehte gleichnamige Film war hierzulande bis 1958 verboten — der kritische Geist Heinrich Manns war nach vierzig Jahren anscheinend immer noch nicht zu verdauen.

Heinrich Mann ist in Westdeutschland nie recht salonfähig geworden. Sicher: die Kritik, die Satire und den Spott hätten die Herrschenden schon verschmerzt — die Zeit heilt bekanntlich Wunden —, aber Heinrich Mann hat nicht nur Romane geschrieben — 19 an der Zahl —, nicht nur Novellen und Dramen. Er hat vor allem auch Essays verfaßt, und in diesen Aufsätzen hat er seine künstlerischen und politischen Überzeugungen, zu denen er sich im Laufe seines Lebens und der Zeitläufte durchrang, dargelegt und entwickelt; und diese Überzeugungen dürften dem Bourgeois der 80er Jahre unseres Jahrhunderts noch dieselbe Abneigung und Furcht einflößen wie dem Bourgeois der 30er, 40er und 50er Jahre. In diesen Essays äußert sich klar und eindrucksvoll Heinrich Manns Antifaschismus, seine Haltung eines Kämpfers gegen den Antikommunismus (den sein Bruder Thomas die „Grundtorheit des 20sten Jahrhunderts" nannte), seine Haltung eines Freundes der sozialistischen Sowjetunion, seine Erkenntnis von der geschichtlichen Rolle des Proletariats und seine Überzeugung, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört. „Nur das Proletariat verteidigt Kultur und Menschlichkeit", ist der Titel eines dieser Essays, und dieser Essay enthält die Sätze: „Die Literatur, ob sie es will oder nicht, ist im Begriff, ganz und gar sozialistisch zu werden. Warum? Weil außerhalb der sozialistischen Welt keine Literatur mehr bestehen kann. Die Literatur geht unweigerlich zu den Arbeitern, weil bei ihnen die Menschlichkeit geachtet, die Kultur verteidigt wird."

Zu den Arbeitern! Heinrich Mann ist diesen Weg gegangen; er handelte entsprechend seinen Auffassungen. Er kämpfte mit in dem antifaschistischen Kampf gegen das Hitler-Regime, er organisierte im Exil die Solidarität mit den Verfolgten; er setzte seine Energie daran, die Hitler-Gegner — egal welcher Weltanschauung — zu einer breiten Front zusammenzuschließen. 1938 wurde er zum Präsidenten des deutschen Volksfrontkomitees in Paris gewählt.

In Heinrich Manns Leben und Werk, in seiner Person drückte sich Einheit von Denken und Handeln aus, und vielleicht ist es vor allem seine Konsequenz, die ihn der Bourgeoisie suspekt und verhaßt gemacht hat und macht. Diese kämpferische und Konsequenz ist umgekehrt heute noch ein Ansporn und Vorbild für alle fortschrittlichen Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle, die angesichts der anstehenden Kämpfe gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, angesichts der Gefahren, die immer noch nicht ausgestanden sind, nicht abseits stehen wollen.

Es lohnt sich, sich mehr mit Heinrich Mann zu befassen - in jeder Hinsicht.

Heinrich Mann

Verwirklichte Idee

Die Sowjetunion ist seit hundertfünfzig Jahren die größte Verwirklichung einer Idee. Es kann keinen Zweifel geben, daß dieselbe Idee weiteren Verwirklichungen entgegengeht. Die Französische Revolution hat hundert Jahre gebraucht, bevor ihr wesentlicher Gehalt nicht in ganz Europa, sondern nur im Westen durchgesetzt war. Die proletarische Revolution wird dieselbe unaufhaltsame Werbekraft ausüben; aber ihre Folgen werden weiter reichen, und sie werden endgültig sein.

Schon jetzt kennt Europa keinen anderen Begriff der Demokratie mehr als den Begriff einer wirtschaftlich gesicherten Demokratie. Das beweist zwingend den Erfolg des Staates, der seit dem 7. November 1917 besteht. Die alte französische Demokratie will sich durch wirtschaftliche Maßnahmen sichern. Andere Demokratien, die erst erobert und den faschistischen Gewalten abgerungen werden sollen, haben alle dieselben wirtschaftlichen Grundgedanken, und diese sind von der Sowjetunion übernommen. Das heldenhafte Spanien kämpft für eine Freiheit, die vor allem als die Befreiung von der wirtschaftlichen Übermacht einer Minderheit verstanden wird. Die deutsche Volksfront, alle Parteien und Personen, die um sie bemüht sind, halten keine andere Freiheit für wirksam.

Die Aufteilung des Grundbesitzes, seine Kollektivierung, die Verstaatlichung der Industrie und Arbeiter und Bauern als die staatsbildenden Klassen: das alles ist noch weit entfernt, überall die herrschende Wirklichkeit zu sein; aber es beherrscht die Kämpfe. In den größten Lande des Kontinents hat der Sozialismus gesiegt und seine Lebenskraft bewährt. Damit ist virtuell über ihn entschieden. Je länger, je mehr wird er als das Selbstverständliche betrachtet. Im Grunde denkt Europa seine Zukunft, wenn es eine Zukunft haben soll, nicht anders als sozialistisch. Es denkt bis jetzt verschieden über die mehr oder weniger integrale Anwendung der marxistischen Doktrin. Fest steht für alle gleich das neue, praktische Wissen, daß Freiheit wie auch die Unfreiheit der Völker wirtschaftlich bedingt sind und daß nur eine einzige Demokratie unser Leben bis in den Grund gestalten kann: das ist die revolutionäre Demokratie.

Es ist zu unterscheiden zwischen Staaten, die ihre Ziele nach dem Menschen bestimmen, und Staaten, die den Menschen ihren Zielen unterordnen. Die ersteren führen Kriege ohne jede Notwendigkeit für die größte Zahl ihrer Angehörigen. Die anderen wollen den Frieden, denn über jeden Vorteil, den ein Krieg dem Staat zu bringen bestimmt ist — und niemals bringt —, stellen sie das Leben ihrer Menschen, die Arbeit ihrer Menschen sowie die Früchte der Arbeit, die ökonomischen und kulturellen. Die Friedensliebe der Sowjetunion entspringt offenbar ihrer organischen Natur, da die Union für Menschen geschaffen ist und nicht für Hirngespinste, für eine Gesamtheit von Menschen, anstatt für ganz wenige, die sich der Gesamtheit bedienen. In Staaten, die von wenigen beherrscht werden, lehrt man die Massen eine nationale Überhebung, weil diese den Krieg und die Bereicherung der Herrschenden begünstigt. Die Union zeigt sich duldsam gegen Unterschiede der Rasse, Herkunft, Sprache; höchstwahrscheinlich ist sie duldsam von Grund auf, weil sie friedliebend von Natur ist: beides, weil sie zum Nutzen der Gesamtheit, nicht aber gegen ihr Interesse besteht.

Glaubwürdig wird versichert, daß die Sowjetunion mehr Gedrucktes liest als irgendein anderes Land. Das entspricht allerdings der Richtung eines Staates, der seine Menschen nicht wie Tiere höherzüchten will. Vielmehr gedenkt er sie zu einem besseren, gefestigten Menschentum hinanzuführen. Damit der Fortschritt, jeder Fortschritt, ob ökonomisch oder kulturell, Dauer erhält, müssen viele und endlich die meisten Menschen fähig werden, zu erkennen, Selbstkritik zu üben, ihresgleichen zu begreifen; sie müssen ein begründetes Urteil über das Gemeinwohl erwerben. Eine öffentliche Meinung muß frei und offen zur Geltung kommen, ohne daß es darum erlaubt oder auch nur erwünscht wäre, den Staat selbst anzugreifen. Ein Staat, der nicht mehr gegen, sondern für den Menschen und sein Glück besteht, braucht keinen Angriff und verdient ihn nicht. Das ist besonders für Schriftsteller, als Denker und als öffentliche Personen, kein Schade, sondern ein wahrer Segen.

Wir haben unser Leben lang so sehr gelitten unter Staaten, die gegen uns bestanden, gegen unsere Erkenntnis, gegen unser vernünftiges Wissen um das, was gerecht und menschlich wäre. Endlich unternimmt ein Staat, aus den Menschen gerade das zu machen, was wir schon immer wollten: vernünftige Wesen, die allsamt arbeiten für das Glück jedes einzelnen, und aus jedem einzelnen soll etwas Höheres und Besseres werden innerhalb einer Gesamtheit, die sich weiter vervollkommnet. Zu wissen, daß es einen solchen Staat gibt, macht glücklich. Die Hoffnung, daß ihr eigner Staat ihm dereinst nachfolgen könnte, bewahrt ungezählte Bewohner der Erde heute vor der Verzweiflung. Den Denkern erspart das Dasein der Sowjetunion und ihr Beispiel, vor der Wirklichkeit abzudanken. Wir bewegen uns nicht im Übersinnlichen; angewiesen sind wir auf die Beobachtung der Wirklichkeit und der menschlichen Tatsachen.

Nun lese ich an der Spitze einer Zeitschrift, die von mir einen Roman bringt, die Rede des Staatschefs über die neue Verfassung der Sowjetunion. Ich vermute wohl, daß die vollkommene Demokratie und der realistische Humanismus in so kurzer Zeit nicht durchgeführt sein können. Generationen von Sowjetmenschen müssen durch die Schule der Demokratie und des Humanismus gehen, bevor sie allen Ansprüchen einer solchen Verfassung genügen. Aber die Hoffnung, daß es gelingt, wird überaus bestärkt, wenn ich die Worte Stalins lese, denn sie sind zuversichtlich, gütig und von klarer Geistigkeit. Es ist mir neu, daß das Haupt eines großen Staatswesens alle diese Eigenschaften besitzt und sie mit einer bedeutenden Tatkraft vereinigt. Ich hatte auch niemals an der Spitze einer literarischen Zeitschrift das Staatsoberhaupt selbst gefunden, niemals bei ihm das Recht und die Begabung festgestellt, durch Formung und Ausdruck ganz vorn zu stehen. Das ist eine unverkennbare Neuheit.

Ein fremder Berichterstatter, er lebt schon lange in Moskau, versichert mir gerade jetzt, daß die Zufriedenheit mit dem Regime fortwährend in Zunahme begriffen ist. Worauf beruht die Zufriedenheit? Zweifellos auf der überraschend schnellen Verbesserung der Lebenshaltung. Sie kann natürlich schneller als anderswo gehoben werden in Ländern, wo sie früher mit oder ohne Absicht niedrig erhalten wurde, schneller als in den Ländern, die einen verhältnismäßigen Wohlstand und ein gehobenes Proletariat schon gekannt haben, bevor sie dann herabsanken. Außer der materiellen Befriedigung, die eine große Tatsache ist, gibt es für ein Volk die geistig-moralische. Sie wird im Aufstieg fühlen, Freude an sich selbst haben, der Bildung nachhängen, in den Theatern ein Bild des Lebens wiederfinden, das uns selbst bestätigt, anstatt uns zu ermutigen: auch das sind große Tatsachen, es muß tief befriedigen, an ihnen mitzuwirken, wie Schriftsteller es vermögen.

Die Zusammenarbeit der Intellektuellen mit dem Proletariat ist das allein Vernünftige, da das Proletariat fortan die staatsbildende Klasse und der Träger der Kultur ist. Wir beginnen mit der Zusammenarbeit sogar schon im Westen. Die Intellektuellen, die sich vor ihrer eigenen Proletarisierung fürchten, fangen an zu veralten. Wir wollen daran denken, das Proletariat zu intellektualisieren. Übrigens mögen die unverbindlichen, gefühlsmäßigen Sympathien für die Sowjetunion angenehm sein. Zuverlässiger ist die Vernunft, ist das Wissen, daß es in der Geschichte der Menschen auf die Dauer nur ein Vorwärts gibt.

(Den Beitrag „Verwirklichte Idee" schrieb Heinrich Mann zum 20. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1937).

Baseler Fasnacht



Auf der Baseler Fasnacht — einer traditionellen alemannischen Fasnacht — nahm eine der Fasnachts-Cliquen den westdeutschen Kanzlerkandidaten Strauß aufs Korn — unsanft und angemessen.

Diese Clique hatte zu dem Thema Strauß eine große, von vier Leuten zu tragende Laterne hergestellt, die mit entsprechenden Gemälden bedeckt war. Das Foto oben zeigt einen Ausschnitt. Die Laterne wurde von einigen Flötisten durch die Straßen begleitet, die Lederhosen und Tirolerhüte und Straußfratzen mit einem Messer zwischen den Zähnen trugen. Mit ihnen maschierten Trommler, die Pickelhauben aufhatten: ihre Larven (Masken) zeigten drohende Gesichter mit spitzen Nasen und aufgeblasenen Wangen (siehe Foto unten).

Auf Gemälden auf der Laterne standen Sprüche wie:
„Spieglein, Spieglein an der Wand,
wer ist der braunste im ganzen Land?"
oder:
„Der Wotan zeigt ganz unverhohlen,
es wird leider die Geschichte sich wiederholen!"
oder:
„So mancher deutsche Heldenstraum
ist aufgeknöpft am Freiheitsbaum."
oder:
„Bayrisch Blau-weiß mit Schwarz — o weh,
gibt völkisch-braun sieh eh und je!"

Die Basler Fasnacht ist noch nicht zu einer blosen Karnevalsfassade, zu einem Mittel, um Pomp, Prunk und Kommerz zur Schau zu stellen, verkommen. Von den einzelnen Fasnachts-Cliquen wird zu den Problemen der Stadt Basel (zum Beispiel Baustellen), des Landes (zum Beispiel Parteien, Politik, Extremistenerlaß) und des Auslands (zum Beispiel Strauß) Stellung genommen.



Polizeiskandal in England

Scotland Yard in Verbrechen verwickelt

LONDON.— Seit 18 Monaten dringen Enthüllungen über einen Korruptionsskandal bei der Londoner Polizei in die Öffentlichkeit, aber noch immer ist kein Ende der trüben Affäre abzusehen. Die Tatsachen, die bekanntwerden, werden nur immer haarsträubender.

Neues Licht in die Affäre hat nun ein Rundfunkinterview mit einem pensionierten Polizeipräsidenten, Artur Hambleton, gebracht. Hambleton sagte, das Ausmaß des Bestechungsskandals sei für ihn „völlig niederschmetternd", selbst die höheren Ränge von Scotland Yard seien davon betroffen. Insgesamt würden zur Zeit die Fälle von rund 80 Polizeibeamten bis hinauf in den Rang von Abteilungsleitern untersucht, 25 von ihnen seien schwerster Verbrechen so gut wie überführt.

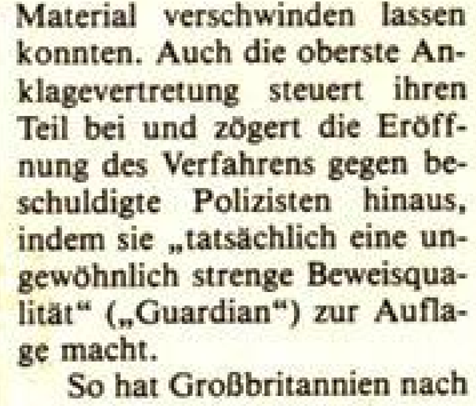
Das Ausmaß des Skandals ist nicht neu. Neu ist vielmehr die Schwere der nunmehr bekanntgewordenen Anschuldigungen. Diesmal geht es nicht mehr nur um bloße Bestechung, diesmal geht es um die gemeinsame Planung von Überfällen, bei denen Menschen ums Leben kamen, also um Mord, um die Annahmne von Beuteanteilen und Schmiergeldern, die Verleumdung Unschuldiger und die Fälschung von Beweismitteln.

Unter anderem handelt es sich um einen Bankraub mit einer Beute von umgerechnet vier Millionen Mark, bei dem die uniformierten Komplicen knapp 10 Prozent der Beute erhielten. Dazu kommen mehrere Überfälle auf Lohngeldtransporte und Schwarzhandel mit Rauschgift, das die Polizisten in ihren Dienststunden beschlagnahmten und mit Gewinn wieder auf den Markt brachten.

Zur Aufklärung und Verfolgung der von den Londoner Polizisten begangenen Verbrechen ist unter dem Namen „Operation Landmann" eine achtzigköpfige Sonderkommission angetreten. Allerdings kommt die „Operation Landmann" nicht recht voran.

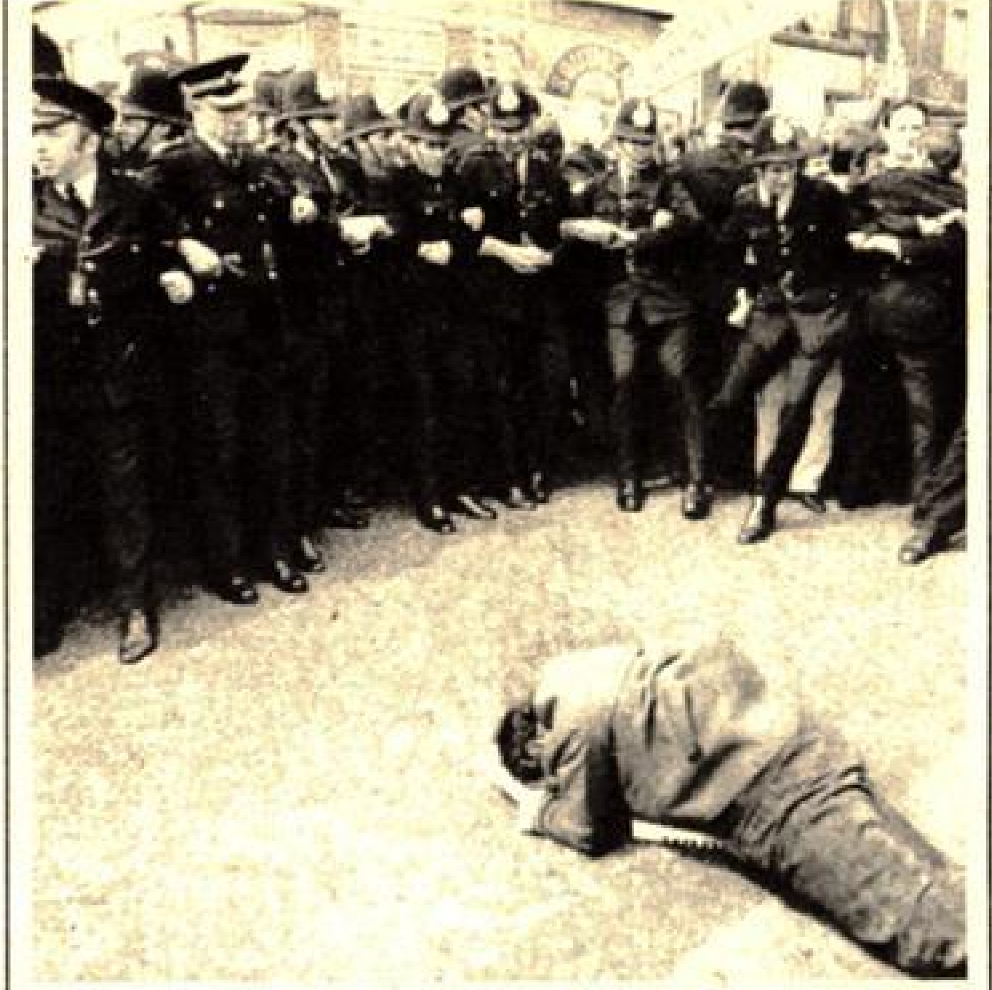
Bisher konnte erst gegen eine Handvoll Beamter vorgegangen werden. Sieben Polizisten wurden vom Dienst suspendiert, fünf von ihnen angeklagt, aber bisher noch keiner von ihnen verurteilt. Wie es heißt, werden Mitarbeitern der Sonderabteilung alle nur greifbaren Steine in den Weg gerollt. Der Kreis, der sich vor Entdeckung fürchtet, scheint größer als vermutet.

Der Expolizeipräsident Hambleton sagte, in den höheren Etagen der Polizei seien die Untersuchungsbeamten bei ihren Versuchen, den Bestechungsfällen nachzuspüren, auf wenig Hilfsbereitschaft gestoßen. Verdächtige Beamte bekamen oftmals kurz vor dem Eingreifen der „Operation-Landmann"-Beamten einen Tip, so daß sie belastendes



Material verschwinden lassen konnten. Auch die oberste Anklagevertretung steuert ihren Teil bei und zögert die Eröffnung des Verfahrens gegen beschuldigte Polizisten hinaus, indem sie „tatsächlich eine ungewöhnlich strenge Beweisqualität" („Guardian") zur Auflage macht.

So hat Großbritannien nach dem Skandal der Polizeiverbrechen gleich noch einen zweiten: den Skandal der Vertuschung der Affäre. Das Verbrechen scheint untrennbares Bestandteil des englischen Polizeisystems zu sein.



Englische Bobbies in Aktion: gegen Gewerkschafter. Auch sonst waren die Polizisten nicht müßig: Der jüngste Polizeiskandal beweist es. Bis in ihre Spitzen hinein ist die englische Polizie in Verbrechen verwickelt.

Weil er die Faschismus = Sozialismus-These kritisierte

Student den Seminarschein verweigert

Dero allerhöchst vertretene Lehrmeinung darf nicht in Zweifel gezogen, kritisiert oder in Abrede gestellt werden, widrigenfalls der Kritikaster die Folgen seines Tuns wird selbst zu tragen haben: An der Regensburger Universität verweigerte der dortige Politik-Lehrstuhlinhaber Abelein, der gleichzeitig CDU-Bundestagsabgeordneter ist, dem Studenten Rudolf Gottfried einen Seminarschein. Der Grund: Gottfried hatte in seiner Seminararbeit die Strauß-Stoibersche These vom sozialistischen Kern des Nationalsozialismus kritisiert und widerlegt.

Abelein selbst ist einer der Väter dieser lügnerischen Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus (siehe auch „Roter Morgen" 43 und 44/79). Der professorale Abgeordnete hatte Ende vergangenen Jahres in einem Artikel im „Rheinischen Merkur" die Strauß/Stoibersche These durch eine kühne Geschichtskonstruktion theoretisch zu untermauern versucht. Der Nationalsozialismus komme, schrieb er, „nicht nur begrifflich, sondern auch von der geschichtlichen Genesis her" mehr „von der linken Seite". Und zwar habe sich aus einer sozialdemokratischen Abspaltung im habsburgischen Böhmen bereits 1896 die antisemitische „Tschechische Nationalsozialistische Partei" konstituiert und im Dunstkreis solcher Gruppen sei später in München die NSDAP entstanden.

(Und im Dunstkreis der NSDAP, der bis heute fortwabert, entstanden und entstehen wiederum die Strauß/Stoiber/Abeleinschen Gedanken — oder wie?)

In Abeleins Regensburger Hauptseminar „Ausgewählte Probleme der neueren deutschen Verfassungsgeschichte" wies nun der Student Rudolf Gottfried in einem Referat die Unhaltbarkeit der Abeleinschen Theorien nach und erbrachte noch einmal den Nachweis für die geschichtliche Tatsache, daß rechte Kräfte den Nationalsozialismus an die Macht gebracht haben. Abelein revanchierte sich. Er verweigerte dem Studenten den Leistungsnachweis, den Seminarschein. Begründung: die Arbeit berücksichtige die einschlägige Literatur kaum, stütze sich fast nur auf den „ganz einseitigen" Autor Reinhard Kühnl, setze Begriffe voraus, statt sie zu begründen, und weise im Schlußabschnitt (der die Kritik an Abelein enthält) kaum einen Bezug zum Thema auf. Es war klar, daß Abelein, einen auf die angebliche „Nichtwissenschaftlichkeit" einschlug, die Inhalte meinte.

Dies wurde um so klarer, als Professoren anderer Universitäten, um Stellungnahmen gebeten, den wissenschaftlichen Gehalt der Arbeit Gottfrieds hoch veranschlagten. Sie bescheinigten der abgelehnten Arbeit „beachtliches wissenschaftliches Niveau", „überzeugende Argumentation" und einen Qualitätsstandard, wie er in Oberseminaren von Doktoranden verlangt werde.

Die Studenten luden nun den renommierten Westberliner Politologen Ossip K. Flechtheim und den Kölner Reinhard Opitz zu einer Protestveranstaltung nach Regensburg ein. Da trat die Unispitze auf den Plan und warf ihre hausherrliche Gewalt für Abelein und seine Sozialismus = Faschismus-These in die Waagschale. Sie sperrte den Regensburger Studenten und ihren geladenen Gästen die Räume — mit der Begründung, hier sei kein Platz für Veranstaltungen, in denen ein Mitglied des Lehrkörpers angegriffen werde.

Dero allerhöchst vertretene Lehrmeinung darf nicht in Zweifel gezogen, kritisiert oder in Abrede gestellt werden, widrigenfalls der Kritikaster die Folgen seines Tuns wird selbst zu tragen haben: christ-sozialer Absolutismus, praktiziert an einer westdeutschen Universität, in Regensburg, im Jahre 1980.

Arzneimittel-Konzerne

Pharma-Versuche an Kindern

In ihrem verbrecherischen Streben nach dem maximalen Profit machen die multinationalen Pharmazie-Konzerne auch vor der Gesundheit und dem Leben von Kindern nicht halt: Wie der brasilianische Parlamentsabgeordnete und Arzt Walmir Belinati enthüllt hat, werden zahllose Kinder Brasiliens als menschliche Versuchsobjekte für noch nicht genügend getestete Medikamente mißbraucht. Wenn die Todesrate allzu hoch sei, würden die Medikamente dann nicht im Ursprungsland des Konzerns, etwa den USA, verkauft.

Der Konzern Hoffman La-Roche etwa schreibt für die Anwendung des Medikaments „Bactrim" in den USA jetzt vor, daß es nicht an Kinder unter zwölf Jahren sowie nicht an schwangere oder stillende Mütter verabreicht werden darf. Zuvor war „Bactrim" quasi im Großversuch sieben Jahre lang in Brasilien auch an Kinder von sechs Wochen an gegeben worden.

Der Johnson-Konzern verkauft seit sechs Jahren in Brasilien ein chlorhydrathaltiges Medikament unter dem Namen „Imosec", angeblich „mit hervorragender Verträglichkeit, geeignet für Erwachsene und Kinder". Dasselbe Medikament heißt in den USA „Immodium" und trägt dort die Aufschrift: „Für Kinder unerreichbar aufbewahren. Für Schwangere sowie Kinder unter zwölf Jahren nicht geeignet."



Samstag, 22. März, 21.45 Uhr, West III
Unser Gesetz heißt Solidarität. Dokumentarfilm über einen Arbeitskampf in einem Bremer Zeitungsbetrieb (BRD 1979). Buch und Regie: Reinhold Böhm und Peter Kleinert. Kommentar: Vertrauensleute von „Weserkurier" und „Bremer Nachrichten".

•

Montag, 24. März, 21.15 Uhr, ARD
Kolonie auf Abruf. Rhodesiens Weg nach Zimbabwe. Dokumentation von Ulrich Kienzle. — Angesichts der Entwicklung im südlichen Afrika bestimmt interessantes Tatsachenmaterial.

•

Montag, 24. März, 22.00 Uhr, West III
Quebracho. Argentinischer Spielfilm (1975). Regie: Richardo Wulicher. — Der Film dreht sich um die Vernichtung riesiger Waldflächen in Nordargentinien durch ein britisches Unternehmen zwischen 1914 und 1945, um Streiks und blutige Arbeitskämpfe der Holzfäller.

•

Dienstag, 25. März, 21.50 Uhr, Hessen III
Die lange Nacht von Morochocha. Ein Film über Minenarbeiter in den peruanischen Anden.

•

Mittwoch, 26. März, 20.15 Uhr, ARD
Ein Mann von gestern. Fernsehfilm von Wolfgang Menge und Tom Toelle über einen Fernsehdirektor, der zwischen die Fronten der Parteien gerät. Toelle: „Der Film handelt von dem, was man in Sendern erlebt. Ein Film über die Schwierigkeiten, heute Fernsehen zu machen."

•

Donnerstag, 27. März, 19.00 Uhr, West III
Jugendsendung **Is was?! — Unfälle in chemischen Fabriken.** Aktueller Anlaß für die Diskussionsrunde sind die hohen Blutbleiwerte, die bei Kindern im Raum Goslar festgestellt worden sind.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML' REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.